

SEIN ODER NICHT-SEIN

Ausländische Studierende:
Selbstverständnis und Kulturarbeit

Auszeit 30, Nr. 1/2
32. Jg. 1994

T

I

E

Z

S

U

A

WUS

World University Service

A U S Z E I T

auszählen (sw, V.), (Boxen: Ein am Boden liegender, hockender, sitzender Boxer wird vom Ringrichter im Sekudentempo von 1 bis 9 ausgezählt, bei 10 ist er ausgezählt und der Kampf ist beendet (Knock-out).

Auszeit, die;-; -en (Basketball, Volleyball): Pause, Spielunterbrechung, die einer Mannschaft nach bestimmten Regeln zusteht. Die A. ist e. wesentliche Maßnahme, um auf das Geschehen Einfluß zu nehmen. Auszeit wird genommen, um taktische Maßnahmen für den Angriff oder die Verteidigung zu besprechen, der Mannschaft eine Erholungspause zu verschaffen, bei hektischer Spielweise das Spiel zu beruhigen, den Spielfluß des Gegners zu unterbrechen und die Mannschaft psychisch wieder aufzurichten.

Die Auszeit ist nur effektiv, wenn sie optimal genutzt wird. Taktische Anweisungen werden möglichst knapp und klar gegeben.

auszementieren (sw. V.): die Innenseite von etw. mit einer Zementschicht versehen: einen Schacht, einen Keller auszementieren.

IMPRESSUM

Herausgeber World University
Service (WUS)
Goebenstraße 35
65195 Wiesbaden
Tel.: 0611/446648

Redaktion Kambiz Ghawami
Günther Boege

Satz Heinz Müller
Wiesbaden/Mainz

Titel AG für Design und
Kommunikation
Wiesbaden

Druck Gegendruck
Scharnhorststraße 9
65195 Wiesbaden
Tel.: 0611/441320

Bezug WUS

Alle Rechte vorbe-
halten. Nachdruck
mit Quellenangaben
erlaubt gegen
Übersendung von
zwei Belegexempla-
ren

SEIN ODER NICHT-SEIN

Ausländische Studierende: Selbstverständnis und
Kulturarbeit

AUSZEIT 30, Heft 1/2, 32. Jg. 1994

.....
INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL	5
Abdulazis SALEH, Studentenkultur - warum ???	11
Erk YONTAR, Aspekte einer Konfrontation - MigrantInnenpolitik in der Uni Hamburg.....	12
*. *, "Gib die Fahrräder zurück ...!" oder: "Schluß mit den rassistischen Angriffen ...!"	17
M. ZAHER, Ausländerpolitik an der Oldenburger Uni in den 80er Jahren (1985)	27
Mahnaz RASHIDI, Überleben in der Hochschule	37
"Landsmannschaften" gestern und heute - ein Interview	42
Scyed Shahram IRANBOMY, Der Rahmen politischer Betätigung von ausländischen Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland.....	49
Dieter PAULUS, Auslandsstudium - Gefahr für die kulturelle Identität	59

Ulrike HAMMER, Zwischen Hochschule und studentischer Subkultur	64
MULTIKULTURELLE INITIATIVEN	76
SES, Ein multikulturelles Projekt in Darmstadt: - die Geschichte einer selbstverwalteten Siedlungs- Initiative.....	77
Internationaler Club an der FH Wiesbaden, Protokoll der Gründungsversammlung/Satzung.....	98
ANHANG: Verzeichnis der lieferbaren AUSZEIT-Hefte	106

Zur Sache PRO ASYL:

***Wir bitten unsere Leser, den am Ende dieses Heftes
abgedruckten Aufruf von PRO ASYL zu "NEIN zu
Fremdenfeindlichkeit und Rassismus!" mit Ihrer
Unterschrift zu unterstützen.***

DIE REDAKTION

EDITORIAL

Das vorliegende Heft setzt sich mit den Bemühungen der ausländischen Studentinnen und Studenten auseinander, untereinander möglichst kontinuierlichen Kontakt zu halten, sich in Gruppen mehr oder weniger locker zusammenzuschließen, um gemeinsam die alltäglichen Probleme besser bewältigen zu können - von der Wohnungssuche bis zu kollektiv vorbereiteten Klausuren -, aber auch, um heimatliche Bräuche und Sitten ausüben zu können und das kulturelle Herkommen - durchaus auch im Sinne von Folklore - zu pflegen, es zumindest nicht in Vergessenheit versinken zu lassen, schließlich um die sozialen und politischen Verhältnisse in den Heimatländern zu diskutieren - hin und wieder von ihrer Veränderung mit den Freunden zu träumen oder sogar Strategien für diese Veränderung zu entwickeln. Häufig bieten sich dafür nationale Gruppen an, weil hier die Übereinstimmungen in heiklen politischen oder sozialen Fragen im allgemeinen größer sind, und nicht so sehr die Gefahr einer Zerreißprobe besteht. Aber es gibt nicht nur Gruppierungen von - beispielsweise - kamerunischen Studierenden, sondern auch Vereinigungen afrikanischer Studierender, asiatischer Studierender usw.

Ausländerstudium in der Bundesrepublik bedeutet in aller Regel Hauptstudium, das heißt, der Student oder die Studentin ist vom ersten Semester bis zum Abschluß-Examen in Deutschland; meist kommen dann noch vorbereitende Phasen dazu mit propädeutischem Charakter, also etwa das Lernen der deutschen Sprache, das Studienkolleg für ausländische Studierende usw. Alles in allem bedeutet das "Ausländerstudium" viele Jahre Abwesenheit vom Heimatland, Abwesenheit von der vertrauten Umgebung, von

Familie und Freunden. Es ist also nicht so, daß ausländische Studentinnen und Studenten hier "nur mal so hereinschmecken".

Es gibt viele ausländische Studierende aus den Ländern der Dritten Welt, die darüberhinaus auch nach Abschluß ihres Studiums im Land bleiben und sich hier eine Zukunft aufbauen müssen, etwa die Gruppe der anerkannten Asylbewerber.

Die ausländischen Studenten erleben also eine wichtige Entwicklungszeit in der Fremde, in der im allgemeinen der Prozeß der Erwachsenenwerdens abgeschlossen wird, die soziale und berufliche Perspektive erarbeitet ist usw., ein Prozeß, der ja normalerweise nicht ohne erheblichen Einfluß der unmittelbaren vertrauten Umgebung verläuft, die einen "ins Leben stößt", aber auch auf den Beinen hält, abstützt, wenn es nötig wird. Schon allein daraus ergibt sich eine Problematisierung des "Gäste-Status", unter dem hierzulande ausländische Studierende leben und der sie aus bestimmten sozialen Zusammenhängen ausblendet und sie gegenüber den deutschen Kommilitoninnen und Kommilitonen benachteiligt. Als "Gäste" haben sie zwar kaum soziale und politische Verpflichtungen, umgekehrt aber auch keine oder doch nur kümmerliche soziale und politische Rechte. Keiner will etwas von ihnen und interessiert sich ernstlich für sie: Ihre Verpflichtungen können sie immer nur selbst kontrollieren, sie müssen alles mit sich allein ausmachen, Wege suchen, Verbindungen knüpfen, Erkenntnisse formen und überprüfen, Erfahrungen reflektieren.

So kann man aber eigentlich nicht studieren, jedenfalls nicht im Sinne eines selbständigen wissenschaftlichen Austauschs von Gedanken, Forschungsergebnissen,

Schlußfolgerungen autonomer Individuen. Ausländerstudium, wie es hier in der Bundesrepublik angeboten und seit Jahrzehnten praktiziert wird, bietet in der Regel diese Möglichkeiten nicht. Es ist keineswegs selbstverständlich, daß ausländische Studierende und ihre spezifischen Schwierigkeiten beachtet werden, gar daß sie besonderer Fürsorge teilhaftig werden; nicht im täglichen Leben, bei der Wohnungssuche, bei der Suche nach bezahlbaren Deutschkursen - auch nicht in der Hochschule selbst, die doch zuständig sein sollte für den richtigen, systematischen und möglichst effizienten Umgang mit Lehren und Lernen und Bewußtseinsbildung. Die Hochschulen leisten sich Auslandsämter, es gibt hier Studienberatungen und auch sogenannte Auslandsbeauftragte. Aber die Auslandsämter und Studienberatungen sind schlecht besetzt und sind mit ihren administrativen Funktionen meist überfordert und die Auslandsbeauftragten - es gibt welche, die noch nie einen ausländischen Studenten gesehen haben.

In einer solchen Situation ist fast schon zwingend, daß sich die ausländischen Kommilitoninnen und Kommilitonen ihre eigenen Informations- und Verkehrsformen suchen. Da sie bei ihren deutschen Studienkollegen häufig auf Desinteresse, manchmal auf offene Ablehnung, selten auf Hilfsbereitschaft und Freundschaft stoßen, suchen sie irgendwann Hilfe und Zusammenhalt bei ihren nationalen Gruppen oder - wenn am Ort nicht vorhanden - in sonstigen ausländischen Gruppierungen. Dort finden sie die notwendige Information und Hilfe, den Beistand und das Interesse, die sie brauchen, um überleben zu können.

Zunehmend und analog zum Kälterwerden der politischen und sozialen Atmosphäre in Deutschland werden diese Gruppen, Verbände, Vereinigungen zu Zufluchtsorten. Hier ist man also jetzt nicht nur, um heimatliche Traditio-

nen und Umgangsformen zu genießen, sondern um sich aufzuwärmen, Ersatz für vorenthaltene Anerkennung zu empfangen, ernst genommen zu werden. Das birgt die Gefahr eines Emigration in sich: man setzt sich weniger mit dem realen Alltag auseinander, mit seiner konkreten Lage, mit den Zumutungen des Ausländergesetzes, das Studienfreiheiten verhängnisvoll beschneidet, mit den Zumutungen der Ausländerfeindlichkeit, die auch in der Hochschule zu blühen beginnt, und entwickelt auch nicht mehr gemeinsam mit den Gleichgesinnten und Betroffenen Gegenstrategien und Alternativen, sondern man beginnt sich seinerseits von der Außenwelt zu trennen und ein Bild von den Verhältnissen zu formulieren, die es so nicht gibt.

Sind diese studentischen Kulturräume nun Einrichtungen, die Raum zum intellektuellen, moralischen, politischen Reflektieren und Existieren geben und sinnvolle Alternative sind für ein entfremdetes, auch ent-rechtetes Studium im fremden Land? Oder sind sie Gettos, die abschotten von den Unbilden der Außenwelt, von Feindseligkeiten, bis hin zur rassistischen "Anmache" - auch am Arbeitsplatz, der Hochschule, in denen die schlechte Wirklichkeit relativiert werden kann?

Das Heft beginnt mit zwei Beiträgen, deren erster fast eine spontane Hymne an die Wärme, Geborgenheit, an das Verständnis, die Toleranz und Freundschaftlichkeit der nationalen kulturellen und politischen Gruppen ist (Saleh), während der andere ihnen eher kritisch gegenübersteht und ihre auffangende, soziale Funktion - zumindest gegenwärtig - als harmonisierend sieht, nicht mehr in der Lage, die Verhältnisse deutlich zu machen, wie sie sind,

geschweige sie verändern zu können - vielleicht sogar nicht zu wollen (Yontar).

Tatsächlich bedeuten die studentischen kulturellen Gruppen (und nur diese sind zunächst gemeint, wenn es in dem Heft um Kulturarbeit geht), soweit sie sich nicht von vornherein als inter-kulturell begreifen, beides. Sie bedeuten einerseits Kommunikation, aber sie sind vermutlich andererseits auch Ersatz für eine Kommunikation, die den ausländischen Studierenden seitens der deutschen Gastgeber nicht selbstverständlich zuteil wird, die sie aber benötigen wie die Luft zum Atmen - als Fremde, die hier lange Zeit leben werden müssen, als Studenten, die um des wissenschaftlichen Lernens willen die intellektuelle Auseinandersetzung des Gastlandes mit-führen müssen. Es hängt anscheinend von den herrschenden politischen und sozialen aktuellen Gegebenheiten ab, welche Funktionen diese Gruppen jeweils erfüllen.

Die Überlegungen "betreuender Organisationen", wie Studentengemeinden u.ä., zu ihren Aufgaben innerhalb des Ausländerstudiums ändern sich angesichts des Rückzugs der ausländischen Studenten aus der (Hochschul) Öffentlichkeit. Dieser Rückzug ist ja nicht nur Ausdruck der Angst vor den alltäglichen Zumutungen oder auch (körperlichen) Übergriffen, sondern auch der allgemeinen Hoffnungslosigkeit, jemals in diesem Land als Studierende und Menschen ernstgenommen zu werden. Die Vorstellungen gemeinsamer, Hilfe bereitstellender partnerschaftlicher Arbeit werden jetzt in den Vordergrund gerückt - wenn auch in unterschiedlichen und unterschiedlich plausiblen Ansätzen (Ulrike Hammer, Dieter Paulus). Einige studentische Erfahrungsberichte, von tiefbetrübt bis scheinbar naß-forsch, weisen darauf hin, wie weit die Hilflosigkeit und Verzweiflung geht. Es sind gewisserma-

ßen individuelle Notrufe aus bedrängter Situation - aber öffentlich gemacht, zum Beispiel in der lokalen Studentenzeitung. Andererseits gibt es Versuche, es gar nicht erst zum Getto kommen zu lassen und in einem multikulturellen Zusammenhang Möglichkeiten und Rechte durchzusetzen, die "Gästen" üblicherweise nicht zugestanden werden - in der richtigen Erkenntnis, daß Gast-Sein einem ernsthaften, gleichberechtigtem Studium nicht unbedingt förderlich sein muß. Gäste gehen in absehbarer Zeit. Wir haben gerade diese Ansätze, sich einzurichten, gleichberechtigte, interkulturelle Kommunikation aufzubauen, alltägliche Rechte für sich selbst zu beanspruchen (SES/Darmstadt und Förderkreis/ Fachhochschule Wiesbaden) ausführlich dokumentiert, um einerseits deutlich zu machen, wie schwierig es ist, sie organisatorisch und inhaltlich durchzusetzen, andererseits aber auch, um Anregungen zu einem möglichen aktiven Handeln vorzustellen.

Der Beitrag von S.S. Iranbomy schließlich, der die politischen Rechte von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland definiert, soll ebenfalls dazu anregen zu überlegen, ob das Ausländerstudium nicht endlich als Zustand begriffen werden müßte, das eigenständiges und selbstbewußtes Agieren und eigenständige intellektuelle, moralische und politische Entscheidungen entwickeln soll, oder ob das Ausländerstudium weiter ein Studium Zweiter Klasse bleibt, weil die ausländischen Studierenden von vornherein von den einschlägigen notwendigen Rechten in Deutschland ausgeschlossen sind.

Die Redaktion

Abdulazis Saleh

STUDENTENKULTUR - WARUM???

Wir ausländischen Studenten, sagt man, schließen uns ab - im Kreis der Freunde, in den Landsmannschaften, in den Folklore-Gruppen. Ich finde das gut:

Weil man unter/zwischen den eigenen Leuten kein Sonderling ist, man fühlt sich freier.

Weil das aus dem Inneren heraus kommt.

Man fühlt sich für den Augenblick wie Zuhause.

Es ist eine herzliche Freude - wenn sie auch meist nur kurz ist!

Man schafft ein Gemeinsamkeitsunternehmung mit Menschen, die sich auf Anhieb verstehen und die sich nicht unbedingt alles erklären müssen.

Das gibt auch Selbstwertgefühl - nachdem man ständig alles vorgemacht bekommt (z.B. das Sprechen, das Tanzen, das Essen usw.) kann man selbst endlich auch mal was vormachen.

Es ist wirklich unbeschreiblich, ich fühle mich auf einmal bedeutsam. Der Mensch kann sich meiner Meinung nach viele Gewohnheiten aneignen, sowohl Essen, als auch Umgang mit anderen Menschen und allgemeinen Regeln, aber bei vielen Dingen ist es einfach schwer, sich an sie zu gewöhnen.

Beispielsweise: Dinge, die mich und meinesgleichen zum Lachen bringen würden, die verstehen die anderen nicht. Umgekehrt kann ich auch über viele Dinge der anderen nicht lachen oder den Sinn nicht verstehen.

In kulturellen Veranstaltungen der Studenten zu gehen, ist, wie nach einer stressigen Arbeitswoche am Wochenende sich zu Hause zu erholen, mal tun, was man immer tun wollte. Abgesehen davon trifft man auch Leute die man kennt, und lernt auch neue kennen.

Dies trifft natürlich auch für "Einheimische" zu.

Erk Yontar

ASPEKTE EINER KONFRONTATION -

MigrantInnenpolitik in der Uni Hamburg

Prolog:

Auf den ersten Blick scheint in Hamburg, einschließlich der Hochschulen, etwas los zu sein. Allein an der Universität trifft frau/man im Laufe der Zeit auf eine stattliche Anzahl von Menschen, die von sich behaupten - und teilweise von Amts wegen -, mit oder für sogenannte Ausländerinnen und Ausländer zu arbeiten, und dies bereits seit geraumer Zeit. Aus diesen Menschen rekrutiert sich ein Interessenverband, für dessen Bezeichnung im folgenden das Wort "Clique" verwendet wird.

Die sogenannte AusländerInnenarbeit ist fest in ihren Händen; diese besteht im Kern darin, nicht weiter aufzufallen, um so allgemeinen Einsparungen und Kürzungen im universitären Bereich zu entgehen. Die Clique wird mit wenigen Ausnahmen lediglich dann aktiv, wenn es sie denn doch einmal treffen sollte, hierbei geht es dann aber auch weit mehr um die Verteidigung der vakanten Stellen, denn um ihre Funktionen. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Universitätsleitung oder Ausländerbehörde hat ähnliche strukturelle Ausrichtung und Zielsetzung.

Die Studierenden haben hiermit so gut wie gar nichts zu tun, wobei sie aber gerne in die jeweiligen "Überlebenskämpfe" der Cliquenmitglieder hineingezogen werden, damit deutlich wird, daß auch die Studis wollen, daß diese oder jene Person im Amt bleibt.

Eine traditionelle Auffassung von einer "AusländerInnenvertretung" gepaart mit dem vorrangigen Ziel, den status quo in bezug auf Rechte und Möglichkeiten migrierter StudentInnen zu erhalten, wobei die stetige Einschränkung ihrer Lebens- und Studienverhältnisse als Gesetzmäßigkeit aufgefaßt wird, bedingen eine immer trostlosere werdende Wirkungslosigkeit.

Auch ohne detaillierter auf die "Teilzeit-Antirassismus-ExpertInnen" unter den Lehrenden diverser Fachbereiche an der Uni einzugehen, deren kümmerliche Beiträge (oder besser gesagt: Abträge in bezug auf unser Thema) lediglich daraus bestehen, in Seminaren oder Vorlesungen auf die eine oder andere Art darauf hinzudeuten, daß es auch Leute gebe, die einer sogenannten **Fremdenfeindlichkeit** oder lieber **Ausländerfeindlichkeit** oder - wenn das mehr zusagt - **Fremdenhaß** oder schließlich und endlich - vielleicht - manchmal sicher auch sogenanntem **Rassismus** ausgesetzt seien, muß aus dem oben kurz Skizzierten deutlich werden, daß sowohl im Rahmen dieses Berichtes als auch im Hinblick auf weitere Aktivitäten der Schwerpunkt bei den studentischen Initiativen zu setzen ist.

Was ist passiert?

Als an der Universität Hamburg vor einigen Jahren zum ersten Mal migrierte StudentInnen zusammenkamen und Ansätze einer ernstzunehmenden MigrantInnenpolitik entwickelten, schien es, als sei "die Zeit reif" dafür - als wäre dies Ausdruck des Interesses, der Einstellung und Produkt einer verstärkten Teilnahme an der Selbstorganisation migrierter Studentinnen und Studenten. Wenn die sogenannten Aktiven von damals, heute als die sogenannten Aktiven, zusammenkommen, steht immer die Frage im Raum "Was ist passiert?", und indem immer und überall schon zu Beginn zu konstatieren ist: eine allgemeine Verschlechterung der Situation, die Entpolitisierung der MigrantInnen, Desinteresse, Anpassung, Gastmentalität, Verdummung, wird dir Frage, wenn doch äußerst grob, jedesmal aufs neue beantwortet; oder nicht?

Ohne Zweifel ist ein Einfluß globaler und gesellschaftlicher Veränderungen auf die migrierten StudenInnen und deren Situation festzustellen. Geänderte rechtliche Grundlagen und gesellschaftliches Klima ebenso. Doch handelt es sich hierbei weniger um plausible, gewissermaßen naturgemäße Entwicklungen, als vielmehr um Verschärfungen des politischen Klimas als Kotau gegenüber dem "Zeitgeist", die wiederum unstrukturierte, mehr oder weniger undefinierte Verschärfungen im Verhalten und in der politischen Einstellung migrierter Studierender bedingen.

Die erste Frage, muß sie somit nicht - vereinfacht formuliert - lauten:
"Was ist oder besteht, **das verhindert**, daß etwas passiert?"

Die Antwort auf diese Frage bedarf der sorgfältigen Analyse der vorherrschenden beiderseitigen Einstellung zum MigrantInnen-Studium einerseits (hierbei ist die zu konstatierende "ethisch" geprägte Quotierung und Hierarchisierung migrierter StudentInnen, sowie der Prozeß der Verinnerlichung des "AusländerInnen- bzw. Gäste-Daseins von Relevanz), und der Untersuchung der Lehrinhalte und -strukturen an deutschen Hochschulen andererseits.

"Gast-StudentInnen" oder "Gäste haben keine Rechte"!

"Gäste haben keine Rechte!", hieß der Titel einer Veröffentlichung der "Liste emigrierter StudentInnen (LIES!)", erschienen vor der sogenannten AusländerInnen-Vollversammlung der Universität Hamburg im April dieses Jahres. Hier wurde, auch über den Versuch einer begrifflichen Klärung, die nicht besonders spektakuläre Ansicht vertreten, daß die rechtliche Gleichstellung der MigrantInnen anzustreben sei, und es sich zu wehren gelte gegen die Behandlung als Gäste, als Geduldete auf Zeit.

Überraschenderweise - oder nicht überraschenderweise - wurde dies zum bestimmenden Thema der Vollversammlung. Tatsächlich vertraten mehr als die Hälfte der anwesenden Studierenden die Auffassung, sie seien doch Gäste in diesem Land und es sei, sozusagen, anmaßend, Forderungen dergestalt zu stellen.

Ja, als "Gast" schickt sich so etwas auch nicht, zumal: "ich würde das in meinem Land ja auch nicht wollen..."

Eins zu Null

Die Richtung ist klar, sie ist bestimmt durch den Versuch, der Konfrontation zu entgehen, durch die Reduktion eigener Ansprüche und Ziele - selbst durch die Legitimation von Rassismen durch Aspekte eines eigenen "volkstümlichen" Rassismus.

Die individualisierte Auseinandersetzung bzw. die Verdrängung der die Migrantinnen domestizierenden Mechanismen und Strukturen ist hierfür Voraussetzung, und dieses geschieht auch, zumal es keinerlei Möglichkeiten der Selbst-Bestimmung der Lehrinhalte und -strukturen an den deutschen Hochschulen gibt (an denen Migrantinnen und Migranten - nebenbei -ja auch fast nichts zu lehren haben).

Der allgemeine "Rückzug" führt in sogenannte privaten Bereiche und hier zu einer Gruppenbildung der aus demselben Mutterland bzw. -kontinent stammenden Studenten. Eine Öffnung dieser Gruppen für andere Migrantinnen ist bei den meisten nicht gegeben, vielmehr werden nationalistisch geprägte Konflikte aufgenommen und adaptiert.

In bezug auf universitäre wie gesellschaftliche Strukturen und Verhältnisse wiederum entsteht eine Subkultur des Überlebens innerhalb der rassistischen Strukturen, ein Herummogeln, ein "Auf-Zeit-Spielen" bis zum Verlassen des "Gastgeber-Landes".

Die Devise lautet, daß Eins-zu-Null über die Zeit zu retten:

Ein Diplom, null problemo...

In Anbetracht dieser Situation scheint der vielversprechendste Ansatz einer MigrantInnenpolitik an den Hochschulen der einer konsequenten und kompromißlosen Selbstorganisation zu sein. Diese setzt als erstes voraus, daß Abschied genommen wird von der traditionellen "Stellvertreterpolitik", und daß die aktive Selbstvertretung jeder und jedes einzelnen ermöglicht wird, und daß gesellschaftliche wie universitäre Verhältnisse nicht als naturgegeben akzeptiert werden. Im Gegenteil, es besteht nunmehr die Pflicht und Notwendigkeit, die Kritik und die Bekämpfung dieser Verhältnisse zu (über)betreiben. Hierfür muß ein institutioneller Rahmen geschaffen werden, der die aktive Teilnahme aller ermöglicht, die die einzige Daseinsberechtigung für einen Zusammenschluß dieser Art ist. Seine bundesweite Vernetzung ist ebenfalls unerläßlich.

Das Ziel ist die Schaffung einer neuen Universität in einer neuen Gesellschaft; es kann nicht lediglich um Verbesserung oder Verschönerung

bestehender Verhältnisse gehen. Die Situation der MigrantInnen an den Hochschulen ist ein gesellschaftliches Problem. Im Klartext heißt dies, daß ein neues Verständnis von einer fortschrittlichen Hochschule und die hierfür notwendigen gesellschaftlichen Voraussetzungen formuliert werden müssen.

Dies setzt als ersten Schritt die Überprüfung und Schaffung neuer Inhalte, Strukturen und Institutionen an den Hochschulen voraus, die für MigrantInnen relevant sind. Das kann beispielhaft das Anbieten eines alternativen Deutschkurses für ausländische Studienbewerber und -anfänger sein, der diese nicht nur in sprachliches Neuland, sondern auch in die fremde sozio-politische Realität einführt, wie auch ein Vorlesungs-Angebot meinerseits über türkische Wirtschaftsgeschichte - schließlich gibt es mittlerweile ziemlich viele türkische StudentInnen an deutschen Hochschulen! Man kann sich da tausend ganz wichtige Dinge ausdenken, die helfen könnten, schließlich doch so etwas wie eine interkulturelle Hochschul-Öffentlichkeit zu erzeugen. Erfahrungen gibt es ja schon hier und da - was etwa spezifische Lehrinhalte angeht. So werden z.B. an mehreren Fachbereichen der Universität Hamburg Einführungsseminare "light", sogenannte Anfängerseminare für Ausländer angeboten.

In diesem Zusammenhang müssen neue Konzepte eingefordert bzw. entwickelt werden, im Hinblick auf ein Studium, das allen gleichermaßen Möglichkeiten der Gestaltung und Entfaltung garantiert, aber auch im Hinblick auf ein gleichberechtigtes Leben

...

"Gib die Fahrräder zurück ...!" oder: "Schluß mit den rassistischen Angriffen ...!"

Der Zwang einen Text zu schreiben; wenn es Dir nicht gefällt, was bis jetzt geschrieben ist, wirst und sollst Du eben etwas anderes schreiben. Als ob es ein Zwang wäre, daß jeder/jede in jeder Hinsicht etwas hinkritzeln muß.

Wofür einen Text, für was? Wovon soll er handeln? Es ist nicht wichtig, über was geschrieben wird.

Schreib mal, damit wir ihn sehen und lesen können!

Ich könnte alles, was bis jetzt geschrieben ist, verwerfen und als Taugenichts abtun, das heißt jedoch nicht, ich stehe daher auch unter dem Zwang, jetzt etwas schreiben zu müssen.

Ich muß jetzt nicht alles, was über das Thema "Rassismus" geschrieben ist, welches mich unmittelbar betrifft, lesen, ab- und bewerten und wichtignehmen.

Ich selbst?... Also ich bin selbst nicht verpflichtet, etwas Besseres zu schreiben. Übrigens über was soll und werde ich bitteschön schreiben?

Kurz gesagt, ich strenge mich an, um den (einen) Text aufzusetzen. Nehmen wir mal an, ich habe ihn geschrieben. In welcher Sprache soll denn der Text sein? Soll er in der Sprache, die ich am besten beherrsche, oder in der deutschen Sprache, in die er dann noch übersetzt werden muß, wobei er durch die Übersetzung einiges an Inhalt und Bedeutung verliert, geschrieben werden?

Also, in welcher jetzt?...

Nein, nein, es ist gleichgültig, das beste ist, nicht zu schreiben... Wie war der Spruch "lasst sie tun lasst sie passieren" oder sonstwie? Ja lass sie

schreiben, zeichnen, kritzeln, Jahre lang diskutieren, schreien, demonstrieren und mit ihrem Tun prahlen. Die Scheinbühnenkünstler/innen eines un-, aus- oder aufgeführten Bühnenstücks. Die bürgerlichen, proletarischen Egozentriker/innen, die zu ihren eigenen Gunsten die an sich gerissenen Reichtümer und den Wohlstand mit niemanden teilen wollen, die zivilisierten Menschen.

Nein, nicht wahr? Möchtest Du sagen, ich will etwas tun und zugleich auch schreiben? Hier, nimm Dir Stift, Papier, kritzle irgend etwas. Wieviel Seiten? Das kannst Du wohl selber bestimmen. Fallst Du viel schreibst, denkt der/die Leser/in selbstverständlich sogleich, obschon er/sie es nicht lesen mag, daß Du eine enorm große Kapazität hast und ein tüchtiges Schreibvermögen besitzt.

Der Inhalt?...

Das ist unwichtig...

Schreib bloß. Z.B. über Rassismus! Ja, warum nicht!. Es ist in letzten Jahren, besonders in Deutschland, in Mode gekommen. Fast jeder/jede ist Anti-Rassist/-Rassistin; da Du ein Nicht-Deutscher bist, hast Du ja auch den Vorteil! Denk doch mal nach... Auch ein Nicht-Deutscher, wie die Deutschen, in dem er über/gegen Rassismus schreibt, diskutiert über ein sehr brisantes Thema(!) mit. Und wenn Du noch dazu versuchst widerzuspiegeln, daß Du mit den Deutschen gleicher Meinung bist, ist doch wunderbar. Dann hast Du hier bitteschön ein anti-rassistischen Text.

Was und wie Du schreibst? Ach, es ist einfach. Beispielsweise über "multikulturelles Leben" oder "Doppelstaatsangehörigkeit".

Wie gefällt es Dir? Schreib doch über die eine Million gesammelten Unterschriften zur Doppelstaatsangehörigkeit, die zur Zeit allzusehr aktuell ist. Schau zu, sogar die Deutschen haben nur einen Paß, während Du dadurch zwei bekommst. Da Du dann dadurch auch noch das Wahlrecht erwirbst, kannst Du ja mit Sicherheit die Verbreitung und das aggressive Vorgehen des Rassismus eindämmen. (Wie lächerlich und unsinnig dies ist. Es ist jedoch interessant festzustellen, daß viele deutsche und nicht-deutsche Linken und sowie diejenigen, die glauben, angeblich gegen Rassismus zu kämpfen, sich über dieses Thema ernsthaft den Kopf zerbrechen.)

Wenn es die Möglichkeit des Wahlrechts gäbe, könntest Du ja niemanden wählen, zumal die Ursachen des Rassismus nicht nur die Neonazis oder die Politiker und Politikerinnen sind! Falls Du noch darüber hinaus die Linken, Feministinnen, Anarchist/innen, Kommunist/innen, Autonome etc. kränken und ärgern möchtest, behaupte ruhig, die Wurzeln des Rassismus liege nicht im patriarchalischen Staat, System, Kapitalismus!

Schreib bloß nicht so, ohne die Arbeiter-Klasse und ihre Ideologie adäquat zu analysieren; "Die Wurzeln des Rassismus ... der Rassismus leitet sich aus der Gesellschaft als Inbegriff der verschiedenen Lebensweisen dieser Gesamtgesellschaft her!" Was geht denn Dich das an, der Sache so tief auf den Grund zu gehen und herumzufummeln. Also ich sage Dir nochmals eins, falls Du so wie oben schreibst, ärgerst Du sogar unsere Anti-Rassisten und -Rassistinnen, die, wie die Gesamtgesellschaft, aus der sie stammen, hinsichtlich der Emotionalität und des Lebens das Menschsein längst verlassen haben.

Mach's doch wie die Deutschen! Behandle doch die Problematik so, selbstverständlich den Rassismus erwähnend, als ob es sich um die Angriffe der Neonazis und die Erziehung der Jugendlichen handele - als ob nur die Jugendlichen schuldig seien! Während die anti-semitische Diskussion die damalige Zeit in Erinnerung ruft, die Feindschaft und Ermordung der Juden mit lauter Stimme kritisiert wird, wird von den unter denselben Angriffen ermordeten Zigeunern und Zigeunerinnen nicht gesprochen?!... Man/frau weiß ungefähr genau, wieviel Juden/Jüdinnen ermordet, in Gaskammern gesteckt wurden, jedoch werden die Zigeuner/innen außer Acht gelassen. Außerdem wird kein Wort über die körperlich oder geistig Behinderten, Homosexuellen, Lesben, psychisch Kranken gewechselt.

Anti-Semitismus, Nazi-Vergangenheit: Und wenn Du noch paar Beispiele von anderen Ländern aufzählst, da hast Du doch einen schönen Text.

Übrigens, wagst Du etwa, besser zu wissen, als die Deutschen selbst, ob die Fahrräder ihnen gehören...

Du hast die Möglichkeit, Dich im Rahmen der Vorstellungen, die den Grünen unter dem Motto "Ausländerbeiräte her" oder die den Autonomen nach dem Motto "Weg mit den Grenzen" entsprechen, zu bewegen:

Was darüber hinaus geht, schadet nur.

Hast Du Dich entschieden?

Ja, oder?

Über Rassismus? Schööön!

Was, ich verstehe nicht, soll der Titel "Gebt die Fahrräder zurück!" heißen? Was soll denn das wieder sein?! Was ist denn das für ein Titel; das hat doch mit Rassismus nichts zu tun.

Falls Du kein Fahrrad hast und eins besitzen magst, geh hin, kauf Dir eins, so daß das Problem gelöst wird.

Waas, möchtest Du die Fahrräder, die die Deutschen besitzen und sich in Besitz genommen haben, zurückverlangen?

Du hast wohl deinen Verstand verloren? Das ist ein dummer Gedanke.

Wenn Du mit Schreiben im Ernst meinst, dann sollten wir einen den Text betreffenden Titel finden. Z.B. "Schluß mit rassistischen Angriffen!"

Gefällt es Dir denn nicht?

Warum nicht?

Was, ich, du, er, sie, es, wir, ihr, sie seien alle rassistisch? Nein, das ist unmöglich. Meine Gruppe und ich sind anti-rassistisch. Das kapiere ich nicht, möchtest Du etwa auch die Nicht-Deutschen und sowie selbst die Flüchtlinge des Rassismus beschuldigen? Wie bitte, bist Du auch Rassist? Aber wie kann denn das angehen; Du möchtest doch, wie wir und ich auch, einen Text gegen Rassismus verfassen: Das ist unmöglich. Was als "Anti-" bezeichnet wird, birgt sein Gegenteil in sich; soll denn jetzt Deiner Meinung nach heißen, ich bin sowohl Anti-Rassist als auch Rassist, sowohl Anti-Faschist und Faschist?!

Ja, stimmt's? Du und ich, solange wir uns als Anti-Rassist, Anti-Faschist, Anti-Sexist, Anti-Autoritär,... benennen, solange unser Entgegengesetzter vorhanden ist, und uns nach seinem Gegenbild definiert, gibt es uns auch. Es ist anzunehmen, wenn unser Gegenbild verschwindet, daß wir entweder ein neues Entgegengesetztes erschaffen, da es nicht schwer

ist, gegen etwas zu sein, oder gehen wir mit unserem Entgegengesetztem gemeinsam zugrunde. Das ist das Wesentliche.

Ich sollte mich einer Selbstzensur unterziehen, bevor ich über die Notwendigkeit des Schreibens nachdenke. Wie diese Gesellschaft jene ausschließt und unterdrückt, die sich nicht anpassen, so fürchte ich, von unseren "Anti"-Freunden ausgegrenzt zu werden.

Es reicht jetzt! Falls ich, als eine Nicht-Deutsche, einen Text schreiben sollte, muß denn wohl dieser zwangsläufig über Rassismus sein! Auch sollten die Nicht-Deutschen etwas gegen den deutschen Staat und die zivilisierte Gesellschaft äußern können; und zwar sollte dies auch ohne Deutsche, trotz Deutschen, möglich sein.

Was Ihr mit mir diskutiert, geht ja nicht über den Rassismus oder den in der Türkei verbrachten Sommerurlaub hinaus. Wenn ich mit meinem Verhalten und Kleid Euch ein bißchen ähnele, könnte sich die Diskussion bis auf die von den türkischen Jugendlichen gegründeten Jugendbanden erstrecken. Halt, es ist noch nicht zu Ende! Und das Gelaber über Gewalt. Ihr sagt, ihr seid gegen Gewalt, verurteilt und verdammt diejenigen, die gegen Faschismus Gewalt anwenden; als ob ihr nicht die Enkelkinder derjenigen seid, die die Menschen in Gaskammer steckten...

Das ist eine schwere Beschuldigung bzw. Last, nicht wahr? Stimmt's... stimmt's?! Ich möchte mal Euch sehen, wie es auf Euch wirkt und was es bedeutet, jeden Tag mit der Angst leben zu müssen, daß Euer Haus in Brand gesteckt, Ihr grundlos auf der Straße in Anwesenheit (!) aller Öffentlichkeit verprügelt, sogar erschlagend umgebracht werdet (ich glaube, die Frauen würden hinsichtlich solcher Angst mich verstehen).

Ja, ich weiß es, Gewalt ist ein Mittel für den Machtkampf und auch den Erhalt der Macht. Es hat jedoch keinen Sinn, glaube ich jedenfalls, jahrelang über den Kampf gegen Faschismus zu diskutieren und dabei Gehirn- und Theorieakrobatiker sowie Experte in diesem Bereich zu werden.

Ich bin auch gegen meine Gewalt, für den Augenblick, in dem ich keine Angst erfahre. Aber... wenn einigen Menschen das Recht zusteht, Gewalt anwenden zu dürfen und ich hingegen darf es nicht, dann ergibt es sich von selbst, daß ich auch ein Recht auf meine Gewalt habe; dann tangiert es mich nicht, wenn einige Menschen Theorien gegen Gewalt entwik-

keln. Lassen wir die Theorien beiseite. Es ist einfach, wenn ich Dir sage, "Du bist ein dreckiges Autonomes-Schwein" und dabei Dir eine Ohrfeige verpasse, wie würdest Du denn darauf reagieren, das wird mich interessieren. Ich möchte mit eigenen Augen sehen und mich überzeugen lassen, wie weit Du von Deiner eigenen Gewalt entfernt bist.

Wie ich bereits oben sagte, hör auf bitte, mit mir über Rassismus zu diskutieren, wo und wann Du mich auch immer antriffst. Versuch doch es zu bemerken, daß es andere Themen gibt, worüber etwas zu sprechen und zu schreiben wäre. Du hättest mit Sicherheit nicht nötig gehabt, Dich, wie mich, als "Anti-" zu definieren, oder solche Definition anzunehmen, wenn Du doch anderes vorzuschlagen oder vorzutragen hättest!

Du zivilisierter Mensch! Du hast zur Zeit (!) zwei Bereiche, wie ich schon sagte, als Scheinbühnenkünstler/in eines un-, aus- oder aufgeführten Bühnenstücks, politisch wahrzunehmen und zu agieren. Der eine ist die anti-rassistische Arbeit und der andere, welchen Du mit großen fetten Buchstaben hervorhebend schreibst und während des Gesprächs laut sprichst, ist die SOLIDARITÄT.

Es sei denn, die Wahrscheinlichkeit träte ein, daß Du diese o.g. Bereiche (dein Steckenpferd) verlieren würdest. Da hast Du keinen Halt mehr, an dem Du "Dich" festhältst...

Wenn wir jetzt alles beiseite lassen; in Deutschland gibt es ca. 4 Millionen Nicht-Deutsche.

Infolgedessen gibt es, abgesehen davon, ob es gut oder schlecht ist, verschiedene Lebens-, Gedanken- und Verhaltensweisen. Versuchst Du denn überhaupt, diese kennenzulernen, zu verstehen und zu erfahren?

NEIN...

Mit Sicherheit und ohne darüber zu diskutieren, sind Deine Gedanken, Vorschläge, Verhaltensweisen, kurz gesagt, Deine Lebensweise, absolut richtig. Andere Lebensweisen und Schönheiten interessieren Dich ja nicht und erscheinen Dir auch gar nicht so wichtig zu sein.

Hast Du mal überhaupt nachgedacht... Gehören denn Dir die Dinge wirklich, die Du für richtig und schön hältst?

Beispielsweise anti-autoritäre Erziehung, das Bewußtsein über die Natur, das Gefühl des Miteinander-Teilens und der Solidarität. Diese hast Du doch im Namen der Zivilisation und Blabla erst zerstört, bzw. Du sagtest, du brächtest die Zivilisation etc. in die unzivilisierten, unentwickelten Länder des Planeten Erde. Aber Du nimmst schon unverschämterweise widerrechtlich den Unzivilisierten das Wissen, die Erkenntnis über das Leben, den Tod, die Natur und Kultur, die sie selber nicht theoretisiert und verwissenschaftlicht hatten - Du nimmst einem Baum seinen eigenen mit jahrtausenden Erfahrungen selbst hergestellten lebenswichtigen Saft, und gibst ihm Deinen künstlichen... Und dann, weiß Du denn, was mit dem Baum passiert, Du zivilisierter Mörder! Zum Schluß, versuchst Du widerrechtlich und durch Raub erlangtes Wissen, eventuell teils verdreht und manipuliert, natürlich als bestentwickelte Lebens- und Wissenserfahrungen, auf das (dein blutiges) Tablett zu bringen, Merkst Du denn das?

Weiß Du, vor Jahrhunderten gab es mal in Kleinasien Menschen, die, ohne die Anarchie, die Freiheit zu theoretisieren, in Liebe und im Einklang mit Mensch und Natur das anarchistisches Leben gelebt und postuliert haben. Und jetzt erhebst Du Dich und versuchst mir damit prahlend kundzutun, wie schön Deine Utopien wären. Deine Utopien sind überhaupt nicht echt, da Du sie von den anderen, die diese gelebt haben, geraubt hast. Was Dich in Wirklichkeit von mir unterscheidet, hinsichtlich der Eigenschaften, ist, daß Du mehr Möglichkeiten hast, daß es Dir gut ergeht und daß Du gut zu reden hast.

Ich habe keine Lust einen Text aufzusetzen; obgleich ich schreibe, wem soll ich was erzählen. Die Deutschen verfügen ja über bessere Kenntnisse zu allen Themen als ich. (Es ist kein Zufall, daß der Karl Marx ein Deutscher war. Er hat selbst kleinbürgerlich gelebt, in seinem Leben weder eine Revolution erlebt, gesehen noch verwirklicht, jedoch schrieb er uns vor, wie eine Revolution zu vollziehen sei). Sie wissen einfach alles besser, und zwar das beste unter Allerbesten der Wissenswerten. Nur eins wissen sie nicht, nämlich zurückzugeben, was sie gestohlen haben.

Es gefiel mir, und ich kann es nicht vergessen, was ein Indianer in einer verfluchten Zeit, in der sie niedergemetzelt wurden, sagte: "Die Weißen haben uns vieles versprochen; vieles haben sie gesagt, so daß sie wieder alles vergessen haben. Nur eins haben sie nicht vergessen. Sie haben uns gesagt, sie würden uns das Land nehmen, und das haben sie auch getan."

Mit einem radikalsten Slogan skandierst Du laut "Grenzen auf" und sagst, "komm fahr Du auch mein Fahrrad und benutze es mit". Du verstehst aber mich nicht. Ich sage allerdings hingegen, GIB DIE FAHR-RÄDER ZURÜCK!

Ich mag weder mit Dir über die rassistischen Angriffe diskutieren, noch mir über Doppelstaatsangehörigkeit Gedanken austüfteln, noch mit Dir irgend etwas teilen.

Ich mag keine Diskussion, welche die Arbeiter-Klasse und Ideologie betrifft, führen. Schlicht und einfach, gib zurück, was Du gestohlen hast. Nur dann können wir als gleichberechtigte Partner/innen unter gleichen Bedingungen die gerechte Teilung unter uns verwirklichen.

Verstehst Du; versuchst Du mich zu verstehen?

Weißt Du es?

Unerschrocken und unbekümmert will ich durch das Leben. Weder eine Regel noch ein abgestecktes Ziel habe ich Dir anzubieten. Eine Methode der Keine-Methode, die keine stereotype System-Methode ist, es ist jedoch nicht die Anti-These von "Anti-", was ich hiermit sagen will.

In Wirklichkeit hätte ich gerne mit Dir/Euch ein anderes Gespräch geführt, der Text hätte sich leicht lesen lassen sollen, in einem Atemzug. Du, unsere Gedanken und ich: Über Wolken schweben. Erleben die bereits heute zum Erlebnis gewordenen Utopien, die jedoch im Rahmen der Entwicklung, Fortschrittlichkeit und Revolution etc. über Gedanken von "Anti-" hinausragen. Leben als Einzelperson individuell in freier Solidarität, statt zu suchen, auf der Suche nach Freiheit zu sein, lebe sie in vollen Genußzügen, anstelle Dir die Anarchie anzueignen und Dich als Anarchist/in auszugeben, gehe davon aus, daß die Anarchie längst unzulänglich sei und lasse Dich nicht als irgend etwas definieren u.s.w.

Zumindest mag ich sagen, ich habe meinen Gott verloren, ich will ihn jedoch nicht noch einmal suchen; während wir uns bereits wie die Atheisten ausgaben, suchten mühsam die Kritik zu üben, neue Götter, wie z.B. Ideologien, Klassen, Chefs, Völker, Befreiungsbewegungen, erschaffen zu haben. Wenn die Möglichkeit sich geboten hätte, hätten wir über Deine und meine niederträchtige Persönlichkeit sprechend die von uns erschaffenen neuen Götter und Religionen beschimpft

Ich hätte gerne mit Dir gemeinsam die noch nicht geschriebenen Texte schreibend und das noch nicht gelebte Leben lebend, den Höhepunkt des Glücks erreicht.

Nein... möchtest Du darüber mit mir nicht sprechen; oder bilde ich mir das nur so ein?

"Komm teilen wir uns" sagst Du, in einer radikalsten Form, die Du je kannst. Was und wie soll ich mit Dir teilen?!.. Wie kann ich mit Dir die Jugendjahre teilen, die meine Mutter und Vater hier verloren haben, um die sie betrogen und in der sie ausgebeutet wurden. Woher nimmst Du Dir das Recht, mit ihnen ihre Jugendjahre zu teilen? Wie kommst Du dazu, mit mir zu teilen, was Du Dir unwiderrechtlich, unrechtmäßig durch die Unterdrückung, Ausbeutung, Ausrottung und Ausraubung der "Dritte-Welt-Länder-Menschen" angeeignet hast; anstatt diese unrechtmäßig erworbenen Schätze und Reichtümer, worauf dein Wohlstand beruht, zurückzugeben, willst Du diese mit mir teilen, mit welchem Recht!...

Wer gibt Dir dieses Recht!..

Woher nimmst Du Dir das Recht, mit mir sie teilen zu wollen, während Du mir das Recht verwehrst, sie zurückzuverlangen!...

Während deiner Meinung nach Dir Deine Gewalt und gestohlenen Reichtümer zustehen, bin ich jetzt etwa in Unrecht!...

Kehren wir mal zurück, zum Thema der Rückgabe der Fahrräder; es liegt doch auf der Hand. Ich mag Dich nicht, Deine Lebensweise nicht, Deine Sprache, Dein Land und das Klima Deines Landes mag ich nicht...

Was suchst Du dann hier?... Warum soll ich hierher kommen? In dem Fall, daß ich hier bin, warum will ich jetzt hier bleiben? (Nein, sag bloß nicht, es hätte Gründe gegeben, was wieder die Analyse der Ideologie und der Situation der Arbeiterklassen etc. anbelangt, wie z.B. Befreiungskämpfe, bürgerkriegsähnliche Zustände; sag bloß ja nicht, es habe doch weder die Demokratie, Einhaltung der Menschenrechte und noch die Freiheit gegeben, wo ich herkomme! Denn es gibt auch hier Religion, Klasse, Ausbeutung, Machtausübung über die Minderheiten, Gewalt etc., kurz gesagt, es gibt auch hier den Staat.)

Was mich veranlaßte hierherzukommen, ist, was Du unrechtmäßig in Besitz genommen hast und darüber alleine verfügen willst, nämlich die Reichtümer, der Wohlstand und bequemer Lebensstandard. Wenn ich sage, "gib die Fahrräder zurück", dann möchte ich, daß die Reichtümer in jeglicher Hinsicht den alten rechtmäßigen Besitzern und Besitzerinnen zurückgegeben werden müssen.

Es mag stimmen; würde sich denn alles verbessern, wenn die Reichtümer den alten Besitzern zurückgegeben werden? Werden sie sich denn nicht aufblähen, wie Du, wenn sie die Reichtümer zurückerlangt haben? Stimmt, es ist wahrscheinlicher denn je! Wie dem es auch sein mag. Ob Du sie besitzt oder sie Dich, das ist ja ganz gleichgültig. Was hat sich denn bis jetzt verändert, daß Du seit Jahrhunderten über die gestohlenen Reichtümer verfügst hast... Ihr seid dieselbe Scheiße, zwei Seiten ein und derselben Medaille. Dennoch, im Falle der Rückgabe der Reichtümer, werden sich die Rollen der Beziehungen verändern.

Wenn Du die Fahrräder zurückgibst, wenn heute Gestern und Morgen heute wird, dann könnten wir versuchen, gemeinsam ein menschliches Leben aufzubauen.

Im wesentlichen mußt Du die Fahrräder zurückgeben; ich möchte über sie nicht nur alleine verfügen.

Gib die Fahrräder zurück, damit wir sie nach Maßgabe des Bedarfs benutzen.

Gib zurück! Damit Du es fährst und ich auch fahre.

Gib zurück! Damit wir in Freundschaft miteinander auskommen.

Gib zurück! Damit wir zusammen in Freiheit leben.

GIB ZURÜCK! GIB DIE FAHRRÄDER ZURÜCK!!!

aus:

AStA-Info SS '94 der Fachhochschule Darmstadt

M. Zaher

Ausländerpolitik an der Oldenburger Uni in den 80er Jahren

Vorbemerkung:

Durch die Einbeziehung der "Dritte-Welt-Länder" in das internationale Netz des Handels und des Finanzkapitals im Laufe des 19. Jahrhunderts kam es zu einer politischen und ökonomischen Anhängigkeit dieser Länder von den monokapitalistischen Industriestaaten.

Diese Abhängigkeit hat sich weiter im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung nach dem 2. Weltkrieg unter dem Namen der Entwicklungshilfe vertieft. Dementsprechend hat sich die Anzahl von einreisenden jungen Menschen der "Dritte-Welt-Länder" zum Zweck des Studiums u.a. in westlichen Industrieländern erhöht.

Diese werden zum Teil seitens der Regierungen der jeweiligen Länder der "Dritten-Welt" in westliche Industrieländer geschickt, um die Wissenschaft, Technik und Kultur dieser Länder kennenzulernen, da das westliche Kapital und die Industrie, die sich in den "Entwicklungsländern" betätigt, Bedarf an qualifizierter einheimischen Arbeitskräften hat.

Auch kommen viele Studentinnen und Studenten zum Studium in westliche Länder, die nicht direkt von den Regierungen der "Dritte-Welt-Länder" geschickt wurden. Sie kommen, weil sie in ihren Heimatländern keine Chance haben, einen Studienplatz zu bekommen bzw. die Studienbedingungen dort sehr hart sind, und für die große Mehrheit der Jugend ein Studium unmöglich ist.

Abgesehen von harten Aufnahmeprüfungen und Problemen der Finanzierung des Studiums ist das Problem der Herrschaft und Funktion der diktatorischen Regime in diesen Ländern als Haupthindernis seitens dieser intellektuellen und progressiven Jugend zu sehen.

Zudem kommen einige in westliche Länder als Emigranten, da sie aufgrund politischer Aktivitäten ihre Heimatländer verlassen mußten.

Diese Gruppe versucht, ihre politische Aktivität gegen die jeweiligen diktatorischen Regime ihrer Heimatländer fortzuführen. Sie versuchen die im Ausland lebenden und studierenden Landsleute aufzuklären und zu organisieren. Da es im größten Teil der "Dritte-Welt-Länder" keine Presse- und Meinungsfreiheit gibt und dagegen in westlichen Industrieländern eine gewisse Presse- und Meinungsfreiheit existiert, hat man in westlichen Ländern die Möglichkeit, in Ländern der Dritten Welt verbotene Literatur zu erhalten und zu lesen.

Man bekommt die Gelegenheit, direkt das sozio-ökonomische System der Dritten Welt mit westlichen Ländern zu vergleichen.

Aus den oben genannten Gründen wird der Prozeß des Begreifens der Ursachen von Unterentwicklung der "Dritten-Welt-Länder" und ihrer Probleme seitens der Studenten, die aus diesen Ländern kommen, beschleunigt. Es führt dahin, daß ein großer Teil dieser Studenten politisch engagiert bzw. in bezug auf ihre Heimatländer politisch aktiv werden.

Sie organisieren sich und versuchen sowohl ihre persönlichen Probleme (Aufenthalts-, Studien- und Finanz-Problem) als auch sozio-ökonomische sowie politische Probleme ihrer Landsleute, die in den jeweiligen Heimatländern darunter leiden, im Ausland, in dem Land, wo sie studieren, bekannt zu machen.

In diesem Zusammenhang wird versucht, die Entstehung und Entwicklung der Hochschulgruppe ausländischer Studenten/innen sowie deren Probleme an der Universität Oldenburg zu beschreiben und zu analysieren.

Entstehung und Entwicklung der Hochschulgruppe ausländischer Student/innen (HGAS) in Oldenburg

In der Gründungsphase gab es sehr wenige ausländische Studierende in Oldenburg; ihre Zahl stieg jedoch im Laufe der Zeit an. 1978 stieg die Zahl der ausländischen Studenten/innen von 33 im Jahre 1976 auf 90 an. In dieser Zeit bildete sich eine Gruppe von aktiven ausländischen Studenten/innen. Sie nannte sich "Ausländergruppe". Am Anfang beschäf-

tigte sich diese Gruppe vor allem mit persönlichen Problemen der ausländischer Student/innen. Sie war noch nicht politisch orientiert. Das hängt mit der geringen Anzahl der ausländischen Studenten aus "Dritten-Welt-Ländern" in dieser Gruppe zu der damaligen Zeit zusammen.

Die ausländischen Studierenden aus den "Dritten-Welt-Ländern" versuchten in der Folgezeit, die Funktion der "Ausländergruppe" mehr in politische Richtung zu orientieren.

Zu diesem Zweck organisierten sie Informationsveranstaltungen über die politische Lage in Indien, Palästina und anderen Ländern.

Die "Ausländergruppe" beschäftigte sich auch weiter intensiv mit dem Palästina-Problem und machte ihre neue Orientierung durch eine Namensänderung der Gruppe deutlich. Sie hieß jetzt "Nahost-Komitee".

Die Aktivitäten des Komitees konzentrierten sich später vor allem auf den Iran (Revolution im Iran 1979).

Im Jahr 1980 stieg die Zahl der ausländischen Studenten von 90 im Jahre 1978 auf 110, auch der Anteil der Studenten/innen aus den "Dritten-Welt-Ländern" stieg.

Dadurch bekam das Komitee bzw. die Ausländergruppe eine größere Basis und mehr Studenten/innen nahmen an den Gruppensitzungen teil.

Neue Impulse innerhalb der Gruppe

Kurz nach der "iranischen Revolution" haben viele iranische Studenten/innen früh den reaktionären Charakter des Khomeini-Regimes begriffen. Daher versuchten sie im Rahmen der Sitzungen des Ausländerkomitees und der iranischen Studenten, die Entwicklungstendenz der iranischen Revolution und den reaktionären Charakter der Khomeini-Führung zu veranschaulichen.

Es kam unter den iranischen Studenten zu Meinungsunterschieden und heftigen Auseinandersetzungen in bezug auf das Khomeini-Regime. Grob gesagt spalteten sich die iranischen Student/innen in zwei Gruppen: Eine Gruppe, die Mehrheit, beschloß, trotz Meinungsunterschieden untereinander, die zweite Gruppe, die Anhänger der islamischen Repu-

blik (Tudeh-Partei-Anhänger/ Kommunistische Partei Irans und Hesbolla-Anhänger/Khomeini-Anhänger), aufzuklären und sie, so weit wie möglich, von ihrer kritischen Haltung zum Khomeini-Regime zu überzeugen.

Schließlich wurden die "unverbesserlichen" Khomeini-Unterstützer "entlarvt und isoliert".

Dieselbe Auseinandersetzung bezüglich des Khomeini-Regimes entfachte sich in der "Gruppe der ausländischen Studenten"/GAS, wie sich die Auländergruppe später nannte, da auf der internationalen Ebene alle sowjetorientierten linken ausländische Studenten/innen an der Seite Khomeinis standen.

Daher hatte sich auch die politische Auseinandersetzung zwischen den ausländischen Studenten, die für oder gegen Khomeini waren, verschärft.

Zu erwähnen ist, daß diese Auseinandersetzung zwischen den oppositionellen iranischen Studenten und den Khomeini- und Tudeh-Anhängern sich so verschärft hatte, daß die kritischen iranischen Studenten/innen direkt von der Khomeini- und der Tudeh-Partei bedroht wurden.

Dieser politische Kampf wurde seitens der oppositionellen iranischen Studenten auf zwei Ebenen geführt. Zum einen innerhalb der GAS, zum anderen im Konflikt mit dem damaligen AStA (MSB/SHB) in bezug auf den Iran. Der damalige AStA weigerte sich nicht nur, Flugblätter und Veranstaltungen der oppositionellen iranischen Studenten zu unterstützen, sondern es wurden auch Artikel ihrer Zeitungen wie "Frontal", "Rote Blätter", "UZ", die die islamische Republik verteidigten, verteilt. Weiterhin wurden Schriften der iranischen kommunistischen "Tudeh"-Partei, die das Khomeini-Regime unterstützten, in deutscher Übersetzung auf Kosten des AStA gedruckt und verteilt.

Der MSB nannte die iranischen oppositionellen Studenten, bürgerliche, westlich orientierte Konterrevolutionäre und in einem Fall wurde ein aktiver iranischer Student als "Savak-Agent" (Savak: iranische Geheimpolizei) bezeichnet.

In dieser politischen Atmosphäre hielten es die oppositionellen iranischen Studenten für nötig, den AStA (MSB/SHB) in bezug auf seine politische Haltung gegenüber der GAS und insbesondere der iranischen

oppositionellen Studenten zu "entlarven" und gleichzeitig die Vertretung der ausländischen Studenten sowohl finanziell als auch politisch unabhängig und autonom zu machen.

Dabei handelte es sich nicht um eine Forderung nur der Iraner, sondern sie wurde getragen von der Mehrheit der ausländischen Studenten (Türken , Griechen usw.).

In der Folgezeit verfaßten Khomeini-kritische iranische Studenten Artikel über die iranische Revolution und Khomeini und die Rolle der Tudeh-Partei (und deren Unterstützung durch MSB/SHB) für die "Oldenburger Studentenzeitung", organisierten Veranstaltungen zu diesem Thema und verteilten Flugblätter.

Parallel zu diesen Auseinandersetzungen mit dem AStA haben die aktiven ausländischen Studenten/innen zusammen mit interessierten deutschen Kommilitonen/innen der Gruppe ausländischer Studenten (GAS) ein Komitee gegen Ausländerfeindlichkeit gegründet, das zu Beginn sehr erfolgreich war. Im Laufe von zwei Semestern nahmen viele deutsche und ausländische Studenten/innen an Aktivitäten dieses Komitees teil. Das Komitee geriet erst in eine Krise und löste sich auf, nachdem die einzelnen politischen Gruppierungen versucht hatten, ihre parteilichen Interessen durchzusetzen, und die gemeinsamen Ziele nicht mehr im Vordergrund standen.

Im Zuge der politischen Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit hatte sich eine Gruppe von deutschen und ausländischen Student/innen gebildet, die gegenüber der damaligen AStA-Politik kritisch eingestellt war. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß im Jahr 1981 einige griechische Studenten/innen zur GAS kamen, die teilweise langjährige politische Erfahrungen in linken Organisationen hinter sich hatten und die mit der von MSB und SHB vertretenen Politik nicht einverstanden waren.

Es entwickelte sich ein Zusammenschluß der engagierten MSB/SHB-kritischen deutschen und ausländischen Studentinnen und Studenten, die für die politische Autonomie einer Vertretung der ausländischen Studenten an der Carl-von-Ossietzky-Universität kämpften.

In dieser Zeit, 1982, kandidierte die undogmatische-linke Gruppe "Lilafanten" zum Studentenparlament und erreichte Stimmen für 16

Sitze, obwohl sie nur neun Kandidaten aufgestellt hatte. Die "Lilafanten" solidarisierten sich mit der Forderung einer autonomen Ausländervertretung an der Universität Oldenburg.

Die politisch aktiven ausländischen Studenten (besonders Türken, Griechen und Iraner) bemerkten durch die Wahl, daß MSB und SHB keine große Basis innerhalb der Studenten/innenschaft hatten. Es entstand die Idee, für die nächste Studentenparlamentswahl eine gemeinsame Liste von deutschen und ausländischen Studenten/innen aufzustellen und systematischer als die Gruppe "Lilafanten" politisch zu arbeiten. Ein Teil der Lilafanten und der ehemaligen links-undogmatischen Basisgruppe und Aktivisten aus dem Kreis des "Alhambra" trafen sich fortan mit einigen ausländischen Studenten/innen der GAS zu regelmäßigen "Donnerstags-Sitzungen".

Aus dieser "Donnerstags-Gruppe" und weiteren deutschen Studenten/innen aus verschiedenen "K"-Gruppen, feministischen Gruppen und parteilosen Aktivisten entstand die Wahlliste "Anti", die sich 1983 erstmalig für das Studentenparlament zur Wahl stellte. Bei "Anti" kandidierten organisierte Leute aus dem Umkreis von KPD, MPD, GIM, Grüne, Parteilose, Demokraten und Linke, Frauen und Lesben und ausländischen Studenten/innen, die, wie die deutschen, organisiert oder parteilos waren.

Als die Liste "Anti" aufgestellt wurde, wurden diejenigen Ausländer, die bei "Anti" zusammen mit Frauen und Lesben kandidierten, von anderen ausländischen Studenten/innen aus dem Iran und der Türkei sowie Griechenland ausgelacht und ihr Vorgehen als Beleidigung für die Ausländergruppe gebrandmarkt.

Diese "Anti"-kritische Tendenz innerhalb der ausländischen Studenten/innen wurde seitens des MSB und der Anhänger der iranischen Tudeh-Partei und anderer opportunistischer ausländischer Studenten/innen geschürt, da diese Gruppe und Personen wußten, daß die ausländischen Studenten/innen, besonders die Iraner, gegenüber Lesben und Schwule sehr empfindlich sind.

Nach einer Diskussion wurden die Mitglieder der Gruppe der Ausländer an der Uni überzeugt, daß es politisch richtig ist, mit allen benachteiligten Gruppen, die für die Autonomie und die Forderung der Ausländergruppe sind, zusammen eine Liste zu stellen.

MSB und andere Gegner von "Anti" schafften es nicht, die Unterstützung der ausländischen Studentinnen und Studenten für die Wahlliste "Anti" zu verhindern.

Wichtig ist zu erwähnen, daß in dieser Zeit (1983) die Anzahl der ausländischen Studenten/innen von 111 (Wintersemester 1980/81) auf 208 (WS 1983/84) stieg. Etwa 64% davon kamen aus Länder der "Dritten Welt".

Bei der Wahl zum Studentenparlament 1983 erhielt Anti 18 Sitze und wurde zweistärkste Fraktion neben dem SHB mit 20 Sitzen. Mit Unterstützung von Anti schafften es die ausländischen Studenten/innen, in einer Studentenparlamentssitzung bei einer Abstimmung die Autonomie der Gruppe der Ausländer (GAS) als zukünftige "Hochschulgruppe ausländischer Studenten/innen"/(HGAS) bzw. als ein Organ der verfaßten Studentenschaft anerkennen zu lassen. Diese von einer studentischen Vollversammlung bereits 1982 anerkannte Forderung wurde später in einer Studentenparlamentssitzung bestätigt.

Einiges über HGAS - Funktion und Satzung

In der HGAS-Zeitung Nr. 6 vom Januar 1985 wurde folgendes über Funktion und Satzung der HGAS geschrieben:

Auf der Konferenz der Ausländerreferenten der bundesrepublikanischen Hochschulen, die am 5. bis 8. Dezember 1984 auf Initiative des AStA der Carl von Ossietzky-Universität in Oldenburg stattfand, wurde das HGAS-Modell als eine Grundlage für die bundesweite Vertretung der ausländischen Studenten/innen in der BRD vorgeschlagen. Auf der anderen Seite läßt sich ein Mißverständnis über die Struktur der HGAS sowie ihre Funktion bei einigen ausländischen Kommilitonen/innen spüren. Dies veranlaßt uns, das HGAS-Modell ausführlich darzustellen in der Hoffnung, daß dieser Versuch eine konstruktive Diskussion und eventuell weitere Vorschläge initiiert.

Gemäß § 1 der Satzung besteht die HGAS aus allen eingeschriebenen ausländischen Studenten/innen. Jede/jeder ausländische Student/in, der/die an der C.v.O.-Universität immatrikuliert ist, ist automatisch ein Mitglied der HGAS. Die Mitgliedschaft in der HGAS kann nur durch Exmatrikulation aufgehoben werden. Das einzige beschlußfassende Or-

gan der HGAS ist die Vollversammlung der ausländischen Studenten/innen, die in der Regel alle zwei Wochen stattfindet. Die HGAS-Vollversammlung (HGAS-VV) diskutiert über die bestehenden Probleme der ausländischen Studenten/innen und faßt ihre Beschlüsse in einer demokratischen Weise, d.h. die Beschlüsse der HGAS-VV entsprechen denen der Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Die Autorität der HGAS-VV ist nicht übertragbar. Mit anderen Worten, in der Zeit zwischen zwei Vollsammlungen kann niemand Entscheidungen für die HGAS treffen. Die HGAS wählt einmal im Jahr aufgrund eines Arbeitsprogramms, fünf Vertreter/innen. Die Vertreter/innen der HGAS sind ehrenamtlich und haben nur eine repräsentative Rolle. Ihre Aufgaben werden durch die HGAS-VV bestimmt. Sie sind jeder Zeit abwählbar. Das ist ein wesentlicher Unterschied zwischen HGAS und anderen Parteien und Organisationen, wo der Vorstand oder Vorsitzende für die Partei oder Organisationen entscheidet.

Für die Durchführung ihrer Beschlüsse bildet HGAS Arbeitsgruppen und definiert ihre Aufgaben sowie ihren Spielraum. Die Arbeitsgruppen bleiben der HGAS unterlegen. Sie sind verpflichtet, regelmäßig Berichte über ihre Aktivitäten einzureichen. Die HGAS kann jeder Zeit eine Arbeitsgruppe auflösen und neu bilden.

Während für die Mitgliedschaft in der HGAS keine Voraussetzungen zu erfüllen sind (abgesehen von Immatrikuliert-sein), muß sich jedes Mitglied, das in einer Arbeitsgruppe tätig sein will, der HGAS unterordnen, d.h. ihre Beschlüsse akzeptieren.

Unserer Meinung nach schafft diese Struktur die günstigsten Bedingungen für Beratung, Beschlußfassung und Durchführung für die Belange der ausländischen Studenten/innen. Gleichzeitig hat jedes Mitglied der HGAS die Gelegenheit, sich politisch, kulturell, (...) zu betätigen. Dabei muß man erwähnen, daß die Vertreter/innen oder andere Aktivisten der HGAS nicht als Funktionäre anzusehen sind, die bestimmte Arbeiten für ausländische Studenten/innen zu leisten haben, sondern als aktive Mitglieder, die aufgrund ihres Interesses sich in verschiedenen Arbeitsgruppen betätigen.

Übernahme des AStA durch die Gruppe ANTI und Abnahme der selbständigen Aktivität der HGAS

Bei der Studentenparlamentswahl 1984 erhielt ANTI 23 Sitze und wurde stärkste Fraktion. Dadurch konnte ANTI den AStA allein stellen.

Nachdem ANTI die Funktion des AStA übernommen hatte, nahmen die HGAS-Aktivisten sowohl in den Diskussionen auf den Donnerstags-Sitzungen (ANTI-Plenum) als auch in verschiedenen Referaten des AStA (Internationales- und Kulturreferat) aktiv teil. Ein HGAS-Aktivist aus Griechenland wurde von ANTI als AStA-Sprecher gewählt.

HGAS und AStA haben gemeinsam anfangs viele Aktivitäten auf die Beine gestellt. Zum Beispiel:

- Internationale Feste
- Organisationen einer Konferenz der Ausländerreferenten der bundesrepublikanischen Hochschulen (1984)
- Gründung des "Internationalen Hauses" in der Auguststraße
- Planung und Durchführung einiger Veranstaltungen u.a. über die politische Lage der HGAS.

Im Rahmen der HGAS wurde in dieser Zeit von einigen Aktivisten das WUS-Komitee-Oldenburg gegründet (WUS = World University Service). Ebenso wurde seit 1983 die "HGAS-Zeitung" herausgegeben (bisher sind 8 Ausgaben erschienen).

Abnahme der HGAS-Aktivität

Man kann sagen, daß je mehr sich die HGAS-Aktivisten mit AStA-Arbeit, WUS-Komitee, Internationales Haus usw. beschäftigten, desto mehr die selbständige HGAS-Arbeit abnahm. Durch die Verselbständigung von Aktivitäten einiger HGAS-Aktivisten außerhalb der HGAS im AStA, Internationalen Haus, WUS-Komitee usw., fühlten sich andere HGAS-Mitglieder benachteiligt. Die Teilnehmerzahl an den HGAS-Sitzungen im zweiwöchigen Rhythmus nahm ab.

Und zwar nahmen die Aktivitäten im Namen der HGAS zugunsten der Mitarbeit von ausländischen Studenten und Studentinnen außerhalb der

HGAS ab. Das hatte die negative Folge, daß der Kontakt zwischen den HGAS-Aktivisten und HGAS-Mitgliedern lockerer wurde bzw. dann ganz abbrach. Ebenfalls verantwortlich für die Abnahme der HGAS-Aktivitäten sind gewisse organisatorische Fehler und die Vernachlässigung der regelmäßigen Vorbereitung der Tutorenwahl.

Diese Probleme wurden von HGAS-Gegnern (einige ausländische Studenten/innen aus dem Iran und der Türkei bzw. MSB/SHB-Spektrum) ausgenutzt, und die HGAS-Aktivisten wurden angegriffen, und Flugblätter in diesem Zusammenhang geschrieben und verteilt.

Als weiteres und wichtiges Problem bezüglich der weiteren HGAS-Arbeit ist die Schwierigkeit, neue Leute für die HGAS zu gewinnen, zu erwähnen. Viele HGAS-Aktivisten sind mit persönlichen und speziellen Problemen wie Studium, finanzielle und Aufenthaltsprobleme, Familienkonflikte usw. beschäftigt oder haben ihr Studium abgeschlossen. Besonders die Iraner befinden sich in diesem Zusammenhang zum Teil in Perspektivlosigkeit bzw. in einer Resignationsphase - auf dem Hintergrund der Geschehnisse in Iran.

Die Iraner, die in letzter Zeit wegen des Studiums in die BRD gekommen sind, haben sehr viele materiellen Probleme, und es bleibt ihnen kaum Zeit und kaum eine Möglichkeiten, politisch aktiv zu werden.

(geringfügig bearbeitet, aus: Redaktion Erinnerungsarbeit, **REINE REFORMSACHE** - Kritische Beiträge zu 10 Jahren Universitätsgeschichte in Oldenburg, 230 S., Selbstdruck: Universität Oldenburg/Zentrum für pädagogische Berufspraxis, 1985)

Mahnaz Rashidi

HABE ICH MEHR VERLOREN ALS GEWONNEN?

HABE ICH MEHR GEWONNEN ALS VERLOREN?

Er saß in der Reihe vor mir ruhig und selbstbewußt. Auf jede Frage, die der Tutor stellte, konnte er eine Antwort geben. Alle waren von ihm beeindruckt, ich natürlich auch. Ich fragte mich, wie kann es sein, daß er alles, was gefragt wird, beantworten kann. Wenn er soviel weiß, warum besucht er überhaupt das Tutorium, er braucht eigentlich kein Tutorium, dachte ich mir. Einmal hörte ich sogar von meinem Nachbar, daß der Junge gut sei.

Ich beobachtete ihn mit Begeisterung bei den nächsten Sitzungen und meine Bewunderung wuchs im Laufe der Zeit, so daß ich mir wünschte, so gut zu sein wie er und auch die Aufmerksamkeit der anderen, natürlich damals bei den Tutoriumssitzungen, auf mich zu lenken.

Dieses Erlebnis machte mich nachdenklich. Ich kam zum Schluß, daß ich vielleicht auch wie er gut werden kann, indem ich mich intensiv vorbereite und im Tutorium alle Fragen zu beantworten versuche oder gute Fragen stelle.

Das war damals im Grundstudium möglich. Wir bekamen jede Woche in den Vorlesungen Übungsblatt oder -blätter zu dem jeweiligen Fächern, und falls wir dann wollten, konnten wir das Tutorium (eine Art Übungsveranstaltung) besuchen.¹ Dort wurden als erstes die Übungen oder Fragen auf diesen Blättern bearbeitet, und falls man, bezüglich der

¹ Man mußte nicht das Tutorium besuchen und theoretisch hat man die Wahl zu entscheiden, ob man es besuchen will oder nicht, aber dadurch, daß die Studentinnen, besonders im Grundstudium, viele Probleme mit der Art der Vorbereitung auf die Klausuren haben, oder die Übungen und Fragen nicht immer selbstständig bearbeiten können, nimmt jeder/jede Studierende die Möglichkeit in Anspruch.

Vorlesung oder bearbeiteten Themen, Fragen hatte, konnte man seine Fragen dort stellen.

Ich fing unsicher und ängstlich an, mich intensiv auf das Tutorium vorzubereiten. Unsicher, da meine Deutschkenntnisse dürftig waren, und ängstlich, weil ich vor einem Publikum reden mußte.

Nun war es soweit, aber ich wollte nicht im gleichen Tutorium den Versuch machen. Es gab auch andere Tutorien, und ich suchte mir eins aus, das zu meinem Zeitplan paßte. Die Tutorin stellte wie üblich ab und zu Fragen, und obwohl ich manchmal die Antwort wußte, traute ich mich nicht zu reden. Ich konnte mich vor Aufregung nicht melden.

Diese für mich unbegründete Hemmung war mir jetzt sogar noch unangenehmer, weil ich ja nun etwas zu sagen hatte, aber ich hatte eben kein Selbstvertrauen. Nein, das stimmt nicht. Ich hatte sogar Selbstvertrauen, sonst wäre ich überhaupt nicht auf die Idee gekommen, so einen Versuch zu machen.

Das Problem war: Angst. Ich wollte dem Vorurteil entgegenwirken, ich sei auch als Mensch minderwertig, weil ich in meinem Fach durch Inkompetenz Fehler mache.

Das war wieder eine zusätzliche Belastung für mich, um diese Ängste zu überwinden. Das dauerte natürlich ein paar Wochen. Ich wollte endlich etwas Konstruktives für mich tun.

Ich machte endlich den Mund auf. Aufgabe: Eine Gleichung war aufzustellen. Ich meldete mich dieses Mal. Die Tutorin reagierte darauf. Ich erklärte erst, wie man die Gleichung aufstellen kann, und da ich die Aufgabe vorher gelöst hatte, konnte ich problemlos aber langsam die Antwort vervollständigen. Als sie meine Lösung richtig fand, sagte sie, daß ich die Gleichung auf die Tafel schreiben solle. Damit hatte ich nicht gerechnet, aber ich hatte es angefangen und mußte weitergehen. Ich ging an die Tafel und schrieb die Gleichung, aber weil ich aufgeregt war, war meine Schrift unleserlich, so daß sogar ein Kommilitone sagte, daß er sie nicht lesen könne.

Meine Aktion zahlte sich aus. Bei der nächsten Sitzung sprach mich eine Kommilitonin an und sagte, daß ich immer vorbereitet und fleißig sei, und sie merke, daß ich immer die Aufgaben vorher bearbeitet hätte. Das war interessant, als ich hörte, daß ich wider Erwarten einen guten Ein-

druck gemacht hatte. Nach dem Tutorium gingen wir zusammen Kaffee trinken und dadurch lernten wir uns kennen. An dem Tag beschlossen wir, uns gemeinsam auf die Klausur vorzubereiten.

Ab diesem Tag saßen wir dann immer nebeneinander und wir lernten noch zwei andere Studentinnen kennen, die mit uns zusammen arbeiten wollten.

Mir war es dadurch möglich, meine erste Arbeitsgruppe zu bilden, und zwar im ersten Semester. Natürlich waren wir alle vier, von der Disziplin und Arbeitsweise her, nicht auf dem gleichen Niveau, aber ich war froh, daß ich überhaupt ein paar Leute zum gemeinsamen Lernen gefunden hatte. Damals war ich erstens unerfahren und zweitens anspruchslos, was sich danach im Laufe des Studiums bis heute total geändert hat. Ich regelte alles über das Wann, Wo und Wie. Nachdem ich den anderen meinen Plan vorgestellt hatte, waren sie auch einverstanden. So kam meine erste Arbeitsgruppe zustande.

Am Anfang fiel mir es natürlich nicht leicht, in der Gruppe zu reden. Ich mußte manchmal meine Lösungsvorschläge zwei oder dreimal wiederholen, bevor sie verstanden wurden. Wiltrud² half mir manchmal, indem sie mich in meinem Deutsch korrigierte.

Wir bereiteten uns gut vor, und daher konnten wir alle vier die Klausur beim ersten Termin bestehen.³

Ab zweitem Semester war ich durch meinen Erfolg und meine Erfahrung im ersten Semester noch motivierter. Ich bereitete mich mit viel Mühe weiterhin auf jede Sitzung vor, ich löste die Aufgaben und besuchte manchmal sogar zwei verschiedene Tutorien, um die richtigen Lösungen zu haben und damit besser vorbereitet zu sein. Das alles kostete mich viel Zeit, aber ich war mit dem Resultat zufrieden.

Für die nächste Arbeitsgruppe kam ich mit anderen Leuten zusammen. Mir fiel es jedes Mal leichter, eine Gruppe zusammenzustellen und mit den Studentinnen ins Gespräch zu kommen.

2 Die erste deutsche Kommilitonin, die mich im Tutorium angesprochen hatte.

3 Bei uns im Grundstudium gibt es zu der Klausur zwei Termine. Der erste Termin ist nach dem Vorlesungsende und der zweite nach dem Semesterferien.

Ich bekam ein neues Bild von meinen deutschen Komilitoninnen: Man fällt erst dann auf, wenn man laut ist. Mit anderen Worten, um die Aufmerksamkeit der anderen auf sich zu lenken, muß man sich deutlich zeigen.

Aber wie ist es mit denjenigen, die ruhig oder zurückhaltend sind? Können sie keinen Kontakt zu anderen aufnehmen? Werden Sie ignoriert oder überhaupt nicht ernst genommen? Ist es nicht besonders für die ausländischen Komilitoninnen, die bezüglich der Kontaktaufnahme mehr Problem als deutsche Komilitoninnen haben, frustrierend, ständig so eine Schauspielerei zu machen? Oder ist es überhaupt keine Schauspielerei, sondern eine Spielregel, um Freunde zu gewinnen?

Was es immer sein mag, es war mit der Zeit nicht mehr angenehm. Nicht angenehm, weil ich sah: nur wenn ich bis zu einem gewissen Maße gut bin, dann achtet man mich. Wann ist dieses Maß voll?

Am Ende des Grundstudiums fand ich eine sehr gute Stelle. Ich dachte, wenn Wiltrud davon erfährt, würde sie sich sehr freuen, weil wir befreundet waren. Als ich ihr berichtete, wo und welche Stelle ich gefunden hatte, sagte sie auf einmal, daß ich mit dem Erzählen aufhören solle, weil sie es nicht mehr hören könne. Ich war schockiert, aber sie sagte die Wahrheit, sie konnte wirklich nichts mehr über meinem Erfolg hören.

Aus diesem Grund wurden unseren Kontakte immer seltener. Ich bemerkte, daß jenes Maß übergelaufen war. Vergleichbare Erfahrungen habe ich später öfter gemacht.

Das ist eine merkwürdige Gesellschaft: Man soll versuchen, gut zu sein, immer das Beste zu geben, damit man in der Gruppe akzeptiert wird. Wenn dies geschehen ist, sollte man jedoch durch seinen Erfolg nicht auffallen, denn dann droht einem der Ausschluß aus dieser Gruppe. Nun begibt man sich auf die Suche nach einer Gruppe auf dem nächsthöheren Niveau. Auch in dieser Gruppe gilt diese Regel. Beachtet man sie nicht, muß man von einer zu der anderen Gruppe wechseln, so daß man am Ende dieser Kette von Gruppen ganz allein dasteht. Von nun an ändert sich die Meinung des immer wieder Verlassenen. Er nimmt andere nicht ernst und kann daher mit jedem oberflächlich und dem Zwecke nützlich zurechtzukommen.

In diesem Prozeß verliert man sich selbst, und auf die Frage, wer ich bin und wo ich hingehöre, finde ich keine Antwort. Das Motto: Nur mitmachen.

Im Hauptstudium hatte ich die Möglichkeit, die anderen für die Arbeitsgruppe selbst auszusuchen, da ich für mein Engagement bekannt war. In jedem Seminar mußte ich mein Referat vortragen, und so stand ich im Rampenlicht.

Das Problem, eine Arbeitsgruppe zu finden, hatte ich nicht mehr. Ich konnte jetzt selbst bestimmen, wer zur Gruppe gehören sollte.

Vom sozialen und beruflichen Status her und nach den herrschenden gesellschaftlichen Normen studierte ich erfolgreich, aber ich konnte die anderen nicht mehr ernst nehmen, da ich sie beeinflusbar fand.

Ich verlor mein Vertrauen zu ihnen. Nicht zu allen, aber zu vielen. Auf die oben genannten Fragen konnte ich keine Antwort finden. Insgesamt bin ich objektiv und rational gesehen zufrieden, da ich vieles erreicht habe, was man gar nicht so einfach bekommen kann. Aber es stellt sich die Frage:

Habe ich nun mehr gewonnen als verloren oder mehr verloren als gewonnen?

"Landsmannschaften" - gestern und heute

Ein Interview

Frage: Gulahmad, Du bist nach Deutschland gekommen - des Studiums wegen. Warum?

Gulahmad: Mir ging's wie den anderen: um die Segnungen der Zivilisation zu genießen ...

- Was meinst Du damit?

- Naja, CocaCola zum Beispiel.

- Im Ernst - Du bist Mitte der 70er aus Afghanistan eingereist und hast mittlerweile hier Asyl; in dieser Zeit kamen eine ganze Menge junger Afghanen in die Bundesrepublik?

- Ja, und bei vielen ist das Zufall - ich meine nach Deutschland zu gehen. Bei mir zum Beispiel: ich wollte ursprünglich nach Australien, weil ich da Freunde hatte, aber Deutsche, die ich in Herat getroffen hatte, meinten, in Deutschland könne man ganz gut Geld verdienen; damit könne ich immer noch nach Australien ...

- Seitdem bist Du hier. Du hast Dein Studium abgeschlossen und bist berufstätig.

- Ja, ich arbeite als Sozialarbeiter im Bereich "Betreuung von Flüchtlingen". So wie mir geht es übrigens vielen, auch aus meiner Heimat. In den letzten Jahren spielt der Zufall aber eine immer größere Rolle. Selbst die sogenannten Fluchthelfer wissen oft nicht, wo das Flugzeug schließlich landet, auf Rhein-Main, in Frankreich, in Dänemark ... Aber meistens haben die Flüchtlinge, auch die ausländischen Studienbewerber, irgendwo Verwandte und Freunde sitzen, und deswegen kommen sie dann auch dahin. Überall in der Welt sitzen Afghanen. Das bringt so die Lage in Afghanistan mit sich.

- Du hast Dich hier wohlgeföhlt? Von Anfang an?

- Am Anfang ja. Ich hatte eine Studienzulassung für die Uni Heidelberg, die hatten mir die deutschen Freunde besorgt. Die hatten gesagt, in Deutschland solle ich nicht studieren - überall, aber nicht in Deutschland. Das war für mich sehr rätselhaft und ich bin eben trotzdem nach Deutschland gekommen. Erst mit der Zeit habe ich gemerkt, daß sie nicht ganz unrecht hatten ...

- Du hast lange in Heidelberg gelebt?

- Nicht lange. Ein Jahr. Ich bin Ende '74 nach Heidelberg gekommen. Ich hatte mein Abitur in Herat gemacht, konnte aber dort nicht studieren. Überhaupt nicht in Afghanistan; das hatte mit den damaligen Verhältnissen dort zu tun. Ich wollte da auch nicht studieren, ich bin mehrmals verhaftet worden, wegen Flugblattverteilen, Demonstration undso weiter.

- Schon als Schüler?

- Ja. Du kannst Dir denken, daß Du da Angst kriegst. Ich stand ja auf der Schwarzen Liste.

- Du warst damals organisiert.

- Ja, und ich bin in Deutschland auch sofort Mitglied einer afghanischen Studentenorganisation geworden. In Heidelberg ging es damals politisch ziemlich heiß her, in der Uni und in der Stadt. Ich habe sofort einen Anfängerkurs für Deutsch vom AStA besucht, das waren kostenlose Kurse, ich fand die Organisation ganz toll, also, daß die das vermittelten. Das war eine ganz große Hilfe.

- Die gibt es nicht mehr?

- Bestimmt nicht. Das ist ja jetzt fast alles weggekürzt worden. Und in der Zwischenzeit interessiert sich doch überhaupt keiner mehr für ausländische Studierende. Auch nicht an der Hochschule. Den AStA gibt es ja in Baden-Württemberg auch schon lange nicht mehr. Verboten. Später

hab' ich übrigens einen Kurs für Fortgeschrittene am heidelberger Studienkolleg besucht.

- Wo hattest Du Dich denn organisiert?

- Natürlich in der GUaFS (General-Union afghanischer Studenten im Ausland). Die war damals noch einheitlich und war für alle da. Inzwischen ist sie faktisch aufgelöst oder spielt nur eine geringe Rolle. Damals war sie unverzichtbar für uns. Wir hatten als Neue im Land nie das Gefühl, isoliert zu sein. Selbst in den Studentenheimen haben sie dafür gesorgt, daß man nie allein war. Wo es Doppelzimmer gab, wohnten dann ein ausländischer Studierender und ein deutscher Student. Da hat man auch ziemlich schnell die Sprache gelernt, und sie besser gelernt, weil ... man war von vornherein beteiligt ...

- Das war damals ziemlich anders als heute?

- Sehr sogar, das ist alles anders geworden - ist ja auch schon 20 Jahre her.

- Hast Du Dich damals akzeptiert gefühlt?

- Ich glaub' ja. Aber erst mal aus dem einfachen Grunde, daß ich nicht wußte, wie und wann die Deutschen sich über uns äußerten. Ich konnte ja die Sprache sehr schlecht. Aber die Freundlichkeit damals, also die hat man schon gespürt ...

- Du bist dann nach Gießen oder Frankfurt gegangen?

- Zuerst nach Gießen. Zu Freunden. In Heidelberg wollte ich einfach nicht mehr leben, ich habe keine Wohnung gekriegt. Ich hatte in Heidelberg gejobbt und Politik gemacht. Ich wollte ja auf Australien sparen. Aber Du siehst, nach Australien bin ich gar nicht gekommen. Ich fand das Leben hier sehr interessant, ich habe gedacht, hier läßt es sich doch ganz gut leben ... Meine Freunde sagten dann, das ist schwer, in Heidelberg eine Wohnung zu finden, Heidelberg ist eine Studentenstadt und klein. Später habe ich gemerkt, daß Gießen auch eine Studentenstadt ist und klein.

Ich bin dann nach Frankfurt gegangen, da hatte ich dann einen Studienplatz, und habe auch das eine Jahr Studienkolleg hinter mich gebracht.

- Wann hast Du das erste Mal gemerkt, daß Du nicht "dazugehörst"? Oder gemerkt, daß Deine deutschen Freunde in Herat etwa Wichtiges gemeint haben können: "Überall - nur nicht in Deutschland!"

- Wie gesagt, Du merkst das nicht gleich, weil Du die Sprache nicht so einfach entschlüsseln kannst. Also, vielleicht als ich begann, mich mehr für mich selbst zu interessieren, was ich bin, was ich mache, was ich will ... Ausländerfeindlichkeit gab es damals auch schon, aber das war nicht Thema, man konnte sie übersehen. Wir hätten alle im Traum nicht daran gedacht, daß sich "Weimar" wiederholen könnte, "Weimar" - das hatten wir im Studienkolleg gelernt ... Wenn ich es mir überlege, wir sind damals manchmal angemacht worden - und haben das erst später gemerkt. In Heidelberg zum Beispiel, also ein Lehrer, ein alter SPD-Mann, wie er sagte, der machte sich oft über uns lustig: Die Ausländer haben keine Kultur, das sieht man, wie sie mit ihren deutschen Freundinnen umgehen, sie gehen mit ihnen Einkaufen wie die Deutschen mit ihrer Einkaufstasche, sie schleifen sie immer nach ... Und er hat das dann vorgespielt. Oder: Als ein Studienfreund gähnte, sagte er, er käme sich vor wie im Zoo. Wir waren ja alle erwachsene Menschen! Wir haben damals gelacht und dachten, das gehört irgendwie zum Unterricht. Als ich viel später mit Freunden darüber sprach, die schon länger hier studierten und die Sprache gut konnten, sagten sie, daß wäre rassistisch gewesen ...

- Die ausländischen Freunde?

- Ja. Damals habe ich dieses neue Wort gelernt: Rassismus. Aber ich habe mich nicht aufgeregt, weil meine deutschen Freunde dann sagten, da hast Du Dich verhöhrt, Du kannst die Sprache noch nicht gut genug ... Das passiert Dir oft, wenn Du als Ausländer etwas merkst, was nicht so sein darf, dann kriegst Du von den Deutschen immer wieder zu hören ... als Ausländer verstehst Du sowieso nur die Hälfte -- Du kannst das einfach nicht glaubhaft machen: "So war das bestimmt nicht gemeint!", sagen sie dann.

- Das mag tatsächlich manchmal so sein, aber es gibt ja so etwas wie non-verbale Kommunikation, selbst wenn man die Sprache nicht gut versteht, kann man oft spüren, was gesagt wird.

- Na klar, man hört doch den Ton raus, aus der Art und Weise, wie mir Dir gesprochen wird ...

- Wir als Deutsche wollen eben oft bestimmte Sachen nicht wahr haben - ganz gleich, wie wir uns politisch und kulturell verstehen.

- Das ist immer der gleiche Mechanismus, der da abläuft, und der funktioniert immer. Der Ausländer hält dann den Mund und denkt sich höchstens seinen Teil. Unsere Wahrnehmung ist ziemlich empfindlich, das ist immer so, wenn Du Außenstehender bist - oder Außenseiter. Mein Ausländersein ist für den Deutschen ein Trunmpf. Er kann immer sagen, das habe ich nicht so gemeint. Wenn Du als Deutscher nicht ehrlich genug bist, um zuzugeben, daß ich recht habe, kannst Du immer sagen: Du bist Ausländer, Du hast mich nicht verstanden.

- Du hast gesagt, Du hast von Anfang an in der Union mitgearbeitet, was hat sie für dich bedeutet.

- Viel. Zuerst einmal Orientierung. Und dann: wie kann ich was in Deutschland für Afghanistabbewirken. Alles das mußte innerhalb des Verbades untergebracht werden.

- Kann man sagen, sie war für Dich "Heimat"?

Nein, nein, sie war einfach die Möglichkeit, gemeinsam mit Landsleuten über unsere Situation zu diskutieren, über Afghanistan, über die Welt.

- Sie war also kein Ersatz, zum Beispiel für eine mangelnde Akzeptanz als Fremde in Deutschland?

- Nein, erst einmal waren ja die Neuen so mit dem Alltag beschäftigt, und das war die Frage nach Wohnung, nach Geld, Studienplatz, Sprache ... da spielte die Frage der Akzeptanz keine Rolle, wir haben ja auch erst mal gar nicht gemerkt, das nicht alles so toll war. Das kam ja später. Al-

so den Alltag mußt Du meistern, und das braucht die meiste Kraft. Die Außenwelt interessiert Dich da auch nicht groß, Du weißt auch gar nicht so genau, daß sie Dich interessieren müßte, alles, was sie ist, daß Dich das was angehen muß!

Und durch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe wie der Generalunion oder einer Partei ist es scheinbar viel einfacher, Kontakte zu knüpfen.

Ich glaube, das ist der Unterschied zu heute: damals gab es eben diese Gruppierungen, die auch politisch zu arbeiten versuchten, und da gab es eben auch deutsche Gruppen an der Hochschule, die politisch arbeiteten, auch im internationalen Zusammenhang, und da war es gar nicht wichtig - jedenfalls schien es nicht weiter wichtig -, ob Du Deutscher oder Ausländer warst, Dein Interesse war nicht auf die Unterschiede, sondern auf die Gemeinsamkeiten Deiner Arbeit gerichtet. Heute ist die Union in viele Einzelgruppen zersplittert und hat gar keine politische Bedeutung mehr. Die deutschen politischen Gruppen, soweit es sie überhaupt an den Hochschulen noch gibt, können sich eigentlich für diese Gruppen gar nicht interessieren. Und deswegen ist es eigentlich ganz natürlich, daß es kaum Verbindungen zwischen deutschen und den nationalen Gruppen der Ausländer gibt. Es gibt keine gemeinsamen Interessen mehr, zum Beispiel gegen den "Imperialismus" - jeder versteht darunter etwas anderes, wenn er sich überhaupt über sowas Abstraktes Gedanken macht. Das war früher eben anders.

- Was würdest Du denn heute kritisch an den nationalen Gruppen sehen.

- Ich weiß es nicht. Ihre Lage ist jetzt anders als damals. Aber kritisch? Vielleicht, daß sie nicht so gut sind für jemanden, der es nicht gewohnt ist, selbständig zu sein, dann kann die Beziehung ziemlich einseitig verlaufen, einseitig natürlich besonders, was die politische Einschätzung angeht, die politische Arbeit ...

- Ist das wirklich die einzige Kritik, hast Du nicht manchmal den Eindruck, daß die Gruppierungen sich selbst isolieren und Ersatz sind für den Kontakt mit den deutschen Kommilitonen, den Dozenten, überhaupt den Deutschen?

- Also mir ist bis jetzt noch keine Gruppe bekannt geworden, die sagt, Freunde, warum wir da sind? Wir sind da, weil wir sonst hier so isoliert sind! Also ich finde, alle nationalen oder interkulturellen Gruppen sind wichtig, weil sie etwas machen, was sonst einfach nicht geboten wird. Das ist die Bewältigung des Alltags. Irgendwo muß der Studienanfänger bleiben. Er kann nicht Deutsch - oder wenig. Er hat kein Dach über dem Kopf. Er weiß nicht, was eine Ausländerbehörde ist. Er weiß nicht, daß er nicht arbeiten darf, oder nur eingeschränkt undsoweiter undsoweiter. Ich wußte das jedenfalls nicht. Ein Studienbewerber kommt eben nicht aus dem Bahnhof, winkt sich ein Taxi und legt sich anschließend ins gemachte Bett. Leider nicht. Und da sind die Gruppen einfach notwendig. Daß sie heute anders funktionieren als früher, das kann sein, daß sie nicht mehr selbstverständlich Kontakt zu den deutschen Hochschulgruppen herstellen, das ist sicher auch so, weil es diese deutschen Gruppen an den Hochschulen eben kaum mehr gibt. Aber sie helfen halt immer noch, daß die Studenten das Nötigste haben.

- Ihr von der Union trifft Euch noch manchmal?

- Nee, wir sind fertig mit dem Studium, haben Familie, einige von uns sind nicht mehr im Lande. Wir treffen uns manchmal zufällig. Wir haben als "Alte" mit den nachgekommenen Studenten nicht viel zu tun. Die Union, wie gesagt, existiert faktisch nicht mehr, sie hat sich aufgelöst in eine Reihe von Gruppen, den Moslems, den Fundamentalisten undsoweiter. Dies geschieht im Grunde genommen seit der Hauptversammlung im Jahr '75 in Frankfurt, und ich habe den Eindruck, das geht immer noch weiter. Das ist schade.

Hier widerspiegeln sich halt die Verhältnisse in der Heimat.

(mit Gulahmad sprach G. Boege)

Seyed Shahram Iranbomy

DER RAHMEN POLITISCHER BETÄTIGUNG VON AUSLÄNDISCHEN STUDIERENDEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Vorbemerkung:

Die bundesrepublikanische Verfassung geht von der Anerkennung gewisser oberster Grundwerte des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates aus. Diese Werte bilden die freiheitliche Grundordnung und sind innerhalb der Verfassung fundamental.

In der deutschen rechtstaatlichen Demokratie haben Staatsbürger und im Staatsgebiet lebende nichtdeutsche natürliche Personen bestimmte verfassungsmäßig garantierte und durch Gesetzgebung spezifizierte Rechte, die in der Praxis Minderheitenschutz beinhalten und bedeuten, ohne daß dies explizit so intendiert und festgelegt wäre.

Das Grundgesetz ist eine wertgebundene Ordnung, die den Schutz von Freiheit und Menschenwürde als obersten Zweck allen Rechtes anerkennt.

Ihr Menschenbild ist gekennzeichnet durch die unantastbare Würde eines jeden Menschen, durch die in der Würde des Menschen begründeten Freiheit, durch seine Eigenschaft als soziales Wesen und die Gleichheit aller vor dem Gesetz.

Da jeder Mensch Mitglied der Gesellschaft nur wird und sein kann unter biologischen und sozialen Bedingungen, die er nicht willkürlich konstituieren kann, zum Beispiel Geschlecht, Sprache, soziale Herkunft, diese Bedingungen jedoch für niemand Grund sein dürfen, ihretwegen Rechtsnachteile zu konstatieren, kann eine Rechtsordnung Anerkennung jederzeit nur fordern, wenn unter ihrer Geltung vom Betroffenen nicht verantwortbare tatsächliche Ungleichheit kein Grund zur normativen Ungleichheit ist.

Zur Würde des Menschen innerhalb einer Gesellschaft sollte auch gehören, daß er nicht aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, in dieser Gesellschaft einen abwertenden Status - als sogenannter Mensch 2. Klasse - erhält.

Der Verfasser will in folgendem der Frage nachgehen, ob und in welchem Umfang Ausländern eine politische Betätigung in der transkulturellen deutschen Gesellschaft rechtlich garantiert ist. Hierfür ist zunächst zu klären, wer Ausländer ist, und was unter politischen Rechten verstanden wird.

Begriffsbestimmung

Als Ausländer wird nach §1 II Ausländergesetz (AuslG) im Bundesgebiet jeder bezeichnet, der nicht Deutscher i.S. des Art. 116 I GG¹ ist. Politische Rechte sind zum einen diejenigen Rechte, die die unmittelbare Mitwirkung des einzelnen an der Staatswillensbildung und die Besetzung besonderer Ämter betreffen, also die staatsbürgerlichen Rechte (Rechte des status activus)². Politische Rechte sind zum andern auch diejenigen Rechte, die außerhalb des staatlichen Entscheidungsbereichs eine Mitwirkung an der gesellschaftlichen Grundstruktur ermöglichen³. Eine politische Betätigung von Ausländern ist in zwei Richtungen denkbar:

- ein Ausländer vertritt die Interessen seines Heimatlandes in der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, also ein exilpolitische Betätigung
- ein Ausländer beteiligt sich politisch an den Belangen der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND.

1 Art. 116 I GG: "Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat."

2 *Stern, Klaus*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd.3, 1. Halbband, München 1988, S.468

3 *Wölker, Ulrich*, Freiheit und Grenzen der politischen Betätigung von Ausländern, Berlin 1987, S.1

Auf diese Unterscheidung wird nur eingegangen, wenn sich aus der Richtung der politischen Betätigung eine unterschiedliche rechtliche Gewährleistung ergeben sollte.

Politische Rechte der Ausländer

Die politischen Rechte können sich aus dem Grundgesetz, den Landesverfassungen, einfachgesetzlichen Regelungen und völker- und europarechtlichen Bestimmungen ergeben.

Politische Rechte der Ausländer nach dem Grundgesetz

Nach obiger Definition sind folgende Rechte politische Rechte:

- Wahlrecht (Art. 38 GG)
- Zugang zu öffentlichen Ämtern (Art. 33 II GG)
- Widerstandsrecht (Art. 20 IV GG)
- Parteifreiheit (Art. 21 GG)
- Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)
- Vereinigungsfreiheit (Art. 9 I GG)
- Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit (Art. 5 I GG)
- Koalitionsfreiheit (Art. 9 III GG)
- Petitionsrecht (Art. 17 GG)

Umstritten ist, ob und in welchem Umfang diese Rechte auch Ausländern zustehen.

Das GG selbst unterscheidet zwischen Menschen- und Deutschen-Rechten. Grundsätzlich können bei Deutschen-Rechten Grundrechtsträger nur Deutsche sein. Innerhalb der Deutschen-Grundrechte kann wiederum zwischen Rechten des status activus und den übrigen politischen Rechten unterschieden werden. Fraglich ist jedoch, ob Ausländern bei Deutschen-Rechten jeglicher Grundrechtsschutz versagt ist.

Von den oben genannten Rechten sind Rechte des status activus:

- das aktive und passive Wahlrecht (Art. 38 GG)
- der Zugang zu öffentlichen Ämtern (Art. 33 II GG)
- das Widerstandsrecht (Art. 20 IV GG)

Nach herrschender Meinung in Deutschland sind diese Rechte Ausfluß der Volkssouveränität und stehen deshalb nur den deutschen Staatsangehörigen zu.

Die weiteren Deutschen-Rechte sind:

- Versammlungsfreiheit (Art. 8 I GG)
- Vereinigungsfreiheit (Art. 9 I GG)

Über die allgemeine Handlungsfreiheit des Art. 2 I wird Ausländern im Regelungsbereich der Art. 8 I, 9 I GG eine politische Betätigung verfassungsrechtlich garantiert; diese steht jedoch unter dem weiten Gesetzesvorbehalt des Art. 2 I.

Menschenrechte sind:

- Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit (Art. 5 I GG)
- Koalitionsfreiheit (Art. 9 III GG)
- Petitionsrecht (Art. 17 GG)

Grundrechtsträger von Menschenrechten sind auch Ausländer. Demnach ist die politische Betätigung von Ausländern im Rahmen der Art. 5 I, 9 III und 17 GG verfassungsrechtlich garantiert. Aus dieser Systematik des GG wird deutlich, daß Ausländer von politischen Rechten nicht ausgeschlossen werden sollen, daß ihnen jedoch geringere politische Rechte zustehen als Deutschen.

Politische Rechte der Ausländer nach den Bestimmungen des Europa- und Völkerrechts

Weiterhin ist zu prüfen, ob sich aus europa- und völkerrechtlichen Bestimmungen für Ausländer Rechte für eine politische Betätigung in der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ergeben.

Die europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

Die EMRK gilt wie ein einfaches Gesetz in der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Eine Angleichung des Rechtsstatus von Ausländern an den Grundrechtsstatus von Deutschen könnte sich aus Art. 11 I EMRK ergeben, der allen Menschen Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit gewährt. Nach Art. 1 EMRK ist "jedermann" jede Person, die der

Jurisdiktion eines Unterzeichnerstaates unterliegt, auch wenn er nicht die Staatsangehörigkeit eines anderen Vertragsstaates hat. Weiterhin verbietet Art. 14 EMRK für alle Freiheiten und Rechte der Konvention eine Differenzierung nach der Staatsangehörigkeit⁴.

Nach Art. 16 EMRK dürfen die Art. 10,11 und 14 EMRK nicht so ausgelegt werden, daß sie den Vertragsstaaten die Beschränkung der politischen Betätigung verbieten. Einschränkungen der politischen Betätigung müssen im Rahmen des Art. 16 EMRK jedoch dem Verhältnismäßigkeitsprinzip und dem Gesetzeserfordernis i.S.d. Art. 10 II und 11 II EMRK entsprechen. In diesem Rahmen gewährt die EMRK Ausländern politische Rechte nur unter dem Vorbehalt abweichender innerstaatlicher Regelungen.

Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Int.Pakt)

Art. 25 Int.Pakt behält das Wahlrecht und den Zugang zu öffentlichen Ämtern den jeweiligen Staatsbürgern und ihrem Heimatstaat vor.

Der Int. Pakt gewährleistet jedoch die Meinungsfreiheit nach Art. 19, die Versammlungsfreiheit nach Art. 21 und die Vereinigungsfreiheit nach Art. 22, unabhängig von der Staatsbürgerschaft auch im politischen Bereich. Art. 2 I Int.Pakt verbietet Diskriminierungen nach der Staatsangehörigkeit.

Die BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND hat dem Int.Pakt jedoch nur unter der Maßgabe zugestimmt, daß Art. 16 EMRK auch im Rahmen des Int.Pakts gilt. Somit ergeben sich auch aus dem Int.Pakt keine Möglichkeit für Ausländer, weitergehende politische Rechte auszuüben.

Als Ergebnis kann man also feststellen, daß durch die Handlung des deutschen Gesetzgebers bei der Transformation der Bestimmungen sich keine politischen Rechte für Ausländer ergeben können, die über innerstaatliches Recht hinausgehen.

4 *Wölker, Ulrich*, Freiheit und Grenzen der politischen Betätigung von Ausländern, Berlin 1987, S.107

Politische Betätigung von Ausländern nach §37 AuslG

§37 AuslG versucht, den Interessenkonflikt zu lösen, der darin besteht, daß einerseits ein zumindest teilweise legitimes Interesse der Ausländer an politischer Beteiligung in der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND besteht, dies aber andererseits gerade mannigfache außen- und innenpolitische Probleme aufwerfen kann. Diese Norm gilt somit zugleich als die wichtigste Schranke für die politische Betätigung von Ausländern. Ihr System ist ein mehrfach abgestuftes:

Abs. I S.1 stellt zunächst klar, daß Ausländer sich im Rahmen der allgemeinen Rechtsvorschriften politisch betätigen dürfen. Er stellt den Regelfall dar, von welchem Abs. I S.2 und Abs. II Ausnahmen formulieren. Abs. I S.2 enthält unter Nennung der Einschränkungs- und Untersagungsgründe die Ermächtigung zu administrativen Verboten, während Abs. II drei von vornherein untersagte Formen der politischen Betätigung kennzeichnet.

Nach §37 I S.1 AuslG kann die politische Betätigung von Ausländern beschränkt oder untersagt werden, soweit sie die politische Willensbildung in der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND beeinträchtigt. Dieser Verbotgrund, dessen Formulierung sich an die des Art. 21 I GG anlehnt, erfaßt nur die Willensbildung in der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, nicht die im Heimatland. Es können solche Mittel und Formen der Einwirkung auf die politische Willensbildung verboten werden, die "nach allgemeiner Auffassung zur Verfolgung politischer Ziele unangemessen"⁵ sind. Hierunter dürfen aber nicht schon Aktivitäten wie Demonstrationen vor Behörden und Parteibüros fallen⁶. Sonst würde der Begriff der politischen Willensbildung i.S.d. Grundgesetzes verkannt.

Vielmehr ist die Klausel aus rechtsstaatlichen Gründen auf rechtswidrige Tätigkeiten wie z.B.: Drohungen, Einschüchterungen und Verprechen materieller Vorteile zu beschränken⁷. Hierfür stecken aber ohnehin die Straftatbestände der §105 ff. StGB den für jedermann geltenden Rahmen ab. Insofern rekuriert die Klausel auf Ordnungsformen des politischen

5 vgl.: AuslVwVorschrift zu §6 AuslG a.F. (1965), Anm.4

6 *Schiedermaier, Rudolf*, Handbuch des Ausländerrechts der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Berlin 1968, §6 Anm.8

7 *Hailbronner, Kay*, Ausländerrecht, Handbuch, 2.A., Heidelberg 1989, S.197

Lebens, die Teil der polizeilichen Generalklausel sind. Folglich besitzt dieser Verbot Grund keine selbständige tatbestandliche Bedeutung.

Weiterhin kann die politische Betätigung einem Ausländer untersagt oder beschränkt werden, wenn sie das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern oder von verschiedenen Ausländergruppen im Bundesgebiet, die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND beeinträchtigen oder gefährden (§37 I 1). Dabei ist nach einhelliger Ansicht die Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Sinne des allgemeinen Polizeirechts zu verstehen. Verfassungsrechtlich geboten erscheint, daß bei Vorliegen der Voraussetzungen der polizeilichen Generalklausel eine verhältnismäßige Reaktion erfolgt.

So wird z.T. bereits im Verteilen von Flugblättern und Broschüren vor Universitäten oder in verkehrsreichen Straßen ein Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gesehen. Von einem Ausländer würde im Gegensatz zum Deutschen ganz allgemein Zurückhaltung in politischen Dingen und die Einhaltung der für einen Gast angemessenen Grenze verlangt⁸. Damit würde trotz gleichzeitiger Berufung auf das allgemeine Polizei- und Ordnungsrecht erheblich über dies hinausgegangen, wenn nicht auch Deutschen die gleiche Betätigung aufgrund der polizeilichen Generalklausel untersagt werden kann⁹. Zudem stellen politische Betätigungen von Ausländern nicht a priori eine Verletzung der öffentlichen Ordnung im herkömmlichen Sinne dar. (Bei der Verletzung der öffentlichen Sicherheit wird im allgemeinen eine Verletzung von strafrechtlichen Vorschriften vorliegen¹⁰). Eine derartige konturlose Ausweitung des Begriffs der öffentlichen Ordnung würde dann aber wegen zu großer Unbestimmtheit in jedem Falle mit dem Rechtsstaatsprinzip kollidieren¹¹. So wird dem Bereich der Tatbestandsalternative des §37 I 1 AuslG z.B. die politische Betätigung eines Ausländers zugeordnet, der sich gewalttätigen Formen der politischen Auseinandersetzung in seinem Hei-

8 *Weißmann, Günter*, Ausländergesetzkommentar, Berlin 1966, §6 Anm.5

9 *Dolde, Klaus-Peter*, Die politischen Rechte der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Schriften zum öffentlichen Recht, Bd.189, Berlin 1972, S.179

10 *Kanein, Werner*, Das Ausländergesetz- Kommentar, München/Berlin 1966, §6 Anm. B 3a

11 *Löwe, Wolfgang*: Die Verfassungsmäßigkeit des §6 II AuslG, JA, 1973, S.46

matland durch Exil in der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND entzogen hat, diese aber mittels offener Aufrufe zum gewalttätigen Umsturz im Bundesgebiet weiterführt. Identität mit der polizeilichen Generalklausel kann daher nichts anderes bedeuten als die Übereinstimmung mit ihren Voraussetzungen. Aufgrund der Vielfältigkeit der Einschränkungsmöglichkeiten in puncto politische Betätigung von Ausländern will der Verfasser sich nun auf den Verbotstatbestand der Beeinträchtigung der außenpolitischen Interessen in der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND beschränken.

Gemäß §37 I 2 kann die politische Betätigung der Ausländer beschränkt oder untersagt werden, soweit sie den außenpolitischen Interessen der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND zuwiderlaufen kann.

Abgesehen von den Straftatbeständen der §102ff. StGB oder der eher theoretischen Provokationen von Gewaltanwendung o.a. schwerwiegenden Maßnahmen fremder Staaten gegen den Bestand der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND sind die auswärtigen Belange kein Schutzgut der polizeilichen Generalklausel¹². Tomuschat bezeichnet es als den "perfekten Maulkorb" für Ausländer¹³, wenn politische Betätigungen, die sich gegen die Politik von Staaten richten, welche mit der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND "freundschaftliche Beziehungen" unterhalten, als Beeinträchtigung der außenpolitischen Interessen qualifiziert werden. Eine derart weite Auslegung des §37 I 2 AuslG könnte allerdings mit das Grundrecht der Meinungsfreiheit aus Art.5 I unzulässig beschränken. Verfassungsmäßige Schranken sind nach Art. 5 II nur "allgemeine Gesetze". Zu untersuchen ist daher, ob der Verbotgrund (Beeinträchtigung der außenpolitischen Interessen) als solcher mit Art. 5 II GG zu vereinbaren ist. Da das alleinige Anknüpfen an die Staatsangehörigkeit bei einem Menschenrecht als Differenzierungsgrund unzulässig ist, präzisiert sich die Frage nach der Qualifizierung des §37 I 2 AuslG als allgemeines Gesetz wie folgt:

1. Wenn wegen ihrer fremden Staatsangehörigkeit praktisch nur Ausländer als potentiell betroffener Personenkreis die Beziehung zu anderen

¹² *Wölker*, 1987, S.10; *Dolde*, 1972, S.189-193

¹³ *Tomuschat, Christian*, Zur politischen Betätigung der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Bad Homburg v.d.H. 1968, S.12

Staaten gefährden können, dann ist §37 I 2 AuslG allgemeines Gesetz i.S.d. Art. 5 II GG.

2. Wenn Deutsche ebenfalls eine solche Gefahr hervorrufen können, dann handelt es sich bei dieser Bestimmung nicht um ein allgemeines Gesetz¹⁴, sondern um ein die Meinungsfreiheit unzulässig beschränkendes Sondergesetz. Vertreter der ersten Auffassung führen an, daß gerade das Ausmaß politischer Meinungsäußerungen von Ausländern die Beziehungen der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND zu anderen Staaten in besonderer Weise tangieren und nachhaltiger schädigen können als die politische Betätigung von Deutschen¹⁵. Vertreter der zweiten Auffassung halten dem entgegen, daß ein Gemeinschaftswert (in der Form der auswärtigen Belange) in seiner Qualität nicht je nach dem Urheber¹⁶ der Gefahr unterschiedlich beurteilt werden kann. Entweder sei der Schutz gegenüber jedermann, d.h. urheberunabhängig oder überhaupt nicht erforderlich¹⁷. Darüber hinaus würde der Sicherungsfunktion des Art. 5 II GG nicht Rechnung getragen, die darin bestehe, sicherzustellen, daß kein Gesetz die Vielfalt der verschiedenen Stimmen der Meinungsbildung behindert, indem bestimmte aus dem "Konzert der Meinungen" einfach ausgeschaltet werden.

Letztlich stellt die Entscheidung an dieser Stelle ein Wertungsproblem dar, welches Gewicht man der fremden Staatsangehörigkeit in der Realität beimißt. Insofern ist von Bedeutung, daß in der Praxis immer wieder versucht worden ist, auch Grundrechte von Deutschen unter Berufung auf den Schutz zwischenstaatlicher Beziehung zu beschränken. Wie auch die Ereignisse des Schah-Besuchs von 1967 gezeigt haben, bestätigt dies im Ergebnis die Überlegung, daß die Außenpolitik von jedermann gestört werden kann. Selbst wenn man den Vertretern der ersten Auffassung insoweit zustimmen mag, daß Ausländer wegen der Auslandsbezogenheit den Tatbestand eher und häufiger erfüllen, die fremde Staatsangehörigkeit somit ein höheres Gefährdungspotential beinhaltet, so gehen doch die auswärtigen Beziehungen nur dann dem Schutzgut der Mei-

14 *Wölker*, 1987, S.19; *Tomuschat*, 1968, S.53f.

15 *Hailbronner*, 1989, S.188,197

16 *Tomuschat*, 1968, S.53, mit Bezugnahme auf BVerfGE 21,271 (280) zur Pressefreiheit

17 zu diesem Vorbehalt des allgemeinen Gesetzes BVerfGE 7,198 (209f.); 50, 234 (240)

nungsfreiheit vor, wenn man sie auch umfassend, d.h. auch gegenüber den weniger gefahrträchtigen Inländern schützt¹⁸.

Somit stellt im Ergebnis §37 I 2 AuslG kein allgemeines Gesetz i.S.d. Art. 5 II und ist daher keine verfassungsgemäße Schranke des Art. 5 I GG.

Fazit

In bezug auf die politische Betätigung von Ausländern ist daran zu erinnern, daß die BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND eine pluralistische Gesellschaft ist. Der Pluralismus tritt für die gesellschaftliche Heterogenität ein, und lehnt eine Gesellschaft ab, die von einem starren einheitlichen politischen Willen getragen wird. Die 6,5 Mill. Ausländer in Deutschland sind eine wichtige Größe für die Entwicklung der transkulturellen deutschen Industriegesellschaft. Um der Gefahr der Unterdrückung von Minderheiten entgegen zu wirken, müssen Menschen, die sich politisch betätigen wollen, dies auch dürfen. Der Mensch ist kein apolitisches Wesen und soll im Interesse aller politisch "mündig" sein oder werden. Dazu muß er unbeachtlich seiner Rasse oder Staatsangehörigkeit Gelegenheit und Unterstützung haben und finden, wann immer es im Rahmen der Gesetze nach der freiheitlichen demokratischen Grundordnung möglich ist.

Alles in allem kann vermutet werden, daß die rechtliche Schlechterstellung von Ausländern in der Bundesrepublik eine der Ursachen für die wachsende Ausländerfeindlichkeit in der transkulturellen deutschen Industriegesellschaft darstellt.

Es ist an der Zeit, nicht nur die Symptome dieser Fremdenfeindlichkeit, sondern auch die Ursachen zu beseitigen, denn schlimmstes Unrecht wird im Namen des Rechts getan.

18 *Gysi, Christoph*, Asylrecht und Asylverfahren in der Bundesrepublik, Königstein, 1980, S.299

Dieter Paulus

AUSLANDSSTUDIUM - GEFAHR FÜR DIE KULTURELLE IDENTITÄT?

Mehr als 100.000 Ausländer studieren zur Zeit an Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland. Die Mehrzahl dieser ausländischen Studenten stammt aus Entwicklungsländern. In den Herkunftsländern dieser Studenten sorgt man sich darum, daß der lange Aufenthalt in der Bundesrepublik diese Studenten ihrem eigenen Land, ihrer eigenen Kultur entfremdet. Ist das Auslandsstudium eine Gefahr für die kulturelle Identität?

Diese Frage müssen sich auch Stipendienorganisationen stellen, die Studierende aus Entwicklungsländern während ihres Studiums in der Bundesrepublik finanziell fördern. Die Carl Duisberg Gesellschaft führt im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Kultusverwaltungen der Länder das Bund/Länder-Fachhochschul-Stipendienprogramm durch. Es muß im Interesse der Carl Duisberg Gesellschaft liegen, negative Auswirkungen eines Aufenthaltes in der Bundesrepublik für ihre "Fortbildungsgäste" zu kennen und gegebenenfalls zu minimieren. In der nachfolgenden Darstellung sollen das Problem dargestellt und Möglichkeiten der Problembewältigung überlegt werden. Es wird dabei Bezug genommen auf Erfahrungen mit der Durchführung des Fachhochschul-Stipendienprogramms in der Zeit von 1963 bis 1988 mit ca. 2800 Teilnehmern.

Angehörige aus Entwicklungsländern studieren in der Bundesrepublik, weil sie dem heimischen Numerus clausus entgehen wollen, weil das hohe Ansehen deutscher Hochschulen sie angelockt hat, weil man hier mehr Fachrichtungen und Spezialisierung studieren kann - oder weil ein Stipendium angeboten wurde. Der fachliche Nutzen solcher Studien, insbesondere von technischen (Ingenieur-)Studien, ist relativ leicht nachweisbar: Für Industrie, Handel und Administration benötigt man in Entwicklungsländern ebenso wie in Industrieländern Fachleute, die auf wissenschaftlicher Grundlage breites Theoriewissen in die berufliche

Praxis umsetzen können. Befragungen ehemaliger "Fortbildungsgäste" in ihren Herkunftsländern sowie Recherchen bei den Arbeitgebern dieser "Fortbildungsgäste" haben ergeben, daß die Studienabsolventen aus Entwicklungsländern in ihren eigenen Ländern ausbildungsentsprechende berufliche Positionen einnehmen und ihre beruflichen Probleme bewältigen.

An das Auslandsstudium von Angehörigen aus Entwicklungsländern werden aber noch weitere Erwartungen als nur die fachliche Qualifizierung geknüpft. Zusammengefaßt werden sie mit dem Begriff der Persönlichkeitsformung. Der längere Aufenthalt in der Bundesrepublik, das Eintauchen in die Kultur unseres Landes soll zumindest aus der Sicht der Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland den ausländischen Fortbildungsgästen

- eine Wirtschafts- und Industriementalität vermitteln (auch Technikmentalität, Arbeitsethos, Markt-, Gewinn- und Wachstumsorientierung), ohne die das erworbene Fachwissen nicht erfolgreich umgesetzt werden kann,
- Einsicht in die sozialen Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung bieten und
- über die Anschauung und das Verständnis der Lebens- und Verhaltensweisen in der Bundesrepublik ermöglichen, zu einer neuen und besseren Sicht der Kultur des eigenen Landes gelangen.

Man nimmt an, daß die ausländischen "Fortbildungsgäste" durch diesen Wandel in den Anschauungen eher in der Lage versetzt werden, die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Heimatländer zu erkennen, Entwicklungen zu bewerten und gegebenenfalls Fehlentwicklungen vermeiden zu helfen. Sie sollen die Gelegenheit haben, die Lebens- und Verhaltensweisen der verschiedenen Länder zu vergleichen und evtl. sogar dazu beitragen, die besten Elemente der verschiedenen Kulturen zu vereinen.

Leider enthält die Prägung, die Studenten aus Entwicklungsländer in der Bundesrepublik erfahren, auch einige negative Aspekte. Besonders gravierend sind folgende:

- kritiklose Technikgläubigkeit und Effektivitätsdenken,
- übersteigertes Prestigedenken ("have been to"),

- gesteigertes Konsumbedürfnis (demonstration effect = unreflektierte Übernahme des Konsumbeispiels des Industrielandes Bundesrepublik),
- Bevorzugung des Individualstrebens vor dem in Entwicklungsländern vorherrschenden Gemeinschaftsgedanken, vor allem: die Traditionen des eigenen Landes werden einer individuellen Kosten/Nutzenanalyse unterworfen und vorrangig an der Meßlatte des Individualnutzens gemessen,
- Verringerung der Leidensfähigkeit.

Nach der Rückkehr in das Heimatland ist der ehemalige "Fortbildungsgast" allerdings wieder neuen Einflüssen ausgesetzt, so daß er viele seiner in der Bundesrepublik erworbenen Vorstellungen nicht ausleben kann. Dadurch wird vielfach Unzufriedenheit hervorgerufen, die sich in Kritikbereitschaft Luft macht oder einer größeren Bereitschaft, das eigene Land wieder zu verlassen.

Das Auslandsstudium - also tatsächlich eine Gefahr für die kulturelle Identität ?

An dieser Stelle ist es angebracht, den Begriff der kulturellen Identität kurz zu beleuchten. Im hier gegebenen Zusammenhang wird Kultur als die "Gesamtheit der Lebensformen einer Gesellschaft" definiert. Der Student aus einem Entwicklungsland entstammt einem Lebensraum, in dem folgende Elemente prägend sind:

- ethnische Heterogenität (man beachte z.B das Stammesmosaik vieler afrikanischer Staaten),
- geschlechtsspezifische Rollenverteilung,
- traditionelle Führungspositionen, die sich größtenteils aus Altersgruppen herleiten (Senioritätsprinzip, Gerontokratie),
- Prädominanz agrarischer Strukturen.

Die Regel ist, daß jedes einzelne Entwicklungsland bereits eine Vielzahl kultureller Traditionen, ja sogar Kulturen (kulturelle Identitäten) aufweist, die alle eine sehr dynamische Entwicklung erleben. Die von einzelnen Staatsführungen propagierte "wahre" nationale Kultur ist oft eine von der einheimischen Elite propagierte Tradition einer Minorität. Diese soll dann allein zu Lasten der anderen im Lande bestehenden Kulturen gewahrt werden und besteht meist in der Erhaltung archaischer Lebens-

formen. Zum Wesen der Kultur gehört jedoch der Wandel. Die Kulturgeschichte der Völker war stets eine Geschichte des kulturellen Austauschs, der kulturellen Überlagerung und der Evolution bzw. Interpretation kultureller Werte.

In diesem Sinne kann man die kulturelle Identität Europas heute als Pluralismus bezeichnen.

Die engen und vielfältigen Kontakte der Entwicklungs- zu den Industrieländern führen zwangsläufig zu einem Akkulturationsprozeß, in dessen Verlauf Werte und Traditionen in Frage gestellt werden. Dies führt zu Desintegrationswirkungen in der Gesellschaft und zu Identitätskrisen beim einzelnen und schafft eben dadurch gleichzeitig den Leidensdruck, der Veranlassung gibt, den Ausweg aus der Krise zu suchen. Den Entwicklungsländer-Studenten in der Bundesrepublik kommt in diesem Prozeß die Rolle eines "change agent" zu, der Katalysator und Motor einer Neuentwicklung sein kann.

Es erstaunt, daß angesichts der hohen und vielfältigen Erwartung an das Ausländerstudium die zielgerichteten Aktivitäten der verantwortlichen Stellen der Bundesrepublik sich bisher überwiegend auf das Fachstudium an den Hochschulen beschränkt haben. Mit Hilfe zahlreicher Förderinstrumente, wurde - durchaus mit Erfolg - versucht, eine hohe Bestehensquote im Studium sowie eine hohe Rückkehrquote der Studienabsolventen zu erreichen. Die Persönlichkeitsformung wurde und wird dagegen weitgehend "dem freien Spiel der Kräfte" überlassen. Es wird angenommen, daß sich der Ausländer durch eine längere Aufenthaltsperiode in der Bundesrepublik zwangsläufig mit der deutschen Wirtschaft, Politik und Kultur befassen muß und der gewünschte Lernprozeß sich dabei von selbst ergibt. Man geht davon aus, daß die positiven Lerneffekte die negativen Beeinflussungen auf jeden Fall deutlich überwiegen, so daß eine exakte Steuerung des Lernprozesses nicht erforderlich ist.

Die Erfahrung der Carl Duisberg Gesellschaft haben jedoch gezeigt, daß ein völlig unstrukturierter Lernprozeß in Richtung interkulturelles Lernen die Gefahr von Fehlinterpretationen oder, mangels Sensibilität einzelner Fortbildungsgäste, von Totalausfällen in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme in sich birgt. Die Carl Duisberg Gesellschaft organisiert daher in ihrem Fachschulen-Stipendienprogramm mehr und mehr studienbegleitende Trainingskurse, um den Entwicklungsländer-

Studenten ein differenziertes Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik zu vermitteln, um sie für ihre Rolle als Innovatoren und Multiplikatoren in ihrer eigenen Gesellschaft zu sensibilisieren und vorzubereiten. Dabei muß jedoch behutsam vorgegangen werden, da ausländische Studierende sehr empfindlich auf jegliche Form von Beeinflussung reagieren und sehr schnell den Vorwurf der Manipulation und Indoktrination erheben.

Trotzdem sieht die Carl Duisberg Gesellschaft in dieser Arbeit eine wichtige Aufgabe und einen Beitrag zur Optimierung des Wissenstransfers von der Bundesrepublik in die Entwicklungsländer.

*Die folgenden Überlegungen von **Ulrike Hammer** zur Konstitution und Relevanz eigenständiger interkultureller Arbeit mit ausländischen Studierenden sind bereits vor Jahren angestellt worden und erschienen erstmals in der AUSZEIT 11, 23. Jahrgang, Heft 1/2, 1985.*

Wir drucken sie in Auszügen vor allem deswegen noch einmal ab, weil die Unwägbarkeiten einer solchen Kulturarbeit in einer veränderten Hochschule, die nicht mehr Ort eines allgemeinen öffentlichen Diskurses ist, plausibel dargestellt sind, und auf diesem Hintergrund die prinzipiellen materiellen und organisatorischen Einschränktheiten des Ausländerstudiums, also auch der Möglichkeiten einer originären Kulturarbeit, sehr deutlich werden.

Diese Einschränkungen werden ja inzwischen zusätzlich durch die Bestimmungen des neuen Ausländergesetzes und durch eine offene Ausländerfeindlichkeit potenziert, die die ausländischen Studierenden nicht nur außerhalb ihres Arbeitsplatzes, nämlich der Hochschule, psychisch und physisch bedrohen, deren Auswirkungen auch beim Studium selbst zunehmend als Druck und Ausgrenzung registriert werden. Gerade um eine soziale, intellektuelle und kulturelle Inakzeptanz zumindest partiell aufzuheben und Ansätze selbständigen Handelns zu begründen, erscheinen interkulturelle Bemühungen, wie sie die Autorin im Zusammenhang ihrer Arbeit bei der Katholischen Studenten-Gemeinde (KSG) in Frankfurt als Interaktion zwischen Deutschen und Ausländern beschreibt, wichtig und notwendig.

Wir haben den Bericht an einigen Stellen mit freundlicher Erlaubnis der Autorin gekürzt und hin und wieder aktualisiert. Die vielen Verweise auf Literaturen, aktuelle politische Diskussionen und Entscheidungen usw. haben wir im Hinblick auf eine leichtere Verständlichkeit des Textes nicht berücksichtigt (das Heft 11/1985 der AUSZEIT kann übrigens über die Geschäftsstelle des WUS jederzeit bezogen werden; das Heft beschäftigt sich mit den "Orientierungseinheiten für ausländische Studenten - Praxisberichte). Auch die herausgehobenen Textteile sind Bestandteil der Bearbeitung.

Die Redaktion

Ulrike Hammer

ZWISCHEN HOCHSCHULE UND STUDENTISCHER SUBKULTUR

Das von offizieller Seite formulierte Interesse am Studium von Studenten aus Dritte-Welt-Ländern in der BRD bleibt zumeist äußerst abstrakt. Konkrete Handlungsanweisungen und systematische Versuche, Konzepte zu entwickeln, die inhaltlich und politisch das Interesse des ausländischen Studenten aufnehmen - d.h. seinen kulturellen Hintergrund und die beruflichen Möglichkeiten und die gestellten Anforderungen in seinem Heimatland - fehlen in offiziellen Stellungnahmen und Überlegungen ganz.

Die Erkenntnis, daß ausländische Studenten aus Dritte-Welt-Ländern mit einer spezifischen Problemlage in ihrem Studium konfrontiert sind, kann mittlerweile zum Bestand einer über die Hochschule hinaus verbreiteten allgemeinen Einsicht gezählt werden. Überdies ist jene Einsicht übereinstimmend in einer Vielzahl sozialempirischen Studien und Sonderforschungen festgestellt, sowie durch eine ausdifferenzierte Analyse der strukturellen und formellen Probleme des Ausländerstudiums belegt. So zählen zu den formellen Aspekten Problemlagen wie mangelnde Vorinformation und Orientierung über Hochschulorganisation, Studiengänge, Zulassungsvoraussetzungen und Verfahren, sprachliche Vorkenntnisse und Defizite sowie die hochschulexternen Rahmenbedingungen wie Finanzierung, aufenthaltsrechtliche Bestimmungen, Arbeitsmöglichkeiten. Unter die strukturellen Aspekte werden die sozio-kulturellen Einflüsse und sozialpsychologischen Hintergründe und die resultierenden lebensweltlichen Zugangsprobleme für ausländische Studenten im Bereich der Hochschule und Gesellschaft gefaßt. Fragen des Sozialkontakts, Schwierigkeiten bei der Organisation des Studiums, das Lernverhalten aufgrund unterschiedlicher Bildungssysteme und kulturell differenter Sozialisationsprozesse werden insofern zum Thema gemacht.

Die zunehmende Verschlechterung der objektiven Lage, unter denen ausländische Studenten in der Bundesrepublik studieren müssen, ist

daher auch zumeist Gegenstand der Überlegungen und Gespräche mit den Kollegen in der Studienberatung der Universität, der Akademischen Auslandstelle, der ESG und des Studienkollegs.

Beratungskonzepte für diesen Bereich und entwickelte Ansätze, gemeinsam den Problemen zu begegnen, möchte ich an dieser Stelle nicht weiter ausführen, sondern mich im weiteren auf die Frage der "Akkulturationsprobleme" beschränken.

Die folgende Überlegungen sind im wesentlichen gewonnen durch Erfahrungen aus dem deutsch-ausländischen Frauentreff und einem in Planung und Entwicklung befindlichen Projekt, das die Orientierung von Studienkollegiatinnen in Frankfurt beinhaltet.

Im Kontext der Frage "Probleme des Ausländerstudiums" wird ein allgemeiner Kernpunkt darin gesehen, daß die Konfrontation differenter sozialer-kultureller Systeme und die daraus resultierenden Akkulturationsprobleme durch ein erweitertes System der Beratung in institutionalisierter Form behoben werden müsse. Gleichsam als Beleg jenes festgestellten Kernproblems mag statt vieler Beispiele folgendes Zitat stehen: "Es ist daher fast ein Gemeinplatz festzustellen, daß sich diese Probleme der Anpassung, der Akkulturation, der Verbindung von Studium und späterem Berufsfeld, der Übertragbarkeit und Verwendbarkeit der Ergebnisse der Hochschulausbildung, ungleich gravierender erweisen bei Studenten, deren Sozialwertestrukturen herkunftsbedingt von denen des Studienlandes erheblich abweichen (Studenten aus Entwicklungsländern), als bei Studenten, die aus Ländern mit vergleichbarer Sozial- und Wertestruktur stammen (Studenten aus Industrieländern).

Aus dieser Problembeschreibung wird wie oben bereits festgestellt, folgendes Resultat gezogen, daß "die aus der 'cross-culture'- Situation resultierenden Akkulturations- und Sozialisationsprobleme, diese überwiegend sozio-kulturell bedingten Sprach- und Kommunikationsschwierigkeiten ohne institutionalisierte Hilfestellung der Hochschule nicht zu bewältigen sind. Sie erfordern und rechtfertigen vielmehr eine besondere Berücksichtigung der ausländischen Studenten und ihrer Bedürfnisse in der allgemeinen Studienberatung".

Festzustellen ist, daß in diesen Problemanalysen zu Fragen des Ausländerstudiums eine starke Betonung des Verhältnisses von sozial-

kultureller Differenz und dem daraus resultierenden Beratungsbedarf resultiert. Wird nicht durch jene Verhältnissetzung von sozialkultureller Differenz und daraus resultierenden institutionellen Beratungsbedarf eine Problemsicht festgeschrieben, die sich einzig auf die Integration in die Hochschule bezieht ? So wichtig es ist, den aus der cross-culture-Situation resultierenden Anpassungs- und Sozialisationschwierigkeiten ausländischer Studenten durch verbesserte und besondere Beratungsangebote begegnen zu wollen - die in diesem Kontext aufgestellten Forderungen existieren im wesentlichen seit 20 Jahren - so werden jedoch in dieser Problemsicht und Begründung strukturelle und politische Veränderungen der Grundsituation für ausländische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen nicht adäquat berücksichtigt. Selbst wenn man davon ausginge, die Forderung nach ausreichender Beratung ginge in Erfüllung, würde doch so wesentliche Veränderungen des Verhältnisses von Hochschule und Gesellschaft nicht erfaßt.

In jener Problemsicht von der sozial-kulturellen Differenz und damit verkoppelter Bereitstellung von Orientierungsmaßnahmen für ausländische Studenten, um sich kompetent in einer "fremden" Umwelt zurechtzufinden, wird ein relevanter Aspekt angesprochen.

Wird aber nicht mit jenem Lösungsansatz das mittlerweile viel tiefer reichende Probleme der Isolation ausländischer Studenten in der Hochschule ein Stück weit ausgeblendet ? Nach meiner Einsicht wirft die grundsätzliche veränderte Lage nicht nur neue Fragen für die Konzeption der Beratungstätigkeit auf. Vielmehr ist mit dieser grundsätzlichen Veränderung auch ein ernstzunehmender neuer Forschungsbedarf zur Klärung des gewandelten Verhältnisses von Hochschule und Gesellschaft, von einer transformierten Funktion und Stellenwert der Wissenschaft und den hier mit verbundenen Veränderungen von Qualifikationsanforderungen angesprochen.

Weiterhin scheint mir von besonderer Bedeutung, daß die sozial-integrativen Strukturen in immer geringerem Maße über den Ort der Hochschule bereitgestellt werden, sondern daß an seine Stelle in wachsendem Maße subkulturelle Integrationsmechanismen getreten sind.

Eine Aufgabe für die Studentengemeinden in Frankfurt sehe ich darin, Konzepte zur Orientierung für ausländische Studenten zu entwickeln, die einen Zugang zu diesem außeruniversitären studentischen Lebens- und Erfahrungszusammenhang für diese Studenten ermöglichen. Die Studentengemeinde sollte sich in ihrer Beratungstätigkeit als "Scharnier" verstehen, Schwerpunkte setzen und Mittel bereitstellen, die die üblichen Beratungs- und Orientierungsaufgaben ergänzen.

Geschichtlich betrachtet konnte sich die Forderung nach erweiterter institutioneller Beratung in einem gewissen Sinne noch auf eine funktionierende Hochschulöffentlichkeit beziehen. Diese bildete einen wesentlichen Faktor für einen nicht auf individuelle Kontakte beschränkten Austausch von ausländischen und deutschen Studenten.

Diese Hochschulöffentlichkeit war ein wesentliches Moment für offene Akkulturationsprozesse. Im Anschluß an die Studentenbewegung war innerhalb der Hochschule eine Präsenz politischer Positionen zu verzeichnen. Die Frage des Internationalismus, des Verhältnisses von Erster und Dritter Welt, waren sowohl in den Seminaren aber auch in Teach-in's in den Mittelpunkt eines gesellschaftlichen und politischen Interesses gestellt. Die Diskussion und Theoriebildung zentrierte sich auch um Fragen der Systemkritik, der Analyse der Ursachen weltweiter struktureller Abhängigkeiten, um die Rolle der Bundesrepublik in diesem Zusammenhang, und nicht zuletzt wurden Utopien und Modelle einer Emanzipation und Demokratisierung von Dritte-Welt-Ländern entwickelt.

Getragen wurde dieser Diskussionszusammenhang gleichermaßen von deutschen und ausländischen Studenten. Zu diesen Diskussionen hatte zumindest der aktive Teil ausländischer Studierender einen offenen Zugang. Eine aktive Aneignung von Sprachkompetenzen war durch diese Zusammenhänge gegeben.

Darüber hinaus ermöglichte der Charakter dieser Diskussion in der Hochschule (Seminaren, Teach in's, Studentenwohnheimen) nicht nur an die Hochschule gebundene Erfahrung, sondern vielmehr den Raum für Kontakte, die Ausbildung von nicht nur persönlich und individuell bestimmten Beziehungen zu deutschen Studenten. Ohne genauer sagen zu können, welchen Umfang und Bedeutung diese be-

nannten Momente hatten, muß festgestellt werden, daß jetzt, eineinhalb Jahrzehnte später, diese Integrationsmechanismen kaum noch existent sind.

Sicherlich wurde dieser Prozeß auf der einen Seite durch die in den 70er Jahren von staatlicher Seite erfolgten Angriffe und Restriktion auf die verfaßten Studentenschaften und die Maßnahmen zur Einschränkung des politischen Mandats mit herbeigeführt. Parallel zu dieser allgemeinen politischen Entwicklung organisieren sich in zunehmendem Maße die kommunikativen und sozialkulturellen Interaktionsfelder der Studenten nicht mehr über die Hochschule. **Die Sphäre subkultureller Zusammenhänge ersetzen die in erster Linie an die Hochschule gebundenen Sozialkontakte.**

Dieser Prozeß ist auch Moment und Ausdruck einer Krise der Wissenschaften, die sich darin ausdrückt, daß mit ihr eine sinnstiftende Orientierung verloren geht, ein Prozeß, der für die Natur- und Geisteswissenschaften gleichermaßen gilt. Teilweise wird von studentischer Seite auf diese objektive Veränderung so reagiert, daß das Studium zunehmend in einem überprofessionalisierten Verständnis absolviert wird. Vorrangige Interessen sind weniger die Studieninhalte, sondern der gleichsam durch ein "Arbeitnehmerbewußtsein" geprägte Wunsch nach einem möglichst schnellen "notenfixiertem" Abschluß. Sozialkontakte werden somit nicht mehr über Studieninhalte oder politische Kristallisationspunkte organisiert. Zugleich existiert ein - wenn auch verdrängtes - Wissen darüber, daß ein gelungener Studienabschluß keine Garantie mehr für eine sozialprivilegierte berufliche Einmündung in das Erwerbsleben bietet.

Aus dieser Konstellation gewinnen außeruniversitäre nicht mehr an die Hochschule gebundene Kommunikationsinhalte und -bereiche im subkulturellen Milieu an Bedeutung. Als Beispiel für dieses Nicht-Funktionieren des Öffentlichen im Bereich der Hochschule und für eine Verselbständigung gesellschaftlicher Problematik und ihrer Lösungsstrategien im Hochschul-Diskurs ist die Gründung des KOZ (Kommunikations-Zentrums) an der Frankfurter Universität Anfang der 80er. Das KOZ sollte eine Antwort zur Lösung dieser Problemkonstellation seitens der politisch organisierten Studentenschaft sein. Es war der Versuch, die Subkultur in die Universität zu integrieren. Dieser Versuch kann jetzt unter dem Aspekt seines selbst gesetzten

Anspruchs als gescheitert angesehen werden. Hier wird nicht politischer und gesellschaftlicher Bezug hergestellt, sondern das KOZ hat im Bewußtsein der Studenten den Charakter eines "Pausenfüllers".

Diese nur umrißhafte Skizze der Veränderung an der Hochschule sollte verdeutlichen, daß eine **interkulturelle Arbeit mit ausländischen Studenten**, etwa über eine Beratungstätigkeit, diese angedeuteten Fakten analysieren und in ihre Konzeption einbeziehen muß.

Auf diese Entwicklungen innerhalb der Hochschulen und den Veränderungen der Rahmenbedingungen antwortet auch ein **Orientierungskonzept der KSG Frankfurt für ausländische Studentinnen**:

Die Frauenbewegung reichte über das Verfallsmoment der hochschulpolitischen Öffentlichkeit hinaus. Frauenfragen fanden zu Ende der 70er Jahre verstärkt Eingang in die Seminardiskussion und die politische Öffentlichkeit der Universität. Es wurden die Fragen gestellt nach der Diskriminierung von Studentinnen, nach dem Verhältnis von Frau und Wirtschaft, Kritik geübt an der mangelnden Partizipation von Frauen an Tutorien, die Forderung nach Frauenlehrstühlen gestellt und über autonome Studieninhalte für Frauen diskutiert, sowie der Zugang zu finanziellen Mitteln für Frauenforschungsobjekte gefordert. Mit diesen Forderungen haben Studentinnen und Wissenschaftlerinnen einen Anspruch der Verbindung von Wissenschaft und Gesellschaft weiter aufrechterhalten und hierdurch einen Ansatzpunkt der Partizipation und Integration für ausländische Studentinnen im Rahmen der Frauenfrage mit etabliert.

Daher wurde in der KSG Frankfurt ein Schwerpunkt in der spezifischen Beratung für ausländische Studentinnen gesehen und im Sommersemester 1980 ein deutsch-ausländischer Frauentreff eingerichtet.

Mit dieser Konzeption verbindet sich die Hoffnung, über einen gemeinsamen Ansatzpunkt von deutschen und ausländischen Studentinnen, den Beratungsansatz aus seiner individuellen Form herauszuführen. Der Austausch über die Erfahrung als Frauen vor ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Hintergrund, die Bearbeitung der Geschichte der Unterdrückung von Frauen, die Reflexion politischer Bewegungen und die Entwürfe anderer Lebensformen sind Ansatzpunkt in diesem interkulturellen Diskussionsprozeß. Es ging uns

darum, einen gegenseitigen Lernprozeß zu organisieren, in welchem die unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen, Werte und Normensysteme und sozialpsychologischen Prozesse kritisch zur Disposition gestellt wurden.

Dieses Diskussionsforum bildete einen gemeinsamen Horizont, aus dem verschiedene Einzelprojekte und die Organistaion intersubjektiver Verständigungsprozesse erfolgen. Die Bewältigung der Probleme, die sich in Examenssituation stellen, waren ebenso Thema wie studienbezogene Frauen, das Lernverhalten von Frauen, die Probleme im Umgang mit dem Wissenschaftsbetrieb. Über diesen Zusammenhang konnten Stützungen in finanziellen Problemlagen, Wohnungsfragen, Bewältigung der Frage der Kinderbetreuung angegangen werden. Dieses Forum eröffnete den ausländischen Studentinnen auch den Zugang zur studentischen Selbstverwaltung in den verfaßten Studentenschaften, sowie Räume und andere Foren, um ihre Probleme der universitären Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Wichtig war auch die Vermittlung von Informationen und Kenntnissen an ausländische Studentinnen über den Zugang zu finanziellen Förderungen für selbstverwaltete Projekte, die Herstellung von Kontakten zu politisch einflußreichen Gruppen und parlamentarischen Parteien und den Zugang zur Medienöffentlichkeit. Das Zentrum deutsch-ausländischer Frauen in Frankfurt ist als ein Markstein in dieser Entwicklung anzusehen. Vier Jahre konnte dieses Forum in Frankfurt als Projekt der Studentengemeinde bestehen. In einem gewissen Sinne hat sich die Initiative verselbständigt und eigene Formen der Organisation gefunden, die es einem Teil ausländischer Studentinnen ermöglichte, einen Standort in einer "fremden soziokulturellen Umwelt" zu finden.

Wir haben in diesem Projekt gelernt, daß zunächst jedoch ein Begriff von Kultur zu thematisieren ist, von dem aus interkulturelle Zusammenhänge geschaffen werden können.

Es wurde ein Begriff von Kultur erarbeitet, unter dem wir die Art und Weise verstehen, wie soziale Beziehungen einer Gruppe strukturiert sind, aber auch die Art, wie eine Gruppe diese Form erfährt, versteht und interpretiert. Bestehende kulturelle Muster stellen ein "Feld der Möglichkeiten" dar, das die Gruppen aufgreifen, transformieren und

weiterentwickeln. Kultur ist damit ein Prozeß des Machens, eine schöpferische Gestaltung des eigenen Lebens und der Umwelt. Dies läßt sich bei weitem nicht in bezug auf die Hochschule verstehen und entwickeln. Zur Entfaltung verschiedener Kulturen ist es daher eine Voraussetzung, daß eine Gleichheit der Ausgangsbedingungen oder ein Raum für ihre Gestaltung besteht. Gleichheit ist hier nicht nur als formelle Gleichheit, sondern als die Voraussetzung der Möglichkeit zur Ausübung der unterschiedlichen Kulturen zu verstehen. Unter den Bedingungen, in denen Ausländer in der Bundesrepublik leben, bestehen diese Voraussetzungen nicht, sind die Kulturen nicht gleichberechtigt.

Von daher kann der Prozeß bzw. die Orientierung und Beratung ausländischer Studierender, die zum Ziel haben, sie zu Partizipation und sicherem Umgang in einer sozio-kulturell fremdem Umwelt zu befähigen, nur Stückwerk bleiben oder Räume schaffen, die es den ausländischen Studierenden ermöglichen, in einen aktiven Auseinandersetzungsprozeß zu treten. Die durch die gesellschaftlichen Bedingungen gesetzten Grenzen sind nur zu reflektieren, jedoch nicht ad hoc aufzuheben.

Diese Erfahrung ist als Resultat aus dem deutsch-ausländischen Frauentreff als Schmerzliches festzuhalten. Die Erfahrung der Grenzen der Auseinandersetzung stellt jedoch nicht eine Resignation dar. Vielmehr wurde durch dieses Diskussionsforum möglich, die Differenzen festzustellen und Konfrontation zwischen deutschen und ausländischen Studentinnen zu ermöglichen und beiderseitige Berührungspunkte produktiv zuzugeben. Dies waren die Voraussetzungen für den Beginn eines Dialogs, der innerhalb eines Beratungskonzepts gar nicht entwickelt werden kann, da Berater und Ratsuchende in einem im voraus definierten individuell geprägten dualen Verhältnis stehen.

Das bedeutet auch, daß Überlegungen und Konzeptionen, Orientierungen für ausländische Studenten zu entwickeln, von dem eben explizierten Ansatz her eine Analyse des Verhältnisses Universität/Gesellschaft voraussetzen, der gesellschaftlichen, politischen und gesetzlichen und administrativen Bedingungen und der Kenntnis der studentischen "Lebensräume". Ein wichtiger Faktor ist zudem ein Wissen über die Sozialisationsbedingungen und Muster der auslän-

dischen Studierenden. Dies möchte ich kurz präzisieren: Der deutsch-ausländische Frauentreff war mit dem Wechsel der Generation von Studentinnen nicht mehr aufrechtzuerhalten. Für die nachwachsende Generation ausländischer Studentinnen ergab sich nicht automatisch ein Zugang zu diesem Forum. Aus Gesprächen mit Studentinnen und aus unseren Beobachtungen ist davon auszugehen, daß diejenigen Studentinnen, die den Frauentreff getragen haben, ihre Emazipationsräume zumeist über die kritische Abarbeitung und Auseinandersetzung in den politisch organisierten Nationalitätengruppen erkämpft haben. Für die Beratungsfunktion in der KSG stellt sich daher das Problem, den positiven Erfahrungsprozeß für die jüngere Studentengeneration fruchtbar zu machen, ohne jedoch auf dieselben Voraussetzungen rekurrieren zu können.

Auf den Hintergrund intensiver Gespräche mit ausländischen Studentinnen der jüngeren Generation und mit Beratern anderer Institutionen (Studienberatung), beispielsweise mit Lehrerinnen des Studienkollegs, versuchen wir nun ein Projekt zu beginnen, daß an die Erfahrungen der jetzigen Studentinnengeneration (z.B. Iranerinnen, die 5 Jahre unter der politischen Situation einer islamischen Republik und den damit verbundenen Werte- und Normensystemen gelebt haben) anzuknüpfen.

Die Studentinnen reagieren zum Teil auf die neue Situation und Bedingungen in der Bundesrepublik mit massiven Ängsten. Viele Frauen gerade auch unter den iranischen Studienkollegiatinnen leben vollständig isoliert und verfügen über keinerlei Kontakte zu anderen Studenten im Wohnheim. Der Erfahrungsraum ist für diese Studentinnen oftmals auf das Studienkolleg, das Wohnheim, die Mensa als Ort des Essens (für die früheren Studentinnengenerationen war die Mensa auch noch Treff- und Kommunikationspunkt der nationalen Gruppen) und die Wege zwischen diesen Einrichtungen beschränkt.

Versuche, über Gesprächskreise oder thematische Anknüpfungspunkte einen interkulturellen Austauschprozeß zwischen deutschen und ausländischen Studentinnen zu beginnen, sind in den vergangenen zwei Semestern immer wieder gescheitert. Diese "jungen" Studentinnen bringen nicht die im weitesten Sinne "politischen" Sozialisations- und Erfahrungszusammenhänge mit, die es ihnen ermöglichen würden, in einer interkulturellen Frauengruppe an der Uni-

versität mitzuarbeiten und in einem solchen Kreis persönliche und studienbezogene Probleme zu thematisieren. Diese Fragen werden im individuellen Beratungsgespräch angesprochen.

Gleichzeitig ist bei diesen Studentinnen ein starkes Interesse vorhanden, die kulturellen, wissenschaftlichen und politischen Verhältnisse des Studienlandes kennenzulernen und Sozialkontakte zu deutschen Kommilitoninnen herzustellen. In den "eingeschränkten" Lebensräumen, in denen sich die Studentinnen im allgemeinen bewegen, ist dieses Interesse jedoch nicht einzulösen.

Wesentliches Element der Konzeption des Treffpunktes für Studienkollegiatinnen ist es, sie zu befähigen, ihren zukünftigen Lebensraum kennenzulernen, einen Raum, der über die Universität hinausgeht. Wir werden daher jeweils verschiedene Treffpunkte, Zentren, Museen etc. gemeinsam besuchen. So steht im kommenden Semester der Besuch der verschiedenen einschlägigen Buchläden an, Besichtigung und Diskussion in den verschiedensten Frauenprojekten in Frankfurt, Kennenlernen der verschiedenen Stadtteile und der jeweiligen studentischen Bezugspunkte (Cafés, Kneipen, alternative Läden, Stadtteilzentren etc.). Ziel des Projektes ist es also, durch das Erforschen und Kennenlernen des studentischen Alltags und Lebensfeldes in Frankfurt den interkulturellen Austauschprozeß zwischen deutschen und ausländischen StudentInnen zu ermöglichen und Ansatzpunkte für einen solchen Erfahrungsaustausch aufzuzeigen, ohne daß Verbindlichkeiten und persönliche Erfahrungen in dem Maße von den Studentinnen eingebracht werden müssen, wie dies z.B. die Teilnehmerinnen des deutsch-ausländischen Frauentreffs über einen langen Zeitraum getan haben.

Die Aufgabe der KSG als Institution an der Hochschule im Bereich der Entwicklung von Konzeptionen zur Orientierung von ausländischen Studenten sehe ich also darin, "Kontaktflächen" und Verbindungsmöglichkeiten zu schaffen, die eine Brücke zwischen den auseinandergefallenen Bereichen Hochschule und Gesellschaft herstellen. In einem solchen Ansatz kann meines Erachtens eine Stärke der Studentengemeinden liegen, die durch ihre institutionellen Bedingungen die Voraussetzung haben und schaffen können, ausländischen Studenten eine universitätsübergreifende Erfahrungsmöglichkeit auf die verschiedenen lebensweltlichen Aspekte im studentischen Bereich

bereitzustellen, damit für sie vergleichbar mit den deutschen Studierenden das breite Spektrum politischer und gesellschaftlicher, nicht nur hochschulgebundener Räume erfahrbar wird.

MULTIKULTURELLE INITIATIVE - KONKRET

Im folgenden drucken wir als eine Art Dokumentation zwei Beiträge ab, die studentische Initiativen der letzten beiden Jahre beschreiben. Sie sind aus multikulturellen Gruppen entwickelt worden, die, wie in Darmstadt, den ASten der TH und der Fachhochschule (FH) nahestehen, oder die sich, wie im Fall der FH Wiesbaden, vorwiegend aus Privatpersonen zusammensetzen. Derartige Ansätze gibt es an den Hochschulen bundesweit, selten treten sie allerdings in ein so konkretes Arbeitsstadium, wie das hier der Fall ist, häufig allein deshalb, weil die bürokratischen Hindernisse in der Regel sehr hoch aufgebaut sind - und die notwendige Finanzierung ins Uferlose zu wachsen scheint. Vorliegende Berichte (die ja vorwiegend noch den Status des Anfangs widerspiegeln) drucken wir auch deswegen mitsamt Geschichte der Initiative und Finanzierungsplan beziehungsweise Satzung ab, weil WUS immer wieder mit entsprechenden Nachfragen und Bitten um Information konfrontiert wird.

Wir möchten noch darauf hinweisen, daß fast alle multikulturellen studentischen Initiativen in Hinsicht auf Zusammenleben und Zusammenarbeiten, die uns bekannt sind, von ökologischen Gesichtspunkten ausgehen, wie das besonders die Darmstädter Initiative zeigt.

Die Redaktion

SES

Multikulturelles Leben, Wohnen und Arbeiten in Darmstadt

- die Geschichte einer selbstverwalteten Siedlungsinitiative -

Wohnqualität spiegelt sich für uns in der Art des Zusammenlebens wider. Aufgrund der aktuellen Situation der Wohnungsnot in Darmstadt ist es notwendig, neben der Schaffung von neuem Wohnraum auch den Aspekt der Wohnqualität und des Zusammenlebens zu berücksichtigen.

Wohnqualität bedeutet, Raum zu schaffen, in dem Zusammenhänge zwischen Wohnen, Studieren bzw. Arbeiten, Freizeit und dem Alltag ermöglicht werden. Der Alltag von jeder und jedem ist geprägt durch eine Isolierung all dieser Bereiche.

Gefördert wird dieses auch in einer Stadt wie Darmstadt durch Wohnungsbau, der eine Verknüpfung dieser Bereiche von vorneherein ausschließt. Es entstehen seit Jahren StudentInnen-/Sozialbaughettos etc. Darüber hinaus werden gewachsene Strukturen wie z.B. im Martinsviertel durch Sanierungsprojekte zerstört.

Wir alle brauchen eine soziale Struktur, in der es möglich ist, sich über eigene oder gemeinsame alltägliche Probleme auszutauschen und sich gegenseitig zu helfen. Die Anonymität und die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen, wie sie in gewissen, auf dem Reißbrett geplanten Stadtteilen herrscht, kann so wirksam bekämpft werden.

Wir wollen Räume schaffen, in denen ohne Konsumzwang Kommunikation gelebt werden kann. Wohnqualität heißt für uns, Räumlichkeiten zu schaffen für kulturelle und soziale Einrichtungen. Diese insbesondere, um Selbstfindungsprojekte der BewohnerInnen und anderer InteressentInnen zu ermöglichen und kulturelle Vorhaben gemäß eigenen Bedürfnissen zu gestalten, was sich positiv auf das soziale Leben auswirken wird.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich für uns ein **Zusammen-Leben**, eine **Lebens-Qualität**, mit einer Vielzahl und Vielfalt von Menschen. Eine mögliche Umsetzung eines solchen "Wohn- und Lebensprojektes" sehen wir in den Räumlichkeiten des leerstehenden Polizeipräsidiums in der Nieder-Ramstädter-Straße. Mit dem Bau eines neuen StudentInnen-Wohnheimes würde die Monokultur in der Nieder-Ramstädter-Straße weiter ausgebaut.

In bezug auf das Polizeipräsidium haben wir folgendes Konzept entwickelt.

Unsere Siedlung soll ein multikulturelles Areal werden, in dem StudentInnen und NichtstudentInnen gemeinsam leben und sich durch Ihre Verschiedenheit ergänzen.

- Da es nach wie vor viel zu wenig Raum für StudentInnen gibt, ist ein Teil unseres Konzeptes, Wohnraum für Studierende zu schaffen. Die StudentInnen sollen jedoch nicht im 9 m² Zellen gedrückt werden, sondern die Möglichkeit haben, als Wohngemeinschaften zusammen zu leben.
- MigrantInnen und Flüchtlinge sollen sich frei von Angst bewegen können. Wir wollen miteinander leben und nicht nebeneinander her.

Wie es sich in Deutschlands jüngster Vergangenheit wieder einmal gezeigt hat, wird mit Integration von MigrantInnen das bedingungslose Einfügen in vorhandene Gesellschaftsstrukturen, sprich einseitige Anpassungsleistungen, erwartet.

Wir sprechen nicht von Integration, sondern von Austausch, gegenseitiger Bereicherung, Toleranz und gleichberechtigtem Miteinander.

- Frauen, insbesondere alleinerziehende Frauen, sind in unserer Gesellschaft immer mehr von Wohnungsnot betroffen. Die nicht vorhandenen finanziellen Mittel und die langen Wartezeiten auf dem sozialen Wohnungsmarkt führen dazu, daß Frauen immer öfter von Obdachlosigkeit bedroht sind. Neueste Studien zeigen, daß vor allem Frauen in armen Verhältnissen leben. Oft sind es Trennung bzw. Scheidung von Ehemann und Partner, die Frauen in ihrer Existenz bedroht. Aufgrund dieser und vieler anderer frauenspezi-

fischer Themen und Problematiken können sich Frauenprojekte im Wohn- und Kulturbereich engagieren.

- Familien mit zwei und mehr Kindern haben es sehr schwer, geeigneten, kindgerechten Wohnraum zu finden. Unsere Siedlung soll eine Siedlung für Erwachsene **und** Kinder sein. Ein Platz, wo Kinder ihre Rechte geltend machen können und nicht lobbylos zwischen Hauptverkehrsstraßen auf unbrauchbaren Spielplätzen ihre Zeit verbringen.

Für studentisches Wohnen mit Kindern soll und muß ein Platz geschaffen werden.

- Besonderen Wert messen wir bei der Ausarbeitung des vorliegenden Konzeptes der Tatsache bei, daß die Zusammenarbeit und das Zusammenleben verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen Bestandteil unserer Überlegung ist.

Um in reine Wohnsiedlungen Leben zu bringen, ist es uns wichtig, dort auch menschnah zu arbeiten. Es sind Werkstätten geplant, die ins Wohngeschehen miteingebunden sind. Schon in der Planungs- und Bau-phase können sich hier soziale Zusammenhänge bilden.

- Nicht nur wegen der fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten für Kleinkinder, sondern auch wegen unseres integrativen Ansatzes, werden wir eine Krabbelstube (langfristig auch eine Kindertagesstätte) einrichten.

Vorgesehen sind zunächst Räume für Kleinkinder, die mehrere Stunden am Tag (z.B. in der Vorlesungszeit) von einer Fachkraft betreut werden, wo aber auch, und das ist hier im Rahmen dieses Modells besonders zu erwähnen, Elterninitiative als Grundlage gesehen werden muß. Dies ist auf jeden Fall für Studierende eine alternative Betreuungsmöglichkeit, da neben dem Studium genug Zeit bleibt, sich an der Erziehung der Kinder zu beteiligen.

Unser Ziel ist es, aus der vorhandenen Bausubstanz billigen, bedarfsgerechten Wohnraum zu schaffen, an dem in Darmstadt größter Mangel besteht. Wichtig ist uns eine dauerhafte Sozialbindung und nicht nur, wie sonst üblich, auf einige Jahre befristet.

Unsere Vorstellungen sind:

1. Nutzung der vorhandenen Materialien und Installationen (spart Materialkosten und Bauschuttentsorgung)
2. Ausbau in Etappen ermöglicht einen frühen Bezug, also die sofortige Nutzung des unter Denkmalschutz stehenden Hauptgebäudes.
3. Eigene Bautrupps ermöglichen Kostenreduzierung durch die Übernahme von Teil- und Zuarbeiten, für die ansonsten die marktüblichen Preise der Baufirmen bezahlt werden müßten.

Unsere Forderung ist:

Übernahme des Geländes und der Gebäude des ehemaligen Polizeipräsidiums in Erbpacht.

Wohnqualität spiegelt sich für uns in der Art des Zusammenlebens wider.

Wohnen

Unsere Vorstellung ist, in Familien und Wohngemeinschaften verschiedener Größen zu leben, um dadurch die Anonymität und Isolation im herkömmlichen Wohnungsbau zu durchbrechen. Gemeinschaftliches Leben bedeutet für uns Interaktion und Austausch, Lernen voneinander und Kommunikation innerhalb der Gruppe, was letztendlich eine Stärkung und Bereicherung für jede/n BewohnerIn ergibt.

Neben dem gemeinschaftlichen Leben muß jedoch der persönliche Freiraum gewährleistet bleiben.

Um diese Idee zu verwirklichen, stellen wir uns StudentInnen, Nicht-StudentInnen, Alleinerziehende, MigrantInnen, ältere Menschen, viele Kinder - also eine Vielfalt und Vielzahl von Menschen - vor, und die Möglichkeiten ihrer Integrierung.

Das mag keinesfalls der einfachste Weg des Zusammenlebens sein, da der Austausch untereinander in kritischer sowie selbstreflektierter Form Konflikte beinhaltet. Daraus ergibt sich ein natürliches Gefüge, in dem

die gegenseitige Unterstützung wie z.B. Einkauf, Kinderbetreuung, Waschen, Kochen, zum gemeinschaftlichen Alltag gehören und selbstverständlich sind.

Außengelände

Das autofreie Außengelände soll allen BewohnerInnen zugänglich sein. Wünsche, wie Spielplatz, Kommunikationsraum (im Sommer), Obst- und Gemüsegärten mit offenem dörflichen Charakter sollen verwirklicht werden.

Projekte

1. Stallungen

Die ehemaligen Stallungen sollen in ein Kulturzentrum umgewandelt werden, das hier als Schnittstelle zwischen Innen und Außen gelten soll. Im vorhandenen Nebenhaus sollen ein Vereinsbüro sowie Gruppenräume eingerichtet werden. Im Innenhof und den Stallungen soll ein Café und ein Biergarten entstehen. Raum für Filmvorführungen, sowie Möglichkeiten für Kleinkunst werden geschaffen. Übungsräume für Musikgruppen (nicht professionell) sowie eine kleine Live-Bühne soll es Nachwuchsbands erleichtern, in der äußerst stiefmütterlich geförderten subkulturellen Musik- wie Kunstszene nach außen auftreten zu können. Mit "größeren Festivals" könnte man die sonst so graue Szene Darmstadts um einen bunten Farbtupfer erfreulich ergänzen.

2. Frauen-Wohn-Räume

Immer noch ist es in unserer, durch patriarchalische Strukturen geprägten Gesellschaft unumgänglich, Räume nur für Frauen zu schaffen, bereitzustellen, anzubieten. Möglich wären hier einerseits Wohnungen für obdachlose Frauen, Wohnungen für Frauen, die aus Frauenhäusern kommen, Frauen-Mädchen-Wohngemeinschaften bzw. Wohngruppen usw..

Aber auch Frauengruppen, -vereine, -verbände, -initiativen, die Beratungsräume, Treffpunkte, Veranstaltungs- und Kulturräume suchen, könnten sich einbringen und engagieren.

3. Krabbelstube

Unserem integrativen Ansatz entsprechend möchten wir auf dem Gelände des ehemaligen Polizeipräsidioms auf jeden Fall eine Krabbelstube, langfristig eine Kindertagesstätte, einrichten. Die Notwendigkeiten von Betreuungsplätzen ist unumstritten, aber uns kommt es darüberhinaus auch auf das Konzept einer solchen Einrichtung an. Deshalb können wir uns vorstellen, als Trägerverein Aufgaben zu übernehmen und damit Eltern zu unterstützen, in Eigeninitiative und zusammen mit betreuenden Fachkräften eine Krabbelstube zu führen. Eine Kindereinrichtung auf unserem Gelände bringt Leben und Freude und bietet Gelegenheit für den Kontakt zwischen Jung und Alt.

4. Werkstätten

Hier soll ein direkter Zusammenhang zwischen Leben und Arbeiten hergestellt werden. Kleingewerblich nutzbarer Raum zu einem fairen Preis, in einer angenehmen Umgebung, eine Förderung von kreativen wie ökologisch vernünftig arbeitenden Betrieben. Auch hier soll "Farbe" in den sonst grauen Arbeits-Alltag gebracht werden, das Arbeiten und Wohnen nebeneinander ergeben einen offenen, dörflichen Charakter.

Kostenschätzung für den Umbau des ehemaligen Polizeipräsidioms

Der Kostenplan bezieht sich auf die Bewohnbarmachung des Hauptgebäudes, nicht berücksichtigt sind dabei die Außenfassade sowie das Außengelände

<u>-Abrißarbeiten einschl. Entsorgung</u>	<u>Eigenleistung</u>	
Abriß vorhandener Installationen Heizung, Sanitär, Elektro)	15.000,-	10.000,-
Abriß abgeh. Decken und	10.000,-	5.000,-

Fußbodenaufbauten		
Abriß von Trennwänden	28.000,-	20.000,-
- <u>Rohbauarbeiten</u>		
zusätzliche Fensteröffnungen und Schließen einer Außentüre		20.000,-
- <u>Trockenbauarbeiten</u>		
Türöffnungen schließen		4.000,-
Ständerwände neu		20.000,-
- <u>Türen</u>		
alte Türen überarbeiten		8.000,-
neue Türen		27.000,-
- <u>Putz/Anstrich</u>		
Innenputzausbesserungen	105.000,-	60.000,-
- <u>Fliesenarbeiten</u>		80.000,-
- <u>Fußbodenarbeiten</u>	130.000,-	50.000,-
- <u>Sanitärinstallation</u>		140.000,-
- <u>Heizungsinstallation</u>		168.000,-
- <u>Elektroinstallation</u>		110.000,-
- <u>Fenster</u>		180.000,-
- <u>Dachflächenfenster</u>		10.000,-
- <u>Außentüren überarbeiten</u> <u>einschl. Schließanlage</u>		20.000,-

Summe	1.090.000,-	145.000,-
- <u>Nebenkosten (ca. 15%)</u>		200.000,-

aufgerundet

Summe 1.435.000,- einschl. Eigenleistung
Mieteinnahmen (Version 2)

Entsprechend dem Wohnkonzept/Architektur sind die Mieteinnahmen unter Berücksichtigung der Wohnfläche der einzelnen Wohngruppen sowie der vorgegebenen BewohnerInnenzahl ermittelt. Die Einzelmiete kann so je nach Zimmergröße schwanken, während die Gesamtmonatsmiete nur vom Quadratmeterpreis (8 DM) und der Gesamtwohnfläche abhängig ist (folgt: Aufschlüsselung der Gesamtkosten und der Nebenkosten).

Gesamtkonzept zu Ökologie und Energie

Ver- und Entsorgung

Aus ökologischen und umwelttechnischen Gründen streben wir auf dem gesamten Areal, d.h. für alle **Bereiche, Leben, Wohnen und Arbeiten**, eine Verknüpfung der Ver- und Entsorgung an. Ein wesentlicher Aspekt ist für uns hier die Senkung der Nebenkosten um bis zu 30%. Um dies zu gewährleisten wird ein Großteil der Installationen mit fachlicher Unterstützung und unter Anleitung von verschiedenen Darmstädter Vereinen, Firmen und Institutionen in Form von Seminaren und Bildungsurlauben durchgeführt werden. Konkrete Unterstützungszusagen gibt es hier vom BUND Darmstadt, dem Bildungswerk Ökologie Darmstadt sowie der Firma Solar- und Umwelttechnik aus Darmstadt.

Versorgung:

- Energie:

Schon bei den ersten Umbaumaßnahmen, die die Wasserversorgung betreffen, soll eine spätere Warmwasserversorgung über Solarenergie für wesentliche Teile des Wohnbereiches vorgesehen werden. Die Energieeinsparungsmaßnahmen sollen sich nicht nur auf entsprechende Däm-

mungs- und Isolierungsarbeiten beschränken, sondern auch durch Aufklärung auf das VerbraucherInnenverhalten.

- Wasser:

Durch den Bau von zentral gelegenen Zisternen soll der Brauchwasserbedarf ebenfalls für alle existierenden Bereiche zu großen Teilen abgedeckt werden. Einer zunehmenden Wasserknappheit gerade im Landkreis Darmstadt/Dieburg wollen wir durch einen anderen ökologischen Gesichtspunkt, der geringstmöglichen Oberflächenversiegelung, entgegenwirken. Geplant ist hier einerseits, Parkplätze, Geh- und Feuerwehrwege durch Rasenpflaster bzw. Schotter zu befestigen. Andererseits sollen momentan noch versiegelte Flächen aufgebrochen und renaturisiert werden.

- Verkehr:

Durch einen zentral im südlichen Teil des Geländes gelegenen Parkplatz für alle BewohnerInnen und BesucherInnen soll erreicht werden, daß das restliche Areal autofrei bleibt. Ein anvisiertes Car-Sharing Projekt soll die Anzahl der von den AnwohnerInnen benötigten Autos auf ein Minimum reduzieren.

Entsorgung

- Müll

Ein Müllvermeidungskonzept soll schon in der ersten Bau- und Renovierungsphase berücksichtigt werden. Sorgfältiges Nachdenken über die Nutzbarkeit der Räumlichkeiten sowie der entfernten Installation soll schon in dieser Phase zu einem geringen Müllvolumen führen. Konkret ist hier die Weiter- und Wiederverwertbarkeit der aus dem Umbau anfallenden Materialien gemeint.

Im weiteren soll auf dem Gelände zentral eine gemeinschaftliche Müllentsorgung durch geeignete Werkstoffcontainer möglich werden. Naßmüll und Gartenabfälle sollen auf dem Gelände z.B. in Rottebehältern verbleiben und dort verwertet werden.

Chronologie

21. Januar 1993

Gründung des Vereins

Selbstverwaltete Siedlungsinitiative für multikulturelles Leben, Wohnen und Arbeiten e.V., kurz SeS e.V.

Februar 1993

Vorstellung unserer Ideen bei Frau Bauerfeind, Technische Hochschule Darmstadt. Dort wird uns gesagt, daß bereits alle Vergabe-Pläne entschieden seien.

Wir forschen aber weiter...

9. Februar 1993

Veranstaltung mit dem Zweck unseren Verein und die Vereinsmitglieder vorzustellen.

(Persönliche Einladungsschreiben und Preisankündigung)

März 1993

Telefonische Kontaktaufnahme mit dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK).

14. April 1993

Termin im HMWK bei Herrn Dr. Maier-Weigt zum Zwecke der Vorstellung unseres Konzeptes und unserer Vorstellungen. M.-W. signalisiert Interesse und fordert uns auf, an die Ministerin schriftlich heranzutreten und eine Absichtserklärung zu verfassen.

20. April 1993

Absichtserklärung an das HMWK mit dem Inhalt, das Gelände und die Gebäude des ehemaligen Polizeipräsidiums in der Nieder-Ramstädter-Straße in Darmstadt in Erbpacht zu übernehmen.

Schreiben an Ministerin Evelies Mayer mit ausführlicher Vorstellung unseres Projekts und der Bitte um einen Gesprächstermin.

April 1993

Kontaktaufnahme und Verabredung mit verschiedenen Vereinen und Gruppierungen mit ähnlicher Zielsetzung bzw. zur Unterstützung

Diese wären: Wohnraum-Initiative Frankfurt
 SUSI (Selbstverwaltete Siedlungsinitiative) Freiburg
 Wohnbund Frankfurt (bis heute ständige Kontakte)

Mai 1993

Intensive Arbeitsphase zur genaueren Ausarbeitung der Konzeption, des Finanzierungsplanes, Kontakte zu Architekten und Ökologie-Experten.

Erstellung einer ausführlichen Arbeitsmappe.

15. Juni 1993

Übersendung einer Arbeitsmappe mit folgendem Inhalt an das HMWK:

Konzept über Wohnqualität

Lageplan des Polizeipräsidiums sowie Fotos

Pläne des Hauptgebäudes und Gesamtplan des Geländes

Gestaltung des Geländes/Gesamtnutzungskonzept

Kostenaufstellung (geschätzt)

Finanzierungsmodell (inkl. Mieteinnahmen, Nebenkosten usw.)

Konzept Ökologie und Energie

Konzept Kindertagesstätte

usw.

18. Juni 1993

Erneuter Termin im HMWK mit Herrn Maier-Weigt und Abteilungsleiter Herrn Wagner.

Ergebnis dieses Gespräches, an dem u.a. auch unser Architekt anwesend war:

- a) Aufforderung, sich ans Wohnungsministerium zu wenden mit dem Ziel, Unterstützung für den Bereich des sozialen Wohnungsbaus zu finden und bezüglich einer Beratungs-Finanzierung
- b) Erlaubnis bzw. Beauftragung einer Bauaufnahme durch den Architekten
- c) Weiterhin wurde angeregt, sich mit PolitikerInnen der Stadt Darmstadt auseinanderzusetzen.

Alles in allem hinterließen die beiden Herren einen forderungswilligen Eindruck, sofern wir eben Kooperationspartner fänden.

23. Juni 1993

Schreiben an Minister Jordan zum Zweck der Vorstellung unseres Projektes und der Bitte um einen Termin.

Juni 1993

Unser Architekt versucht, bei der Technischen Hochschule Darmstadt die Schlüssel für das Hauptgebäude des ehemaligen Polizeipräsidiums zu bekommen und erfährt nur Ablehnung.

Auch von Seiten des HMWK's kommt nur geringe Unterstützung.

Der Architekt schreibt eine Chronologie der Schlusselgeschichte und bittet die Herren vom HMWK, konkret Stellung zu der Sache zu nehmen.

Juli 1993

Pressearbeit in Zusammenarbeit mit der Zeitung für Darmstadt und dem Darmstädter Echo.

Juli 1993

Verschiedene Treffen mit VertreterInnen der GRÜNEN Partei in Darmstadt.

5. Juli 1993

Termin im Hessischen Ministerium für Wohnen ..., mit Herrn Hartmann und Leimbert sowie einem Herrn aus der Ministerebene, weiterhin anwesend Joachim Lollhövel vom Wohnbund.

Herr Leimbert gibt klar zu bedenken, daß für uns ausschließlich der Förderungsweg Nr. 1 in Frage käme und legt die neu erarbeiteten Förder Richtlinien auf den Tisch.

Weiterhin wird daraufhin gewiesen, daß sich das Ministerium nur mit gleicher Beteiligung der Stadt finanziell beteiligen wird.

22. Juli 1993

Schreiben an HMWK Herrn Maier-Weigt, in dem die Schlüssel-Geschichte aufgegriffen wird, sowie die Tatsache, daß das ZDF-Fernsehen "der Drombuschs" zwar an die Schlüssel herankommt, wir aber nicht. Unverständnis und Bitte um eine klare Stellungnahme.

5. August 1993

Schreiben des HMWK's mit der Aussage, daß sie davon ausgingen, daß der Bauverein auf dem Gelände des ehemaligen Polizeipräsidiums ein Studentenwohnheim errichten werde.

6. August 1993

Schreiben der Landtagsabgeordneten Daniela Wagner an Ministerin Evelies Mayer mit folgendem Inhalt:

Erklärung, daß die Partei der GRÜNEN in Darmstadt hinter unserem Konzept stehen, daß sie verärgert wären, sollte eine Entscheidung gegen ihre Vorstellungen fallen und die Bitte, bei der Lösungsfindung die GRÜNEN, die TH und uns zu beteiligen.

10. August 1993

Vorstellung des Konzeptes beim Institut für Wohnen und Umwelt in Darmstadt. Ansprechpartnerin Frau Dr. Antje Flade.

11. August 1993

Antwort an HMWK unsererseits bezüglich Schreiben v. 5.8.93 mit folgendem Inhalt:

Unklare Aussage von Seiten des HMWK, weiterhin betrachten wir SeS e.V. als Mitbewerberin, außerdem Bitte, keine Entscheidung in der Sommerpause zu treffen.

11. August 1993

Schreiben an das Liegenschaftsamt der Stadt Darmstadt, Herrn Blöcker, mit Informationsmappe zur Information.

24. August bis 3. September 1993

Plakataktion in Darmstadt "Wohnqualität spiegelt sich für uns in der Art des Zusammenlebens wider".

30. August 1993

Einladung zur Koalitionsverhandlungen der GRÜNEN und der SPD der Stadt Darmstadt mit der Möglichkeit, unser Konzept vorzustellen.

31. August 1993 (bezugnehmend auf Schreiben vom 6.8.93)

Antwort von Ministerin E. Mayer an Daniela Wagner mit folgendem Inhalt:

- Bisher noch keine Entscheidung getroffen, Absicht jedoch, Vergabe an Bauverein;
- Schnelles Handeln notwendig aufgrund Wohnungsnot und baulichem Zustand des Gebäudes;
- Trotz geplanter Entscheidung sollten wir ein Angebot an das HM-WK richten (Ohne Bauaufnahme!);
- Bauverein hat nochmals Interesse bekundet (Ende Juli 1993);
- Zuschüsse seitens der Stadt Darmstadt an Bauverein;
- Ohne Gewährung städtischer Zuschüsse ist die Umsetzung einer Bebauung auf dem Gelände des ehemaligen Polizeipräsidiiums nicht möglich (Fördermittel aus Bund-Länder-Projekt);
- Es sollen **sehr rasch** 130 Studi-Plätze geschaffen werden.

31. August 1993 (9. September 1993)

Antwort von Ministerin Mayer auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Ruth Wagner (FDP) betreffend Sanierung und Umplanung des Grundstückes des ehemaligen Polizeipräsidiiums in Darmstadt mit kurzgefaßt folgendem Inhalt:

- Es wird gegenwärtig geprüft, welchem Träger die Ausführung des Projektes in ein Studentenwohnheim gegeben wird!
- Die Beteiligung der Stadt Darmstadt am Umbau in ein Studentenwohnheim ist bereits sichergestellt.
- Umbau des ehemaligen Polizeipräsidiiums ist vorsorglich zur Schaffung von 130 Studentenwohnheimplätzen im Bund-Länder Programm angemeldet.

4. September 1993

Informationsstand Luisenplatz, eine von vielen Aktionen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit.

27. September 1993

Schreiben an Ministerin E. Mayer mit dem Zweck, bauerhaltende Maßnahmen einzufordern. Durchschläge an Grüne, SPD, TH-Darmstadt.

5. Oktober 1993

Gespräch mit Denkmalschutzamt Darmstadt: Deutlicher Hinweis unsererseits darauf, daß ein weiterer Zerfall des Gebäudes gravierende Schäden hinterlassen wird.

17. Oktober 1993

Treffen und Austausch mit der Gießener Gruppe "StudentInnenwohnhilfe".

25. Oktober 1993

Schreiben an Ministerin Mayer bezugnehmend auf Schreiben v. 27.9.93 mit erneuter Nachfrage nach bauerhaltenden Maßnahmen, die nicht vorgenommen wurden.

25. Oktober 1993

Schreiben an Denkmalschutzamt mit erneutem Hinweis auf Zerfall der Gebäude.

30. Oktober 1993

Schreiben an Ministerin Mayer mit der Bitte um Überlassung von Büroräumen auf dem Gelände des ehemaligen Polizeipräsidiums.

30./31. Oktober 1993

Klausurwoche aller SeS-Mitglieder in Langen. Hierbei wird weiteres Vorgehen erläutert, aber auch in den einzelnen Arbeitsgruppen wie Öff-

fentlichkeitsarbeit, Verwaltung, Finanzen und Bau ausführlich über den Stand der Dinge berichtet und intensive Weiterarbeit geleistet.

3. November 1993

Treffen mit dem neuen Vorsitzenden des Studentenwerks, Herrn Weibel. Wir stellen unser Konzept ausführlich vor.

12. November 1993

Einladung zum Runden Tisch mit dem Titel "Braucht Darmstadt neue Wohn- und Lebensformen?", SeS. e.V. stellt ihr Konzept vor.

Folgende Personen wurden angefragt:

VertreterInnen von SeS

Ministerin Mayer HMWK, Ministerin Fugmann-Heesing, Finanzministerium

Minister Jordan, Wohnungsministerium, Minister Blaul, Familienministerium

Herr Grünewald, Sozialdezernent Darmstadt

Oberbürgermeister Benz, Bürgermeister Siebert, Bauverein Darmstadt

Herr Böhme, TH-Präsident, Herr Seidler, TH-Kanzler, Frau Bauernfeind-Roßkopf, TH

Daniela Wagner, MdL, Die Grünen

Wohnrauminitiative Frankfurt, Wohnbund Frankfurt

Trautel Baur, Frauenbeauftragte, Iris Behr, Die Grünen

Dieser Termin kam wegen verschiedenen Absagen von Seiten der PolitikerInnen nicht zustande.

15. November 1993

Antwortschreiben von Herrn Meyer-Weigt auf unser Schreiben v. 25.10.93 bezüglich Bauernhaltung mit folgendem Inhalt: Einzelne Gebäudeteile müssen nicht besonders instandgehalten werden, er geht davon aus, daß mit erforderlichen Sanierungsarbeiten rasch begonnen werden kann.

24. November 1993

Antwortschreiben vom HMWK auf unser Schreiben v. 30.10.93 wo wir Büroräume wünschen.

Hier ein Zitat: "...daß die Bearbeitung der Angelegenheit einige Zeit in Anspruch nehmen und voraussichtlich Ende Dezember abgeschlossen sein wird. Sie erhalten sodann unaufgefordert weitere Nachricht."

11. Dezember 1993

Stand Luisenplatz mit Unterschriften-Sammel-Aktion.

12. Dezember 1993

Jahreshauptversammlung.

4. Januar 1994

Schreiben an die Fraktionsführer von FDP, CDU und SPD, Herrn Grünewald sowie Herrn OB Benz mit der Bitte um Gesprächstermine, um uns und unser Konzept vorstellen zu können.

11. Januar 1994

Einladung zu Treffen vom Förderverein Gemeinsames Wohnen Jung und Alt e.V. im Institut für Wohnen und Umwelt.

12. Januar 1994

Schreiben der FDP-Fraktion mit Absage zu Vorstellungsgespräch, da sie sich für reines Studentenwohnheim aussprechen.

13. Januar 1994

Antwortschreiben von Herrn Oberbürgermeister Benz mit folgendem Inhalt:

Arbeitsmappe liegt vor, Informationen hinreichend bekannt, weder er als Oberbürgermeister oder der Magistrat der Stadt Darmstadt ist für die Angelegenheit zuständig.

Er empfiehlt, sich an die TH-Darmstadt und das Land Hessen zu wenden.

17. Januar 1994

Schreiben von Herrn Sozialdezernent Grünewald mit folgendem Inhalt:

Konzeption bekannt, es handelt sich bei der Liegenschaft um Landeseigentum, auf dessen Verwendung die Stadt nur im Rahmen des Baurechts Einfluß hat. Vor Entscheidung in Wiesbaden sieht er keinerlei Handlungsbedarf.

28. Januar 1994

Fachgespräch mit VertreterInnen der Grünen, Herrn Fürst Geschäftsführer für innovative Projekte im Wohnungsbau mbH, Herrn Achim Wellrock von der Neuen Wohnraumhilfe GmbH, Herrn Jan Kunert, Unternehmensberater und VertreterInnen des SeS e.V.

12. Februar 1994

Exkursion nach Kaufingen, um dort Informationen über alternative Lebensformen zu erhalten.

23. Februar 1994

Erneute schriftliche Anfrage an HMWK, Herrn Dr. Meyer-Weigt, bezüglich Nutzung der leerstehenden Gebäude des ehemaligen PP's für ein Büro. (Versprochene Antwort sollte Ende Dezember erfolgen.)

23. Februar 1994

Einladung an interessierte Gruppen und Vereine, die sich mit Wohnen und studentischem Wohnen beschäftigen, zur Vorstellung unseres Konzeptes und unserer Ideen.

6. März 1994

Schreiben an HMWK mit Hinweis auf den ständigen Zerfall der Gebäude und Forderung endlich eine Entscheidung und Sanierung zu beginnen. (Fotos von zerstörten Fenstern und Gebäudeteilen beigelegt.)

Unterstützer/innen

- Die Grünen, Darmstadt
 - AStA Technische Hochschule Darmstadt
 - AStA Fachhochschule Darmstadt
 - AStA Evangelische Fachhochschule
 - StudentInnenwohnheimsprecher/innen Darmstadt
 - Evangelische Studenten Gemeinde ESG
 - studentische Vertreter/innen des StudenInnenwerksvorstand
 - Wohnrauminitiative Frankfurt WIF
 - Wohnbund, Frankfurt
 - Neue Wohnraumhilfe GmbH
 - Wildwasser
 - Bundjugend e.V.
 - Projektwerkstatt e.V.
- u.v.a.

Auszug aus dem Koalitionspapier von SPD und Grünen für Wissenschaft und Kunst vom 6. März 1994

8. Soziale Lage der Studierenden

8.1. Die Hessische Landesregierung bemüht sich um eine Aufstockung der Bundesmittel für den Wohnungsbau für Studierende. Das Land stellt landeseigene Grundstücke zur Verfügung, setzt verstärkt eigene Mittel ein und erwartet einen entsprechenden Beitrag der Kommunen. Die angespannte Situation im Rhein-Main-Ballungsraum muß besonders berücksichtigt werden. Mit dem Wohnungsbau-Programm für Studierende sollen gemischte Wohnformen für unterschiedliche soziale Gruppen realisiert werden. Bei den Planungen sind studentische Gruppe zu beteiligen. Die Richtlinien sind zu verändern.

8.2 Bei öffentlich geförderten Wohnheimprojekten sollen zusätzliche Plätze für ausländische Studierende angeboten werden. Für sie soll eine Mindestquote eingehalten werden.

8.3. Im Rahmen eines zukünftigen Betreuungskonzeptes wird dafür Sorge getragen, daß in allen Hochschulen Angebote einer qualifizierten Kinderbetreuung (Wickelstuben, Aufenthaltsräume, Krabbelstuben, Kitas und hochschulnahe Spielplätze) durch die Studentenwerke, die Hochschulen oder in Kooperation mit den Kommunen aufgebaut werden.

8.4. Durch eine Novellierung des Studentenwerks-Gesetzes werden die Beratungsangebote für Studierende erweitert und ausgebaut. Dabei ist den besonderen Beratungsbedürfnissen ausländischer Studierender Rechnung zu tragen.

(mit geringfügigen Änderungen und Auslassungen , z.B. der zahlreichen Fotos, aus: Selbstverwaltete Siedlungsinitiative für multikulturelles Leben, Wohnen und Arbeiten e.V. - SES: Wohnqualität spiegelt sich für uns in der Art des Zusammenlebens wider, 30 S. <brosch.>, Darmstadt 1994)

Internationaler Club an der FH Wiesbaden

Protokoll der Gründungsversammlung am 07.10.1993

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 21.00 Uhr

Ort: Fachhochschule Wiesbaden, Studienort Rüsselsheim
Am Brückweg 26
65428 Rüsselsheim
Raum A6A

Anwesende: Die Gründungsmitglieder, ein Vertreter der Presse, Prof. C. Klockner (Rektor der FHW)

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Grußworte des Rektors der Fachhochschule Wiesbaden, Prof. Clemens Klockner
3. Diskussion und Verabschiedung der Club-Satzung
4. Wahl des Vorstands
5. Mitgliedsbeiträge
7. Arbeitsprogramm des Clubs
8. Veranstaltungen für das WS '93/'94
9. Verschiedenes

Protokoll zu

Top 1: Herr Mohammad Khademi begrüßt die Anwesenden insbesondere Prof. Clemens Klockner, Rektor der FHW

Top 2: Prof. Klockner bestätigt in seinem Grußwort die Übernahme der Schirmherrschaft über den Club und sagt dem Club volle Unterstützung zu.

Top 3: Herr Döring gibt eine Einführung in die Ziele und Aufgaben des Clubs. Die Anwesenden sind damit so einverstanden, daß eine Diskussion nicht gewünscht wird.

Top 4: Prof. Pütter stellt den Entwurf der Satzung vor. Nach eingehender Diskussion und Berücksichtigung von Ergänzungen und Änderungen wird sie einstimmig ohne Enthaltung verabschiedet. Da alle Anwesenden schriftlich ihren Beitritt zum Club erklärt haben, sind alle Anwesenden stimmberechtigt. Die verabschiedete Satzung befindet sich im Anhang dieses Protokolls.

Top 5: Herr Papadopoulos leitet die Wahl des Vorstandes. Der Vorstand kann laut Satzung maximal aus neun Vorstandsmitgliedern bestehen. Eine Liste bis dahin bekannt gewordener Kandidaten wird durch weitere Kandidaten/Kandidatinnen ergänzt. Die anwesenden Kandidaten stellen sich kurz vor. Der nicht anwesenden Kandidat Christoph Heider ist entschuldigt und hat eine schriftliche Einverständniserklärung zur Aufstellung als Kandidat vorgelegt. Frau Gabi Allard hat unter Zeugen ihre Einverständniserklärung mündlich abgegeben.

Jede(r) KandidatIN erhält eine Nummer. Die anwesenden Mitglieder wählen in geheimer Wahl den Vorstand indem sie bis zu 9 Kandidaten/Kandidatinnen auf einen Wahlzettel schreiben.

Die Stimmzettel werden von Herrn Michael Döring und Herrn Sotirios Papadopoulos-Herzhauser unter Beteiligung von Herrn Kazem Dehghani öffentlich ausgezählt und registriert. Das Ergebnis lautet:

Nr.	Kandidat/Kandidatin	Zahl der Stimmen
1.	Gabi Allard	16
2.	Kazem Dehghani	22
3.	Michael Döring	21

4.	Abdulmenef Kurban	14
5.	Sotirios Papadopoulos-Herzhauser	24
6.	Nedim Toksun	15
7.	Miltiades Kourides	21
8.	Christoph Heider	20
9.	Claudia Sabath	20
10.	Prof. Dr.-Ing. Lutz Pütter	21

Damit sind alle Kandidaten/Kandidatinnen bis auf Herrn Abdulmenef Kurban gewählt. Die Gewählten erklären sich mit der Wahl einverstanden. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit wird beschlossen, das erst die anderen Tagesordnungspunkte abgehandelt werden und danach der Vorstand durch Wahl die Ämter im Vorstand verteilt.

Top 6: Prof Pütter legt den Entwurf einer Beitragsordnung vor, der ohne Änderungsantrag einstimmig ohne Enthaltung verabschiedet wird. Die damit gültige Beitragsordnung befindet sich im Anhang des Protokolls.

Top 7: Prof. Pütter erläutert wesentliche Punkte des Arbeitsprogrammes und vertritt die Meinung, daß der Vorstand das Arbeitsprogramm im einzelnen ausarbeiten soll. Dazu bittet er die Mitglieder sich in eine Liste einzutragen, wenn sie aktiv an der Umsetzung des Arbeitsprogrammes teilnehmen wollen. Die Liste befindet sich im Anhang des Protokolls.

Top 8: Die Diskussion ergibt, daß noch in diesem Jahr zwei Veranstaltungen des Clubs stattfinden sollen:

1. Ein Vortrag mit Diskussion
2. Eine Kulturveranstaltung mit anschließender Begegnung der Teilnehmer zu Gesprächen

Top 9: Keine Wortmeldungen

Nachsitzung des Vorstandes

Nicht anwesende Mitglieder: Gabi Allard, Christoph Heider, Claudia Sabath.
Der Vorstand berät über die Verteilung der Ämter und wählt jeweils einstimmig ohne Enthaltung

zum Vorsitzenden: Sotirios Papadopoulos-Herzhauser
zur stellvertretenden Vorsitzenden: Claudia Sabath
zum Kassenwart: Michael Döring
zum 1. Schriftführer: Miltiades Kourides
zum 2. Schriftführer: Prof. Dr.-Ing. Lutz Pütter

Damit sind die übrigen Vorstandsmitglieder Beisitzer. Die gewählten erklären sich mit ihrer Wahl einverstanden.

Im weiteren Verlauf wird über die weitere Arbeit des Vorstandes gesprochen und es wird beschlossen

1. Am soll 25.11.1993 eine Vortragsveranstaltung zum Thema psychologische und soziologische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit stattfinden.

Dazu wird ein Komitee ernannt mit Herrn Deninghani als Verantwortlichen und als weiteres Mitglied Frau Sabath

2. Für den 02.12.1993 ist eine Kulturveranstaltung mit einer Theater- oder Kabarett-Gruppe und anschließenden Begegnungen der Teilnehmer zu Gesprächen geplant. Es wird daran gedacht, evtl. diesen Teil etwas adventlich zu gestalten. Es gab auch die Idee, die Teilnehmer zu eigenen Beiträgen (Gedicht, Gesang, Sketche...) aufzufordern und als Anreiz zu prämiieren. Dazu wird ein Veranstaltungskomitee gebildet mit Herrn Papadopoulos-Herzhauser als Verantwortlichen und Herrn Kourides als weiteres Mitglied. Weitere Mitglieder sollen noch geworben werden.

3. Die nächste Vorstandssitzung soll am Mittwoch, den 13.10.1993, 14.00 Uhr im AStA-Büro in Rüsselsheim stattfinden.

Tagesordnung: Genehmigung des Protokolls der Gründungsversammlung, Erledigung der Formalitäten zur Anmeldung des Vereins und zur Anerkennung als gemeinnütziger Verein, Planung der Veranstaltungen und des Arbeitsprogrammes.

S A T Z U N G

des Internationalen Clubs an der Fachhochschule Wiesbaden e. V.

§ 1

(Name, Sitz des Clubs)

1. Der Club führt den Namen

Internationaler Club an der Fachhochschule Wiesbaden e. V.

und hat seinen Sitz in Rüsselsheim (Main). Er ist ein eingetragener Verein im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches.

2. Der Club ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Groß-Gerau, Zweigstelle Rüsselsheim (Main), eingetragen.

§ 2

(Zweck des Clubs)

1. Der Club bezweckt

- a) die Förderung der internationalen Verständigung zwischen den Mitgliedern und Angehörigen der Fachhochschule Wiesbaden,
- b) den Abbau von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit gegenüber Menschen anderer Nationen,
- c) die Förderung von Kultur und Bildung unter internationalen Aspekten und
- d) die Förderung von Verbesserungen der Studienbedingungen unter besonderer Berücksichtigung der vielfältigen Nationalitäten.

2. Zur Erreichung der in Satz 1 genannten Zwecke will der Club u.a. folgende Aktivitäten entwickeln:

- Durchführung internationaler kultureller Veranstaltungen.
- Durchführung von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen.
- Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den Mitgliedern und Angehörigen der Fachhochschule Wiesbaden aus den verschiedenen Nationen.
- Unterstützung ausländischer Studierender bei der Beschaffung von Praktikantenplätzen, Ferienarbeitsplätzen und Wohnungen in Deutschland und für deutsche Studenten im Ausland.
- Förderung des internationalen Austausches von Studierenden und Professoren.
- Unterstützung bei der Organisation und Einrichtung von

Tutorien bzw. Stützkursen für ausländische Studierende

- Einrichtung spezieller Beratungsstunden für ausländische Studierende
 - Vermittlung von Mentoren und Patenschaften für ausländische Studierende
 - Unterstützung bei der Einrichtung von zusätzlichen Sprachkursen "Deutsch für ausländische Studierende".
3. Der Club verfolgt die in Abs. 1 genannten gemeinnützigen Zwecke ausschließlich und unmittelbar. Die Erzielung von Gewinn für die Mitglieder ist ausgeschlossen. Der Club ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb ausgerichtet. Die Mittel dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.

§ 3
(Mitgliedschaft)

1. Mitglied des Clubs kann jede natürliche oder juristische Person oder Vereinigungen von solchen Personen werden, wenn das Mitglied den Zwecken des Clubs mit Rat und Tat sowie durch Entrichtung von Beiträgen oder Spenden oder durch Vermittlung von Spenden zu fördern bereit ist.
2. Der Aufnahmeantrag ist an den Vorstand zu richten. Er kann ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden. In diesem Fall kann der Antragsteller innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Ablehnungsbescheides beantragen, daß die nächste Mitgliederversammlung über das Aufnahmegesuch entscheidet.

§ 4
(Austritt aus dem Club)

Jedes Mitglied kann zum Ende eines Kalenderhalbjahres den Austritt aus dem Club erklären. Diese Erklärung bedarf der Schriftform und ist spätestens vier Wochen vor Ablauf des betreffenden Kalenderhalbjahres dem Vorstand des Clubs einzureichen.

§ 5
(Ausschluß aus dem Club)

1. Aus dem Club kann ausgeschlossen werden, wer die Interessen oder den Frieden des Clubs verletzt oder Handlungen begeht, durch welche das Ansehen des Clubs gefährdet werden könnte. Ferner kann ausgeschlossen werden, wer kein Interesse für die Arbeit des Clubs zeigt oder sie nicht nach Maßgabe seiner Kräfte fördert.
2. Die Ausschließung aus dem Club obliegt dem Vorstand. Innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Ausschließung kann von dem Mitglied beantragt werden, daß über den Ausschluß die Mitgliederversammlung entscheidet. Der Antrag ist an den Vorstand zu richten und bedarf der Schriftform. In der Mitgliederversamm-

lung kann das Mitglied über den Ausschluß mitstimmen.

§ 6
(Beiträge)

Der Club kann von seinen Mitgliedern Beiträge nach Maßgabe einer Beitragsordnung erheben. Die Höhe des Beitrages bestimmt die Mitgliederversammlung. Der Beitrag ist mit Beginn eines jeden Kalenderhalbjahres fällig.

§ 7
(Verwendung der Mittel)

1. Etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Clubs. Mitglieder arbeiten für den Club in der Regel ehrenamtlich.
2. Es darf keine Person durch Verwaltungsausgaben, die den Zwecken des Clubs fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 8
(Vorstand)

1. Der Clubvorstand wird von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gewählt oder abberufen. Die Wahlzeit beträgt ein Jahr.
2. Der Vorstand besteht aus mindestens sieben, aber höchstens neun Mitgliedern. Mindestens zwei Mitglieder des Vorstandes sollen ausländische Studierende aus verschiedenen Ländern sein. Er wählt im unmittelbaren Anschluß an die Wahl seiner Mitglieder aus seiner Mitte den Vorsitzenden, einen stellvertretenden Vorsitzenden, einen Schatzmeister und zwei Schriftführer. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind Beisitzer.
3. Zur gesetzlichen Vertretung des Clubs im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende und der Schatzmeister berechtigt, wobei es erforderlich, aber auch ausreichend ist, daß die Vertretung durch zwei der genannten Mitglieder des Vorstandes erfolgt.

§ 9
(Mitgliederversammlung)

1. Die Mitgliederversammlung ist das beschließende Organ des Clubs und kann Richtlinien für die Arbeit des Clubs und des Vorstandes aufstellen und beschließt insbesondere über die Beiträge, die Entlastung des Vorstandes und Satzungsänderungen.
2. Die Gründungsversammlung ist gleichzeitig die erste Mitgliederversammlung, auf der die Satzung beschlossen und der Vorstand gewählt wird.

3. Der Vorstand lädt mindestens einmal im Kalenderjahr unter Angabe der Tagesordnung und mit einer Frist von einer Woche hochschulöffentlich per Aushang ein. Fachhochschulexterne Mitglieder müssen schriftlich eingeladen werden.
4. Soll auf einer Mitgliederversammlung die Satzung geändert oder der Club aufgelöst werden, bedarf es der schriftlichen Einladung aller Mitglieder mit einer Frist von zwei Wochen.
5. Eine Mitgliederversammlung muß einberufen werden, wenn ein Drittel der Mitglieder dies verlangen.
6. Der Vorstand legt fest, welches seiner Mitglieder die Mitgliederversammlung oder einzelne Tagesordnungspunkte leitet. Der Leiter hat für die Beurkundung der gefaßten Beschlüsse Sorge zu tragen und sie zu unterzeichnen.

§ 10
(Auflösung des Clubs)

1. Zur Auflösung des Clubs ist ein Beschluß der Mitgliederversammlung erforderlich. Der Beschluß bedarf einer Mehrzahl von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder. (s.a. § 9, Abs 4)
2. Bei der Auflösung oder Aufhebung des Clubs oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks fällt das nach Abzug aller Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des Clubs an die Fachhochschule Wiesbaden oder deren Rechtsnachfolgerin und darf von dieser nur für die satzungsgemäßen Zwecke des Clubs nach § 2 verwendet werden.

Rüsselsheim, den 7. Oktober 1993

Diese Satzung wurde einstimmig auf der Gründungsversammlung am 7. Oktober 1993 von den Gründungsmitgliedern beschlossen.

Name, Vorname des Mitgliedes

Unterschrift des Mitgliedes

Beitragsordnung
des Internationalen Clubs an der Fachhochschule Wiesbaden

§ 1

Die Mitgliedsbeiträge betragen für jedes Kalenderhalbjahr

DM 5,-- für Studierende
DM 10,-- für alle anderen natürlichen Personen
DM 100,-- für juristische Personen (z.B. andere
Vereine, Körperschaften, Unternehmen)

§ 2

Die Beiträge sind auf das Konto des Internationalen Clubs bei der Bank XX Nr. XXXXXXXX, BLZ XXXXXX oder bar beim Kassenwart des Clubs gegen Quittung zu Beginn eines jeden Kalenderhalbjahres einzuzahlen. Soweit möglich, sollen die Beiträge durch Lastschriftinzugsverfahren geleistet werden.

§ 3

Es können Mitglieder zeitweise oder ganz von der Beitragspflicht entbunden werden, wenn sie entsprechende Spenden geleistet oder selbst eingeworben haben. Die Entscheidung darüber liegt beim Vorstand.

Einstimmige Beschlußfassung auf der Gründungsversammlung am 7. Oktober 1993 in Rüsselsheim.

Vorsitzender

Kassenwart

1. Schriftführer

2. Schriftführer

Verzeichnis der lieferbaren Hefte

AUSZEIT seit 1981

1993

AUSZEIT 29 Nr. 5

FREMD - Alltagserfahrungen ausländischer Studierender
in Deutschland

1993

AUSZEIT 28 Nr 3/4

Gertrud Achinger: Kuratel und Fürsorge - Studien- und
Lebensbedingungen ausländischer Studierender in Leipzig
und Ost-Berlin vor und nach der Wende

AUSZEIT 27 Nr 1/2

Die Qual des Sisyphus oder: Wie ausländische
Studierende die deutsche Sprache lernen

1992

AUSZEIT 26 Nr. 3/4

Fin de la Fiesta oder: Abgefeiert? Diskussionsbeiträge zu
Lateinamerika über die "500-Jahr-Feier" hinaus

AUSZEIT 25 Nr. 1/2

Ein Jahr danach - Das neue Ausländergesetz und seine
Konsequenzen für die Hochschulen

1991

AUSZEIT 24 Nr. 3/4

Das Studienkolleg auf neuen Wegen oder: Ein Schritt vor
- zwei Schritte zurück

1990

AUSZEIT 22 Nr 3/4

Zwischen den Stühlen - "Bildungsinländer" ... wenn
Gastarbeiterkinder und Flüchtlingskinder studieren wollen

...

1989

AUSZEIT 20 Nr. 1/2

Studienbegleitprogramme

1988

AUSZEIT 19 Nr. 3/4

Betr.: Notfonds

AUSZEIT 18 Nr. 1/2

Ausländische Studentinnen

1987

AUSZEIT 17 Nr. 1/2

Multiplikatorenseminar Studienbegleitprogramm Medizin
in Entwicklungsländern

1986

AUSZEIT 16 Nr. 4/5

Aktuelle Retroperspektive des Ausländerstudiums

AUSZEIT 14 Nr. 1

"Was erwartet sie zu Hause?" - 23 persönliche Antworten zur Reintegration von ausländischen Studenten und Studentinnen

1985

AUSZEIT 12 Nr. 3/4

Reintegration von Hochschulabsolventen aus Lateinamerika

AUSZEIT 11 Nr. 1/2

Orientierungseinheiten für ausländische Studenten - Praxisberichte

1984

AUSZEIT 9 Nr. 1

Studienberatung für Ausländer Berichte aus der Praxis

1983

AUSZEIT 7 Nr. 3

Soziale Situation und Probleme ausländischer Studenten

1982

AUSZEIT 5 Nr. 5

Studienkollegs - Präpädeutikum oder Kapazitätssteuerung

AUSZEIT 4 Nr. 3/4

Neuregelung der Zulassung für ausländische Studenten aus Entwicklungsländern Analysen und Dokumente - II. Teil

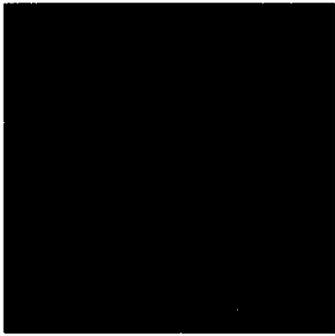
AUSZEIT 3 Nr. 1/2

Hochschulausbildung für Dritte Welt Studenten in West Europa - Studie und Dokumentation

1981

AUSZEIT 1 Nr. 1

Studienbegleitende Reintegration- Konzepte und Modelle



NEIN zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus!

Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Wohnungsnot sind die vorherrschenden Themen im Wahljahr. Manche Politiker machen dafür Ausländer, Asylsuchende und Aussiedler verantwortlich.

In der Bevölkerung verbreitet sich die Angst vor Fremden. Eine kleine Minderheit nutzt solche Stimmungen aus, um mit Gewalt gegen Fremde vorzugehen. Das hat in unserer Geschichte schon einmal in die Katastrophe geführt.

Wir bitten die Verantwortlichen in der Politik: Verhindern Sie, daß fremdenfeindliche und rassistische Stimmungen zum Stimmenfang mißbraucht werden.

Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Geben Sie Ihre Stimme keinen Politikern und keiner politischen Partei, die mit Angst vor Fremden Stimmen zu gewinnen versuchen.

Erstunterzeichnende: Präses Peter Beier, Ev. Kirche im Rheinland • Egidius Braun, Deutscher Fußballbund • Ignatz Bubis, Zentralrat der Juden in Deutschland • Renan Demirkan, Schauspielerin • Prof. Jürgen Flimm, Thalia Theater Hamburg • Gerhild Frasch, Ev. Frauenarbeit in Deutschland • Hermann Freudenberg, Freudenberg Stiftung • Kurt van Haaren, Deutsche Postgewerkschaft • Hans Hansen, Deutscher Sportbund • Bischöfin Maria Jepsen, Hamburg • Yilmaz Karahasan, IG Metall • Bischof Dr. Hans Christian Knuth, Schleswig • Bischof Karl Ludwig Kohlwege, Lübeck • Karlheinz Koppe, Pax Christi • Dr. Hanna Renate Laurien, Berlin • Präses Hans Martin Linnemann, Ev. Kirche von Westfalen • Hermann Lutz, Gewerkschaft der Polizei • Heinz-Werner Meyer, DGB • Karl Nothof, Katholische Arbeitnehmerbewegung • Prof. Dr. Dieter Oberndörfer, Universität Rostock • Werner Radatz, Mitglied des Rates der EKD • Jochen Richert, DGB • Friedrich Schorlemmer, Wittenberg • Prof. Dr. Faruk Sen, Essen • Ulrich Wickert, Moderator der "Tagesthemen" • Dr. Carola Wolf, Fulda • Prof. Diethard Wucher, Deutscher Kulturrat • Dr. Dieter Wunder, GEW

Ich unterstütze diesen Aufruf:

1. _____
Name, Vorname _____ Straße _____

PLZ, Ort _____ Unterschrift _____

2. _____
Name, Vorname _____ Straße _____

PLZ, Ort _____ Unterschrift _____

Spendenkonto: Förderverein PRO ASYL e.V. – Stichwort "Nein zu Fremdenfeindlichkeit" – Konto-Nr. 380 900 608, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Dieser Aufruf wurde erarbeitet von: DGB Bundesvorstand, Abt. Ausländische Arbeitnehmer; Interkultureller Beauftragter der Ev. Kirche in Hessen-Nassau; PRO ASYL, bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge.

Bitte zurücksenden an: PRO ASYL, Postfach 10 18 43, 60018 Frankfurt/Main